



Meilensteine 2000 bis 2010

WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST IN BADEN-WÜRTTEMBERG



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST

Meilensteine 2000 bis 2010

WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST IN BADEN-WÜRTTEMBERG

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	8	Ausbauprogramm „Hochschule 2012“:	
EINLEITUNG	10	20.000 zusätzliche Studienplätze	25
KAPITEL 1			
Strategie für eine erfolgreiche Entwicklung der Hochschulen			
<hr/>			
1. LEITBILD: STARKE UND SELBSTBEWUSSTE HOCHSCHULEN		3. WACHSTUM UND WANDEL: DAS HOCHSCHULSYSTEM STELLT SICH DEN ANFORDERUNGEN DER MODERNE	
Vision: die unternehmerische Hochschule	18	Universitäten: breites Fächerspektrum und Profilbildung	30
Erfolgsrezepte: Autonomie, Wettbewerb und Leistungsfähigkeit	18	KIT: die größte Wissenschaftseinrichtung Deutschlands	31
Struktur: effiziente Organisation und Leitung	19	Universitätsmedizin: im Dienst der Menschen ...	32
2. WIEGE DES ERFOLGS: SICHERE FINANZIERUNG UND AUSBAU DER HOCHSCHULEN ERMÖGLICHEN EXZELLENZ			
Solidarpakte: Bündnisse für Planungssicherheit ...	21	Pädagogische Hochschulen: einzigartig in der Lehrerbildung	34
Innovations- und Qualitätsfonds: Neues wagen ...	22	Kunst- und Musikhochschulen: kreativ für Künstler	35
Zukunftsoffensiven & Co.: das Plus für Wissenschaft und Kunst	22	Hochschulen für Angewandte Wissenschaften: regionale Verwurzelung ist ihre Stärke	38
Drittmittel und Stiftungsprofessuren: mehr als ein „Sahnehäubchen“	23	Duale Hochschule: erwachsen aus der Berufsakademie	40
Struktur- und Innovationsfonds: Berufung der Besten	24	Nichtstaatliche Hochschulen: Ergänzung des Portfolios	41
Reform der Professorenbesoldung: Stärkung des Wettbewerbs	24		
4. NEULAND: ÖFFNUNG DER HOCHSCHULEN			
KAPITEL 2			
Studium und Lehre			
<hr/>			
1. BOLOGNA-PROZESS			
Studienstrukturreform	61		
Memorandum	61		
Neue Studienmodelle und Propädeutika	62		
Bologna-Kongress	63		
Workshops	63		
2. EHRE FÜR DIE LEHRE			
Landeslehrpreis	64		
Hochschuldidaktikzentrum und Studienkommission	64		
3. QUALITÄTSSICHERUNG UND AKKREDITIERUNG			
Eigenverantwortung erfordert Qualitätsmanagement	66		
Programm- und Systemakkreditierung	66		
6. „GO GLOBAL“: WELTWEITE VERNETZUNG DER HOCHSCHULEN			
Strategie zur Vermarktung der Hochschulen im In- und Ausland	52		
Kontakte weltweit zu Technologieregionen und Entwicklungsländern	53		
Internationalisierung der Studierendenschaft und der Bildungsangebote	53		
Lehrende und Forschende aus allen Ländern ...	55		
Internationale Förderstrukturen und Netzwerke	56		
4. „GSCHEIT STUDIERT“ BIETET ORIENTIERUNG UND BERATUNG			
Servicestelle für Studieninteressierte	67		
Fortsbildungen für Lehrende	68		
Studienbotschafter	68		

5. STUDIENPLATZVERGABE	Promotion für Fachhochschulabsolventinnen	
UND HOCHSCHULAUSWAHLRECHT	und -absolventen 78	
Stärkung des Selbstauswahlrechts 69	Eliteprogramm für exzelle	
Serviceverfahren der Stiftung	Postdoktorandinnen und -doktoranden 79	
für Hochschulzulassung 70	Juniorprofessorenprogramm 79	
Studienplatzbörsen 70	Margarete von Wrangell-Habitationsprogramm	
	für Frauen 79	
6. STUDENTENWERKE: KÜMMERER		
UM LEIB UND SEELE		
Wohnplätze für Studierende 71	3. STRATEGISCHE PROFIL-	
Hochschulgastronomie 72	UND SCHWERPUNKTBILDUNG	
Kinderbetreuung 73	Qualitätssicherung 80	
Qualitätsoffensive BAföG 73	Strukturbildung durch Wettbewerb:	
	die Exzellenzinitiative 81	
	Universitäre Schwerpunkte 82	
	Lob für die Spitz: der Landesforschungspreis 83	
	Wissenschaftliches Rechnen und	
	Höchstleistungsrechner 84	
	Forschungsallianzen und Vernetzung 85	
KAPITEL 3		
Forschung		
1. FORSCHUNGSFÖRDERUNG ALS ZENTRALES		
ELEMENT DER LANDESPOLITIK		
Leitlinien der Forschungspolitik 77	4. WISSENS- UND TECHNOLOGIETRANSFER	
Strukturen für internationale	DURCH KOOPERATION VON WIRTSCHAFT	
Wettbewerbsfähigkeit 77	UND WISSENSCHAFT	
Berufungspolitik 77	Transfer über Köpfe 86	
	Gemeinsame Clusterstrategie 87	
	Teilnahme an EU-Programmen 88	
2. EFFEKТИVE NACHWUCHSFÖRDERUNG	Industrie-on-Campus – neue Kooperationsformen ... 88	
ETABLIEREN	Forschung an den Hochschulen	
Stipendien für Doktorandinnen	für Angewandte Wissenschaften 89	
und Doktoranden 78	Existenzgründungen und Patentverwertung 89	

KAPITEL 4		
Kunst und Kultur		
1. ECKPUNKTE DER KUNST- UND		
KULTURPOLITIK IN BADEN-WÜRTTEMBERG		
Leitlinien der Liberalität, Pluralität,		
Subsidiarität und Dezentralität 94		
„Kultur 2020. Kunspolitik für		
Baden-Württemberg“ 94		
Kunstkongresse 95		
Landeskunstbeirat 96		
2. BÜHNE UND MUSIK		
Glanzpunkte der Theaterlandschaft 97		
Kulturelle Bildung 98		
Kinder- und Jugendtheater 98		
Musikförderung von Klassik zu Jazz und Pop 99		
3. ARCHIVE UND BIBLIOTHEKEN		
Landesarchiv Baden-Württemberg 100		
Landeskundliches Online- Informationssystem		
(Leo) 100		
Erweiterungsbauten für die		
Landesbibliotheken 101		
Handschriften und Kulturgüter 101		
ANHÄNGE		
Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung		
und Kunst 112		
Förderprogramme im Überblick 113		
Impressum 114		

VORWORT



Die „Meilesteine 2000 bis 2010“ dokumentieren ein Jahrzehnt erfolgreicher Politik für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Baden-Württemberg. Die Bilanz ist hervorragend. Unsere Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Universitätskliniken gehören zu den besten in Deutschland und spielen im weltweiten Wettbewerb ganz vorne mit. Die Begriffe Exzellenz und Vielfalt charakterisieren unsere Hochschul- und Forschungslandschaft und stehen gleichermaßen für Kunst und Kultur in Baden-Württemberg.

Wissenschaft und Forschung sind Grundlagen für Innovationen und damit für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung. In den Hörsälen und Laboren werden Weichen dafür gestellt, dass wir unseren Wohlstand auch in Zukunft bewahren können. Die Landesregierung leistet hierzu konsequent ihren Beitrag. Wir geben den Hochschulen finanzielle Planungssicherheit durch die Solidarpakte, stärken ihre Eigenverantwortlichkeit und bauen staatliche Reglementierungen ab. Weitere Maßnahmen waren und sind die Einführung sozialverträglicher Studiengebühren zur Verbes-

serung von Lehre und Studium, die Modernisierung des Dienstrechts, die Studienreform und die Umstellung auf Bachelor- und Master-Abschlüsse, die Weiterentwicklung der Berufsakademien zur Dualen Hochschule Baden-Württemberg sowie die Öffnung des Hochschulzugangs für Berufstätige. Als erstes Land hat Baden-Württemberg 2007 mit dem Programm „Hochschule 2012“ den Ausbau der Hochschulen für die geburtenstarken Jahrgänge und den Abiturjahrgang 2012 in Angriff genommen.

Gemeinsam mit dem Bund haben wir wichtige Programme zur Förderung von Wissenschaft und Forschung auf den Weg gebracht: die Exzellenzinitiativen I und II von Bund und Ländern, die Pakte für Forschung und Innovation sowie die Hochschulpakte. Der Bund ist auch unser Partner bei einem herausragenden Projekt, das die deutsche Hochschul- und Forschungslandschaft nachhaltig verändert hat: Die Gründung des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) hat über Baden-Württemberg und Deutschland hinaus große Beachtung gefunden. Durch den Zusammenschluss der Uni-

versität Karlsruhe und des Forschungszentrums Karlsruhe ist die größte Lehr- und Forschungseinrichtung in Deutschland entstanden.

Baden-Württemberg ist das Land mit den höchsten Aufwendungen für Forschung und Entwicklung, dem dichtesten Netz an Forschungseinrichtungen und dem größten Patentaufkommen in Deutschland. Die Innovationszyklen werden immer kürzer. Deshalb ist es wichtig, dass die an Hochschulen und Forschungseinrichtungen entwickelten Innovationen möglichst zügig in verwertbare Produkte umgesetzt werden. Wir wollen deshalb die Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft weiter intensivieren, den Technologietransfer ausbauen und die Potentiale von Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Ausbildung, Forschung und Entwicklung noch besser erschließen.

Baden-Württemberg zeichnet sich aber nicht nur durch seine Forschungs- und Hochschullandschaft aus, sondern ist auch ein Land von Kunst und Kultur. Unsere kulturelle Landschaft zeichnet sich durch eine einzigartige Vielfalt und Dichte,

durch Angebote der Spitzenkunst und der Breitkunst aus. Eine beeindruckende Bestandsaufnahme der Kunst- und Kulturförderung des Landes hat das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und

Kunst mit der Konzeption „Kultur 2020. Kunstpolitik für Baden-Württemberg“ vorgelegt. Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit sind die Grundsätze unserer Kunst- und Kulturpolitik. Es geht darum, das Bestehende zu pflegen und zu wahren, aber auch offen zu sein für neue Entwicklungen und Herausforderungen.

Die „Meilesteine 2000 bis 2010“ sind ein hilfreiches Nachschlagewerk und zugleich eine Standortbestimmung. Sie führen uns wichtige Erfolge des vergangenen Jahrzehnts vor Augen und zeigen uns Perspektiven für die Zukunft auf. 

Stefan Mappus
Ministerpräsident
des Landes Baden-Württemberg

EINLEITUNG



Klaus Tappeser, Prof. Dr. Peter Frankenberg und Dr. Dietrich Birk

Die ersten zehn Jahre des neuen Jahrtausends haben die Welt verändert: Terroranschläge, die Finanz- und Wirtschaftskrise, der Ölteppich im Golf von Mexiko haben uns erschüttert – Mut machen die Erfolge bei der Bekämpfung von Armut und Krankheit, die Entdeckung neuer Impfstoffe, Friedensschlüsse und Rettungsschirme.

Für die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Kunst in Baden-Württemberg bedeutete der Eintritt ins dritte Jahrtausend einen wichtigen Schritt nach vorne und die nachfolgenden Jahre eine Phase der Reformen. Der neue Weg konnte nicht mit Sieben-Meilen-Stiefeln bewältigt werden. Schwierige Rahmenbedingungen machten es notwendig, bedachtam nach vorne zu gehen. Die Meilensteine waren jedoch von der Landespolitik gründlich markiert. Sie stehen für Ziele, Verlässlichkeit und Sicherheit. Sie zu erreichen war nur möglich, weil sich Studierende, Lehrende und Forschende, Künstlerinnen und Künstler und viele andere Menschen – nicht zuletzt die Abgeordneten und die Landesregierung – gemeinsam für Wissenschaft, Forschung und Kunst einsetzten.

Der Abschluss des Jahrzehnts bietet Gelegenheit, Bilanz zu ziehen. Die Broschüre „Meilensteine 2000 bis 2010“ dokumentiert die Herausforderun-

gen, vor denen die Hochschul-, Forschungs- und Kulturpolitik des Landes in dieser Dekade stand. Sie zeigt die politischen Initiativen, mit denen die Landesregierung die Hochschulen, Forschungseinrichtungen, die Kunst und Kultur dabei unterstützt hat, diese anstehenden Aufgaben zu bewältigen und die führende Position des Landes auszubauen. Die Veröffentlichung zeigt Schwerpunkte unter Verzicht auf Vollständigkeit. Ausgewählte Aspekte sollen hier schlaglichtartig beleuchtet werden.

1. THESE

Freiheit und strategische Planung sind keine Gegensätze, sondern, wie der Erfolg der Hochschulen im Land belegt, die Voraussetzung für Leistungskraft

Die modernen Hochschulen agieren dynamisch und selbstbewusst im globalen Wettbewerb. Dies ist kein Zufall, sondern die Folge landespolitischer Entscheidungen. Ein Meilenstein war das neue Landeshochschulgesetz, das zum 1. Januar 2005 in Kraft trat und erstmals für alle Hochschularten galt. Von Experten als „modernstes Hochschulrecht Deutschlands“ bezeichnet, vollzog es einen Paradigmenwechsel, brachte zahlreiche grundle-

gende Änderungen für die Hochschulen sowie die Lehrenden und Studierenden – und ersetzte auf einen Schlag fünf Gesetze im Hochschulbereich. Seitdem haben die baden-württembergischen Hochschulen deutlich mehr Autonomie und Gestaltungsraum. Der Staat hat sich aus der Detailsteuerung zurückgezogen und den Hochschulen effizientere Leitungsstrukturen, mehr Freiheit bei der Berufung von Professoren und bei den Gehaltsverhandlungen, Spielraum bei den Prüfungsordnungen, mehr Eigenständigkeit bei der Auswahl der Studierenden und der Gestaltung des Haushaltes gegeben.

Das Leitbild der unternehmerischen Hochschule, die sich klar positioniert und als wissenschaftliches Kompetenzzentrum profiliert, hat die Hochschullandschaft verändert. Ein zentrales Anliegen der Landesregierung war und ist es, die Selbstverantwortung der Hochschulen zu stärken, den Wettbewerb zu beleben, das Qualitätsniveau zu verbessern und die Internationalisierung voranzutreiben.

2. THESE

Vertrauen und sichere Rahmenbedingungen sind der Humus, auf dem Exzellenz gedeihen kann – zusätzliche Mittel stimulieren Lehre und Forschung

Weil Vertrauen und Glaubwürdigkeit nicht nur für Menschen wichtige Werte sind, sondern auch für Hochschulen, gab das Land mit zwei Solidarpakten einzigartige Garantien über finanzielle Rahmenbedingungen. Die Pakte versprechen, auf Kürzungen im Hochschulbereich zu verzichten. Diese Sicherheit bereitet den Boden für sehr gute Leistungen in Lehre und Forschung.

Eine sichere Perspektive bietet auch das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“, mit dem die Landesregierung 20.000 zusätzliche Studienanfängerplätze einrichtet. Der Ausbau orientiert sich am Arbeitsmarkt, trägt aber auch dem Bedürfnis nach einer breiten Streuung des Fächerspektrums Rechnung.

Darüber hinaus hat Baden-Württemberg dafür gesorgt, dass zusätzliche Mittel in das Hochschulsystem fließen. Ein Meilenstein für den Wissenschaftsstandort war hierbei das erfolgreiche Abschneiden bei der Exzellenzinitiative. Fast ein

Drittel des Programmumfangs, nämlich bis zu 600 Mio. Euro, entfallen auf das Land. Für die Fortsetzung der Exzellenzinitiative ab 2012 haben sich die Universitäten gut vorbereitet. Eine Voraussetzung für diesen Erfolg ist die Berufung der Besten. Um diese hervorragenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gut auszustatten zu können, gründete das Land eigens einen Struktur- und Innovationsfonds.

Zusätzliche Einnahmen, die für eine gute Lehre und Ausstattung genutzt werden, erbringen auch die erstmals im Sommersemester 2007 erhobenen Studienbeiträge. Mehr als 500 Mio. Euro konnten bislang ausgegeben werden: zum Beispiel für zusätzliche Tutorien, verlängerte Öffnungszeiten und neue Bücher in Bibliotheken, eine moderne technische Ausstattung. Mit dem Beitreten hat sich das Verhältnis von Lehrenden zu Lernenden geändert. Gute Lehre gehört noch mehr als bisher zum Kerngeschäft der Hochschulen.

3. THESE

Der Bologna-Prozess ist wichtig für eine moderne und global wettbewerbsfähige Studienstruktur

Ein zentrales Thema der Jahre 2000 bis 2010 war die Bologna-Reform. Die Umstellung auf die gestuften Abschlüsse Bachelor und Master brachten einige Wirbel mit sich, weil von den Lehrenden wie von den Studierenden zahlreiche tiefgreifende Veränderungen bewältigt werden mussten. Die Reform ist richtig, hat aber in der Umsetzung ein Nachjustieren erfordert, etwa eine Reduzierung der Prüfungen. Um hier weiterzukommen, werden noch in diesem Herbst 2010 Workshops stattfinden und bereits im Wintersemester 2010/11 sollen – wie im Memorandum des Landes mit den Hochschulen vereinbart – die ersten Verbesserungen an den Hochschulen in Baden-Württemberg greifen. Auch das Akkreditierungsverfahren soll reformiert werden. Das Land hat sich mit Erfolg für eine Überprüfung beim Wissenschaftsrat eingesetzt.

4. THESE

Die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wissenschaft erfordert noch deutliche Anstrengungen der Hochschulen

Eines der zentralen Themen war und ist die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wissenschaft. Da es immer noch zu wenige Professorinnen im Land gibt, hat Baden-Württemberg verschiedene Programme aufgelegt, um Wissenschaftlerinnen zu unterstützen. Ziel ist es dabei, dass auf jeder Qualifikationsstufe etwa 30 Prozent Frauen sind. In diesem Zusammenhang ist die bessere Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Karriere und Familie entscheidend, weshalb das Land hier besonders aktiv geworden ist und auch in Zukunft in seinen Bemühungen nicht nachlassen wird.

5. THESE

Forschung lebt von neuen Kooperationsformen wie Netzwerken, Allianzen und Verbünden: Innovative Spitzenleistungen im Team

Die Zukunft der Forschung liegt in multidisziplinären und internationalen Verbünden. Unsere Welt und die wissenschaftlichen Fragestellungen

sind zu komplex, als dass befriedigende Antworten in erster Linie von einzelnen Forschern gefunden werden könnten. Deshalb unterstützt das Land bewusst Forschungsschwerpunkte und Netzwerke. In einem Fall ist es sogar gelungen, zwei mächtvolle Institutionen zusammenzuführen: Das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) vereint die Universität Karlsruhe und das Forschungszentrum Karlsruhe zur bundesweit größten Wissenschaftseinrichtung.

6. THESE

Die besondere Vielfalt der Hochschularten in Baden-Württemberg schöpft die Begabungspotenziale bestmöglich aus

Mit der Weiterentwicklung der Berufsakademie zur Dualen Hochschule, dem Bekenntnis zu den Pädagogischen Hochschulen als Bildungshochschulen und der Stärkung der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, ehemals Fachhochschulen, hat die Landesregierung Akzente gesetzt. Grundlegend ist die Überzeugung, dass den unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen der Studieninteressierten und der Studierenden so am besten Rechnung getragen werden kann. Kein

anderes Bundesland verfügt über ein solch breites Angebot an Studienmöglichkeiten wie Baden-Württemberg.

7. THESE

Kunst und Kulturpolitik muss sich jeglicher Einflussnahme auf die Inhalte enthalten, Kreativität und Vielfalt fördern

Kunst und Kultur sind kein Luxus, sondern wichtiger Bestandteil des Lebens der Menschen in Baden-Württemberg. Diese Grundüberzeugung drückt sich in den vier Leitlinien der Kulturpolitik des Landes aus: Liberalität, Pluralität, Subsidiarität und Dezentralität. Das Land mischt sich nicht inhaltlich ein, sondern stellt den Rahmen sicher, innerhalb dessen Künstlerinnen und Künstlerin ihre Kreativität entfalten können. Außerdem gilt es, wichtige Kulturgüter im Bestand zu erhalten und für die Nachwelt zugänglich zu machen. Ein Meilenstein in dieser Dekade war beispielsweise die Regelung mit der Familie von Baden über die badischen Kulturgüter, wodurch wertvolle Kulturgüter erworben werden konnten.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es besonders wichtig, Kunst und Kultur in der

Spitze wie in der Breite zu fördern. Es geht auch darum, die aktuelle Erfordernisse zu erkennen und danach zu handeln. Zur notwendigen Standortbestimmung wesentlich beigetragen haben die beiden Kunstkongresse, die weit über das Land Baden-Württemberg für Aufmerksamkeit sorgten. Auch die Empfehlungen des Landeskunstbeirates im Jahr 2006 gab wichtige Impulse. Eine grundlegende Bestandsaufnahme und einen Ausblick auf Schwerpunkte in der Zukunft bietet „Kultur 2020. Kunstpolitik für Baden-Württemberg“, die noch in diesem Herbst 2010 veröffentlicht werden wird.

Gegenwart und Zukunft – eine Bilanz

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass im vergangenen Jahrzehnt wichtige Reformen umgesetzt werden konnten. Wissenschaft, Forschung und Kunst in Baden-Württemberg stehen im bundes-

weiten Vergleich hervorragend da. In den nächsten Jahren wird es entscheidend darauf ankommen, auf diesem Weg weiter voran zu gehen und dabei die Herausforderungen unserer Zeit aufzugreifen. Zu berücksichtigen sind etwa der demografische Wandel, das veränderte Freizeit-, Mediennutzungs- und Kommunikationsverhalten der Menschen sowie die Konsequenzen, die sich aus der Globalisierung ergeben.

Die bisherigen Erfolge der baden-württembergischen Wissenschafts- und Kunstpolitik werden nicht dazu führen, dass wir uns beruhigt zurücklehnen. Im Gegenteil spornt der Erfolg weiter an. Wie formulierte der französische Schriftsteller, Philosoph und Nobelpreisträger für Literatur Albert Camus es so treffend? „Die wahre Großzügigkeit der Zukunft gegenüber besteht darin, in der Gegenwart alles zu geben.“ In diesem Sinne werden wir uns weiter engagieren. 



Prof. Dr. Peter Frankenberg

Minister für Wissenschaft,
Forschung und Kunst



Dr. Dietrich Birk

Staatssekretär



Klaus Tappeser

Ministerialdirektor

Strategie für eine
erfolgreiche Entwicklung
der Hochschulen





1. LEITBILD: STARKE UND SELBSTBEWUSSTE HOCHSCHULEN

Wilhelm von Humboldt sah in der deutschen Universität eine „absichtslose“ Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden. Das Streben nach Erkenntnis sollte gelingen, indem Forschung und Lehre sich verbinden. Dieses Modell der „Gelehrtenrepublik“ hat sich im Zeitalter der Globalisierung gewandelt: Leitbild für die moderne Hochschule ist es, in einer vom Wissen abhängigen Welt Wissen zu generieren, zugänglich zu machen, zu verbreiten und damit als wissenschaftliches Kompetenzzentrum für die Gesellschaft zu agieren.

VISION: DIE UNTERNEHMERISCHE HOCHSCHULE

Wissen ist heute im weltweiten Wettbewerb ein existenzieller Faktor. Hochschulen sind und bleiben wissenschaftliche Einrichtungen und keine auf Gewinnmaximierung ausgerichtete Unternehmen. Die Freiheit von Forschung und Lehre bleibt unantastbar. Die Hochschulen tragen aber Verantwortung für die gesellschaftliche und staatliche Entwicklung. Sie befinden sich in einem Wettbewerb um hervorragende Forschende und Lehrende, um finanzielle Ressourcen und um gute Studierende. Sie müssen ihre Aufgaben in Forschung und Lehre

in früher nie gekanntem Ausmaß unternehmerisch und mit strategischem Weitblick wahrnehmen. Das Leitbild und die Vision der unternehmerischen Hochschule, die als wissenschaftliches Kompetenzzentrum agiert, hat die zentralen Hochschulreformen der vergangenen Dekade geprägt.

ERFOLGSREZEPTE: AUTONOMIE, WETTBEWERB UND LEISTUNGSFÄHIGKEIT

Nur autonome Hochschulen können im Wettbewerb auf dem Bildungs- und Forschungsmarkt nachhaltig erfolgreich sein. Das war und ist die Grundüberzeugung, die zu wesentlichen Reformen führte. Der Staat konzentriert sich auf die strategische Globalsteuerung, verzichtet bewusst auf Detailvorgaben und mischt sich nicht in das operative Geschäft der Hochschulen ein. Die Hochschulgesetzgebung hat die Autonomie der Hochschulen deutlich ausgebaut. So wurde den Hochschulen die Berufung von Professoren übertragen. Im Bereich der Hochschulfinanzierung gab es neue Garantien durch Solidarpakte, einen größeren Finanzierungsspielraum für die Lehre durch Studienbeiträge und eine stärkere Bewirtschaftungskompetenz durch Globalhaushalte. In Studienangelegenheiten

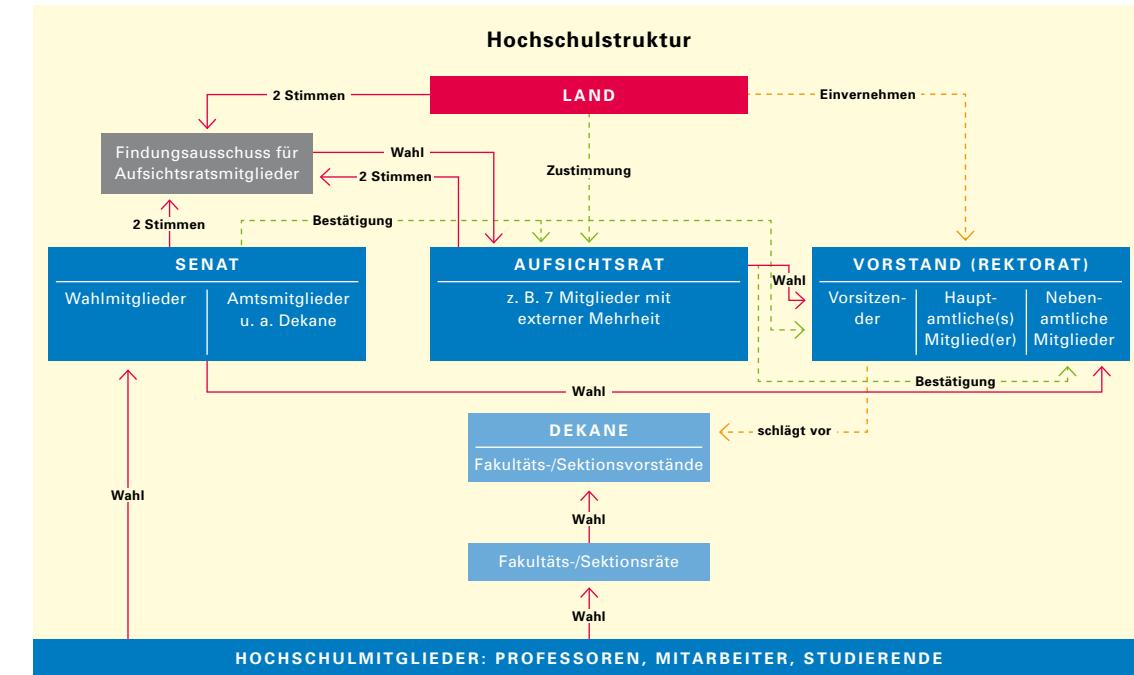
erhielten die Hochschulen die Kompetenz, ihre Prüfungsordnungen ohne Beteiligung des Landes festzulegen; ihre Möglichkeiten zur Auswahl der Studierenden wurden deutlich gestärkt.

STRUKTUR: EFFIZIENTE ORGANISATION UND LEITUNG

Damit die Hochschulen ihre neue Freiheit aktiv gestalten können, erhielten sie neue und effiziente Organisations- und Leistungsstrukturen. Auf der Zentralebene stärkte das Land die Position des Rektorats durch die Umwandlung in einen Vorstand mit umfassenden Kompetenzen und persön-

licher Verantwortung von Rektor und Kanzler. Der früher allzuständige Senat konzentriert sich nun auf die hochschulinterne Rechtsetzung und akademische Angelegenheiten. Neu etabliert wurde der Aufsichtsrat. Er ist teilweise mit externen Mitgliedern besetzt und trägt die strategische Gesamtverantwortung für die Entwicklung der Hochschule.

Klare Strukturen gibt es nun auch auf der dezentralen Fakultätsebene. Der Fakultätsvorstand besitzt die Leitungsverantwortung. Auf allen Führungsebenen sind Exekutive und Kontrolle klar getrennt. Inhaltliche und finanzielle Entscheidungszuständigkeiten befinden sich in einer Hand. Die Gremien, also Senat und Fakul-





tätsrat, beraten und entscheiden über die Angelegenheiten, die unmittelbar Forschung und Lehre betreffen.

Neu ist auch, dass vorrangig für die Lehre zuständige Professoren berufen werden können. Der Rahmen für hauptsächlich in der Forschung tätige Professoren wurde erweitert. Die Personalgruppe der Dozenten, die vor allem lehren sollen, konnte etabliert werden. Diese Verbesserungen in der Personalstruktur ermöglichte das Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform im Hochschulbereich im Jahr 2007. Mit diesen weitreichenden Reformen

hat das Land die zentralen Meilensteine auf dem Weg zur unternehmerischen Hochschule und zum wissenschaftlichen Kompetenzzentrum gesetzt.

2. WIEGE DES ERFOLGS: SICHERE FINANZIERUNG UND AUSBAU DER HOCHSCHULEN ERMÖGLICHEN EXZELLENZ

Die baden-württembergischen Hochschulen nehmen bundesweit in Lehre und Forschung eine Spitzenstellung ein. Dieser Erfolg ist das Resultat langfristiger Planung und klarer Schwerpunktsetzung. Er setzt Leistung, aber auch Mut, Zuversicht und langen Atem voraus. Die sehr gute Position des Landes ist wesentlich darauf zurückzuführen, dass Staat und Hochschulen gemeinsam planten und Perspektiven entwickelten. Besonders wichtige Eckpunkte:

- Solidarpakte
- Innovations- und Qualitätsfonds
- Exzellenzinitiative und Zukunftsoffensiven
- Drittmittel und Stiftungsprofessuren
- Struktur- und Innovationsfonds
- Reform der Professorenbesoldung
- Ausbauprogramm „Hochschule 2012“
- Hochschulbau
- Studienbeiträge

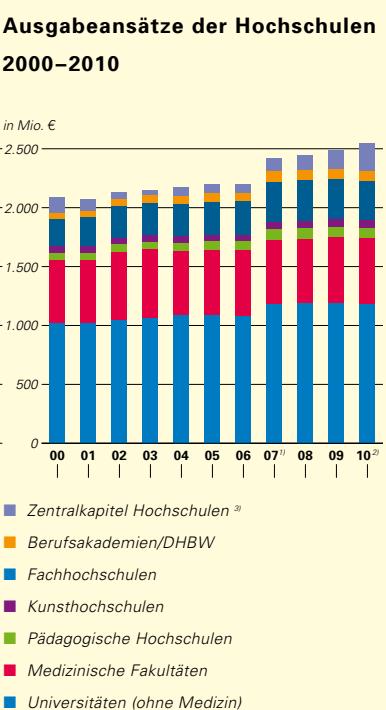
SOLIDARPAKTE: BÜNDNISSE FÜR PLANUNGSSICHERHEIT

Vertrauen und Glaubwürdigkeit sind wichtige Werte – bei Menschen wie in der Politik. Deshalb gab das Land den Hochschulen einzigartige Garan-

ten über sichere finanzielle Rahmenbedingungen mit dem Solidarpakt I im Jahr 1997 und dem Solidarpakt II im Jahr 2007. Diese festen Vereinbarungen über die Höhe der Mittel implizierten das Versprechen, diese Bereiche von Einsparungen auszunehmen. Die Pakte stärken die Hochschulen gerade angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Situation.

Der Solidarpakt I bezog sich auf die Universitäten und war auf zehn Jahre angelegt. Unter seinem schützenden Dach konnten die Hochschulen längerfristige Finanzierungsstrategien entwickeln, Schwerpunkte bilden und ihre Profile schärfen. Als Gegenleistung hatten sich die Universitäten verpflichtet, jährlich 150 Stellen – etwa ein Prozent des Bestandes – einzusparen. Diese Stellenreduzierungen dienten zur Finanzierung von Ausbau- und Strukturmaßnahmen und der Ausstattung der Hochschulen sowie zur Entlastung des Gesamthaushaltes.

Der Solidarpakt II war ein Kraftakt, der noch umfassendere Wirkungen zeigte, weil er für alle Hochschularten galt und bis heute gilt. Er hilft, die Lehrqualität zu sichern, die Forschung international wettbewerbsfähig zu gestalten, den Technologie-transfer aufzubauen, den wissenschaftlichen Nach-



¹⁾ Die Steigerung von 2006 nach 2007 ist insbesondere durch die Einführung allgemeiner Studiengebühren bedingt.

²⁾ Karlsruher Institut für Technologie ohne Großforschungsbereich

³⁾ 2000–2008: Kap. 14023,1435 und 1465 sowie Hochschultitel Kap. 1402, ab 2009: Kap. 1403

Quelle: Statthaushaltspläne des Landes Baden-Württemberg

wuchs zu fördern und die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wissenschaft zu erreichen. Auch dieser Solidarpakt garantiert, dass es keine weiteren Kürzungen, Stelleneinsparungen oder sonstigen Haushaltssperren im Hochschulgremium geben wird. Er besagt ferner, dass Baden-Württemberg den Landesanteil für die Exzellenzinitiative zusätzlich zur Verfügung stellt und den Rahmen für das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ schafft; die Hochschulen leisten einen gewissen Eigenbeitrag. Die Regelungen gelten auch für die medizinischen Fakultäten und Kliniken der Universitäten. Der Pakt läuft bis zum 31. Dezember 2014.

INNOVATIONS- UND QUALITÄTSFONDS: NEUES WAGEN

Ausgetretene Pfade verlassen und den Weg zu Neuem fördern möchte der Innovations- und Qualitätsfonds (IQF), den Land und Hochschulen im Rahmen des Solidarpaktes II vereinbarten. Der Fonds unterstützt Vorhaben und Projekte, die helfen, das Qualitätsbewusstsein an den Hochschulen weiter zu steigern. Es werden ausschließlich qualitätsorientierte Strukturaufnahmen gefördert, die der Gesamtentwicklung der jeweiligen Hochschule dienen. Im Endausbau wird der IQF vom Jahr 2011 an über ein jährliches Budget in Höhe von 30 Mio. Euro verfügen, das Hochschulen und Land je zur Hälfte tragen.

ZUKUNFTSOFFENSIVEN & CO.: DAS PLUS FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

Belebend wie Vitaminspritzen wirkten in der vergangenen Dekade die finanziellen Zuwendungen, welche die Hochschulen durch ihr erfolgreiches Abschneiden in wettbewerblichen Verfahren erhielten. So entfallen bei der Exzellenzinitiative bis zu 600 Mio. Euro auf Baden-Württemberg – fast ein Drittel des Programmumfangs, das zu 75 Prozent vom Bund und zu 25 Prozent vom jeweiligen Land bereitgestellt wird. Mehrere hundert zusätzliche Wissenschaftlerstellen und mehr als 100 W3-Professuren werden so geschaffen. Von 2012 bis 2017 soll die Exzellenzinitiative fortgesetzt werden. Hierfür sind weitere 2,7 Mrd. Euro vorgesehen (vgl. ausführlicher Kapitel 3). Aus den Zukunfts offensiven flossen dem Wissenschaftshaushalt 458,6 Mio. Euro bis zum Jahr 2008 zu. Bemerkenswert ist, dass mehr als die Hälfte (52,6 Prozent) der

Investitionen in die Zukunft			
	Volumen	für MWK	Anteil
Zukunftsoffensive I	489	96	20%
Zukunftsoffensive II	525	210	40%
Zukunftsoffensive III	562	220	39%
Zukunftsoffensive VI	168	118	70%
Baumaßnahmen (ZO I-IV)	322	310	96%
Gesamt	2.067	954	46%

Angaben in Mio. EUR
Quelle: Staatshaushaltspläne des Landes Baden-Württemberg

Ausgaben aus den Zukunfts offensiven für Wissenschaft und Kunst verwendet wurde. Darüber hinaus konnten Bauprojekte an den Hochschulen im Umfang von 290,7 Mio. Euro finanziert werden.

Das Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes als auch das Landesinfrastrukturprogramm festigen zusätzlich das finanzielle Fundament für Wissenschaft und Kunst. Daraus stehen dem Wissenschafts- und Kunstbereich rund 94 Mio. Euro zur Verfügung: für Großgeräte in Hochschulen, Sanierungen von Studentenwohnheimen, die Hochschulmedizin, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und die Bereiche Kunst und Kultur. Hinzu kommen noch rund 240 Mio. Euro für Baumaßnahmen zur Forschungsförderung und zur energetischen Sanierung.

DRITTMITTEL UND STIFTUNGS- PROFESSUREN: MEHR ALS EIN „SAHNEHÄUBCHEN“

Die Strategie der Hochschulen, das Augenmerk verstärkt auf die Einwerbung von Drittmitteln zu legen, ist im vergangenen Jahrzehnt aufgegangen. Die Einnahmen stiegen von 478 Mio. Euro im Jahr 2000 auf 829 Mio. Euro in 2008.

Baden-Württemberg ist beim Wettbewerb um EU-Mittel mit Abstand das erfolgreichste Bundesland. Das ist angesichts stark verzahnter Förder-

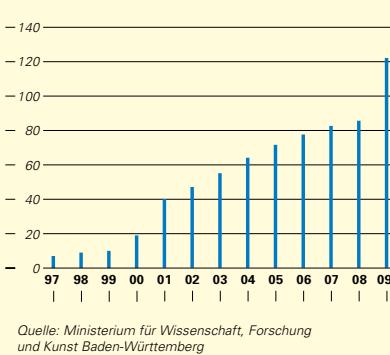
systeme zwischen Ländern, Bund und EU entscheidend. Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen aus dem Land konnten im Vergleich aller Bundesländer die meisten EU-Mittel für die Forschung einwerben. Mit 672 Mio. Euro liegt das Land noch vor Staaten wie Österreich und Dänemark. Davon flossen 225 Mio. Euro an baden-württembergische Hochschulen. Jeder fünfte Euro für Deutschland aus dem 6. Forschungsrahmenprogramm ging nach Baden-Württemberg. Nach drei Jahren Laufzeit des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms zeigt sich, dass der Anteil der Zuwendungen an baden-württembergische Forscherinnen und Forscher auf sehr hohem Niveau stabil geblieben ist. Auch für das im Jahr 2014 beginnende 8. EU-Forschungsrahmenprogramm hat sich das Land vorbereitet. Minister Professor Frankenberg hat als vom Bundesrat beauftragter Ländervertreter am 7. Mai 2010 die Entschließung der Länder zum 8. EU-Forschungsrahmenprogramm vorgestellt.

Die Zahl der Stiftungsprofessuren ist ebenfalls deutlich gestiegen und erreichte im Jahr 2009 einen Höchststand mit 122 Professuren. Etwa zwei Drittel der Stiftungsprofessuren werden von baden-württembergischen Unternehmen und Stiftungen finanziert.

Entwicklung der Drittmittel- einnahmen der Hochschulen und Berufsakademien 2000–2008



Stiftungsprofessuren





STRUKTUR- UND INNOVATIONSFONDS: BERUFUNG DER BESTEN

In der Forschung sind insbesondere die Universitäten mit zwei Herausforderungen konfrontiert: Der globale Wettbewerb um die besten Köpfe verschärft sich und kurze Innovationszyklen erzwingen eine hohe Flexibilität in der Forschung. Im **Kampf um die besten Köpfe** ist eine erfolgreiche Berufungspolitik entscheidend. Es gilt, ausgezeichnete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland zu gewinnen und herausragende Forscherinnen und Forscher durch attraktive Angebote und Rahmenbedingungen an den Landeshochschulen zu halten. Eine wichtige Initiative, um im Wettbewerb um die besten Köpfe zu gewinnen, ist der Struktur- und Innovationsfonds Baden-Württemberg, abgekürzt SI-BW. Universitäten und Fachhochschulen erhielten aus ihm in den Jahren 2006 bis 2009 zusätzlich 36 Mio. Euro, um Spitzenwissenschaftler berufen und bei Schlüsselpositionen Abwanderungen verhindern zu können. Diese Finanzierung wird im Jahr 2010 mit 4,5 Mio. Euro und ab dem Jahr 2011 mit 9 Mio. Euro pro Jahr aus dem Landeshaushalt fortgesetzt. Das Programm ermöglichte bisher 63 Spitzenberufungen. Diese haben nicht zuletzt zum erfolgreichen Abschneiden in der Exzellenzinitiative beigetragen. So konnten innovative Forschungsfelder wie

z. B. funktionelle Nanostrukturen, die Molekularbiologie oder die Optosensorik im Land gestärkt werden. Sie haben auch eine große Bedeutung für die weitere Entwicklung der Wirtschaft in Baden-Württemberg.

REFORM DER PROFESSORENBESOLDUNG: STÄRKUNG DES WETTBEWERBS

Einen von manchen als revolutionär empfundenen Wandel gab es bei der Besoldung von Professoren. Die Frage war, wie und in welchem Umfang besonderes Engagement und Erfolg in Forschung und Lehre auch finanziell belohnt werden können. Das Professorenbesoldungsreformgesetz schließlich führte eine stärker leistungsorientierte Besoldung mit einer flexiblen Bezahlungsstruktur ein. Baden-Württemberg setzte es 2005 durch das Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes und anderer Gesetze sowie eine Leistungsbezügeverordnung um.

Die Professorengehälter bestehen danach für die seit dem 1. Januar 2005 angestellten Professoren aus einem festen Grundgehalt (Besoldungsgruppe W 2 oder W 3) und variablen Gehaltsbestandteilen, den so genannten Leistungsbezügen. Diese können bei Berufungs- und Bleibeverhandlungen, für Erfolge in Forschung, Lehre, Kunst, Weiterbildung und Nachwuchsförderung und als

Funktionsleistungsbezüge, z. B. für Mitglieder der Vorstände und das Amt des Dekans, aber auch für andere Funktionsämter in der Hochschule vergeben werden. Aus privaten Drittmitteln können den Professoren zusätzliche Leistungsbezüge gewährt werden. Unternehmen und Personen können den Hochschulen – über Stiftungsprofessuren hinaus – zusätzliche Mittel für die Aufbesserung der Professorenbesoldung zur Verfügung stellen. Über die Vergabe der Leistungsbezüge entscheidet die Hochschule.

AUSBAUPROGRAMM „HOCHSCHULE 2012“: 20.000 ZUSÄTZLICHE STUDIENPLÄTZE

Das neue Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ hat zum Ziel, Absolventinnen und Absolventen des doppelten Abiturjahrganges 2012 genauso gute Chancen auf einen Studienplatz zu eröffnen wie den früheren Jahrgängen. Das Programm umfasst 20.000 zusätzliche Studienanfängerplätze in Baden-Württemberg. Das entspricht etwa der Kapazität von drei großen Universitäten oder mehr als der Gesamtkapazität aller Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (früher: Fachhochschulen) im Land vor dem Ausbau. In den Spitzenjahren wendet Baden-Württemberg dafür jährlich 206 Mio. Euro auf.

Welche Fächer werden ausgebaut? Das Programm „Hochschule 2012“ nutzt die Chance, für



den wachsenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften Vorsorge zu treffen. So orientiert sich der Ausbau am Bedarf des Arbeitsmarktes, soll aber gleichzeitig ein breites Spektrum an Studienmöglichkeiten bieten. Im Vordergrund steht die Ausbildung von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch von Wirtschaftswissenschaftlern und Wirtschaftsjuristen sowie von Absolventinnen und Absolventen im Bereich der sozialen Dienstleistungen. Für sie wird ebenfalls – nicht zuletzt durch die Verschiebung der Alterspyramide – ein wachsender Bedarf prognostiziert. Das Spektrum der zusätzlichen Studienangebote reicht von



„Security Engineering“ und „Technische Redaktion“ bis zu „Gesundheitsförderung“ und „Soziale Arbeit“.

Der Ausbau erfolgt in drei Tranchen: Bei der ersten Tranche der Jahre 2007 bis 2008 wurden rund 6.000 zusätzliche Studienanfängerplätze eingerichtet. Der Schwerpunkt lag bei den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, früher Fachhochschulen, und der Dualen Hochschule, ehemals Berufsakademie. Die zweite Tranche umfasst die Jahre 2009 und 2010, die Zahl steigt dann auf 11.500 an. Weitere 8.500 Plätze sollen in Baden-Württemberg in der dritten Tranche zu den

Wintersemestern 2011/12 und 2012/13 eingerichtet werden. Damit die Studierenden gut betreut werden können, sind im Ausbauprogramm allein zusätzliche 1.500 Stellen für Hochschullehrende enthalten. Das Geld wird auch für mehr Räume und einen Ausbau der Infrastruktur verwendet.

Ergänzt wird das Programm „Hochschule 2012“ von dem zwischen Bund und Ländern geschlossenen „Hochschulpakt 2020“. Er sieht in den Jahren 2007 bis 2015 Bundesmittel in Höhe von 4,7 Mrd. Euro für die Aufnahme von mehr als 366.000 zusätzlichen Plätzen für Studienanfängerinnen und -anfänger in Deutschland vor.

Bedarf an zusätzlichen Studienanfängerplätzen (Rechenmodell, gerundet)

Zahl der Schulabgänger mit Hochschulzugangsberechtigung im Jahr 2012 in Baden-Württemberg	93.000
Bedarf der Schulabgänger aus Baden-Württemberg aus dem Jahr 2012, die sofort an eine Hochschule gehen (Studierquote 75%, knapp die Hälfte davon studiert sofort)	35.000
Studienberechtigte aus vorhergehenden Jahren, die voraussichtlich 2012 ein Studium beginnen	+ 26.000
Studienanfänger aus anderen Bundesländern („Importsaldo“)	+ 2.000
Studienanfänger aus dem Ausland (12.000 Studienanfänger, die aber oft keinen vollen Studienanfängerplatz benötigen, weil nur ein Auslandssemester absolviert wird)	+ 6.000
Bedarf der Schulabgänger insgesamt	69.000
Fachwechsler, Studierende, die ein Zweitstudium anfangen	+ 10.000
Gesamter Bedarf	79.000
Vorhandene Kapazitäten	- 59.000
Mehrbedarf	20.000

Quelle: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg

und Weiterbildungszentrum der Universität Heidelberg in Santiago de Chile“. Einweihung der deutschsprachigen Andrassy-Universität Budapest, Aufnahme des Studienbetriebs im September 2002. 2002: Februar: Gesetz des Bundes zur Reform der Professorenbesoldung: Verpflichtung der Bundes-

GEBÄUDE FÜR LEHRE UND FORSCHUNG: DIE „STILLEN HELDEN“

Wer forscht und lehrt braucht Labore, Hörsäle und Seminar- und Übungsräume, nutzt Bibliotheken und die Mensa. Die Hochschulgebäude sind die „stillen Helden“ der Wissenschaft. Sie stehen an den ihnen zugewiesenen Plätzen und fallen doch meist nicht auf. Sie prägen das Ambiente und die Atmosphäre einer Hochschule maßgeblich, doch im geschäftigen Alltagsbetrieb bleibt kaum Zeit, ihren Atem und ihre Aura zu erspüren. Eine Ausnahme gibt es: Wenn ihre Funktionstüchtigkeit gefährdet ist, dann geraten sie ins Blickfeld.

Der Hochschulbau ist deshalb eine zentrale Herausforderung für die Landespolitik. Wichtige Projekte in der vergangenen Dekade waren etwa der BIOQUANT-Neubau in Heidelberg (26,8 Mio. Euro), der Neubau für die Duale Hochschule am Standort Lörrach (22,5 Mio.), der Bau für die Informatik an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Furtwangen (12,8 Mio.) und das Gebäude der Intensivmedizin des Universitätsklinikums Tübingen (11,2 Mio.). Es wurden vor allem die Bereiche Life Science, Informatik und neue Medien ausgebaut. Die Fortschritte beim Hochschulbau konnten mit Hilfe des Impulsprogramms (60 Mio. Euro) sowie des Zukunftsinvestitionsprogramms (307 Mio. Euro) erreicht werden. Ein Großteil der Baumittel fließt dabei in die Modernisierung des vorhandenen Gebäudebestands der Hochschulen. Mit Blick auf die Energiekosten, aber auch aus Gründen des Umweltschutzes, ist die energetische Sanierung der Gebäude sehr wichtig. Weitere Herausforderungen ergeben sich aus dem zusätzlichen Flächenbedarf für neue Forscher im Rahmen der Exzellenzinitiative, durch die steigenden Studierendenzahlen sowie das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“. Für neue Forschungsbauten konnten seit dem Jahr 2007 rund 100 Mio. Euro Bundesmittel für zwölf Vorhaben eingeworben werden. Baden-Württemberg nimmt damit unter den Ländern eine Spitzenposition ein.



länder zur Einführung der W-Besoldung. März: Das neue Eliteprogramm für exzellente Postdoktorandinnen und Postdoktoranden hilft auf dem Weg zum Beruf des Hochschullehrers. Mai: Große Landesausstellung des Landesmuseums Württemberg, des Hauses der Geschichte und des Badischen



STUDIENBEITRÄGE: FÜR BESSERE LEHRE UND AUSSTATTUNG

„Studiengebühren halten die jungen Leute vom Studium ab! Sie werden nicht den Hochschulen zugutekommen!“ Solche Schreckensszenarien malten manche vor der Einführung der Studienbeiträge in Höhe von 500 Euro pro Semester an die Wand.

Die Beiträge werden sozialverträglich erhoben. Tatsache ist, dass sich der Verdacht eines Zusammenhangs zwischen Studierneigung, Studienortwahl und Beiträgen im Land nicht erhärten lässt. Die zusätzlichen Einnahmen seit dem Sommersemester 2007 helfen den Hochschulen im Gegen teil dabei, mehr in die Lehre und die Betreuung der Studierenden zu investieren. Die Studierenden entscheiden über die Verwendung der Beiträge mit.

Im Sommersemester 2008 und im Wintersemester 2008/09 erhielten die Hochschulen 187,3 Mio. Euro Einnahmen aus Studienbeiträgen. Den größten Teil (37,5 Prozent) setzten sie für zusätzliches Lehrpersonal ein. Ein Viertel der Einnahmen gaben sie für lehrbezogene technische Ausstattung aus und rund zehn Prozent für die Hochschulbibliothek. Durch die Ausweitung der familienpolitisch bedeutenden Entlastung kinderreicher Familien ab dem Sommersemester 2009 gingen die Einnahmen auf rund 135 Mio. Euro jährlich zurück, stellen jedoch nach wie vor eine ganz erhebliche Zusatzeinnahme dar. Das Gesetz schreibt vor, dass die Gelder zweckgebunden

für Studium und Lehre eingesetzt werden. Knapp 500 Mio. Euro konnten bislang ausgegeben werden: für verlängerte Öffnungszeiten und neue Bücher in Bibliotheken, eine bessere Lehre und Betreuung durch zusätzliche Tutorien und Lehrveranstaltungen, eine moderne technische Ausstattung in Hörsälen, Seminar- und Laborräumen und bei der EDV.

Die Beiträge werden sozialverträglich erhoben. Niemand soll aus finanziellen Gründen vom Studium abgehalten werden. Wer die Beiträge nicht selbst aufbringen kann, hat Anspruch auf ein Darlehen – ohne Bonitätsprüfung und Sicherheitsleistung. Das Darlehen muss erst zwei Jahre nach Abschluss des Studiums zurückbezahlt werden, und auch nur dann, wenn ein bestimmtes Einkommen erreicht ist. Von der Beitragspflicht befreit sind Studierende, die selbst oder deren Familien besonders belastet sind, die kleine Kinder erziehen oder durch Behinderung gehandicapt sind. In Familien mit drei oder mehr Kindern bezahlen höchstens zwei Kinder Studienbeiträge.

Mit den Beiträgen hat sich das Verhältnis von Lehrenden zu Lernenden geändert. Die Studierenden sind zahlende Kunden. Gute Lehre gehört noch mehr als bisher zum Kerngeschäft der Hochschulen. Gleichzeitig steigt das Bewusstsein, dass das Studium einen Wert darstellt. Wer Beiträge zahlt, wählt sein Studienfach überlegter, studiert mit klareren Zielen, mit Engagement und Motivation – und studiert auch schneller.

3. WACHSTUM UND WANDEL: DAS HOCHSCHULSYSTEM STELLT SICH DEN ANFORDERUNGEN DER MODERNE

Hochschulen sind wie Städte: Die einen sind ehrwürdig und stolz, wuchtige Mauern zeugen von einzigartiger Tradition, die anderen erscheinen modern, schnörkellos und funktional. Für alle gilt, dass sie leben und „atmen“. Sie wachsen heran, bilden eine prägnante Gestalt aus und verändern sich bei Bedarf. Sie sind abhängig von den Menschen, die sie prägen, und den Anforderungen der Umwelt. Sie gehen Allianzen ein und stehen im Wettbewerb miteinander. Das kräftigt sie.

Das Hochschulsystem in Baden-Württemberg ist ein starker Verbund, der Halt gibt, ohne einzuziegen. In keinem anderen Bundesland gibt es ähnlich differenzierte Angebote von Universitäten, Pädagogischen Hochschulen, Musik- und Kunsthochschulen, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften und der Dualen Hochschule. Alle verfügen über ein unverwechselbares Profil und innere Werte, bieten unterschiedliche Schwerpunkte aus und sind doch eng miteinander vernetzt. Die Landesregierung hat in der jüngsten Dekade wichtige Initiativen ergriffen, um das Hochschulsystem weiterzuentwickeln. Dabei stehen immer die Studierenden, die Lehrenden und Forschenden im Mittelpunkt. Sie erfüllen die Hochschulen mit Leben. Ihre Erfolge in



Wissenschaft, Forschung und Kunst sind für die Leistungsfähigkeit des ganzen Systems Voraussetzung.



UNIVERSITÄTEN: BREITES FÄCHER-SPEKTRUM UND PROFILBILDUNG

Die klassischen Universitäten Freiburg, Heidelberg und Tübingen sowie die jüngeren Universitäten Hohenheim, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Stuttgart und Ulm bieten den Studierenden mit ihren jeweiligen Profilen in Forschung und Lehre ein Studienangebot auf höchstem Niveau. Sie decken das gesamte Spektrum an grundständigen Bachelor-, weiterqualifizierenden Master- und strukturierten Promotionsstudienangeboten ab. Neben Fachkenntnissen und Methodenwissen vermittelt das Universitätsstudium auch Kernkompetenzen wie kritisches und analytisches Denken sowie Problemlösungs- und Entscheidungsfähigkeit.

Eine wahre Herkulesaufgabe bedeutete für die Universitäten mit ihren zahlreichen Studiengängen die Umstellung auf das System von Bachelor- und Masterstudiengängen im Zusammenhang mit dem Bologna-Prozess (vgl. ausführlicher Kap. 2). Nach sechs bis acht Semestern erwerben die Studierenden mit dem Bachelor einen ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss. Nach weiteren zwei bis vier Semestern können sie einen Abschluss zum Master erwerben. In den Studiengängen Medizin, Zahnmedizin, Rechtswissenschaft und Lehramt bleibt der Abschluss Staatsexamen mit einer Regelstudienzeit von neun bis zwölf Semestern bis

auf Weiteres erhalten. Der weit überwiegende Teil der Hochschulabgänger kommt von den Universitäten, deren fachliches Spektrum von keiner anderen Hochschulart erreicht wird; Spitzenleistungen in der Forschung werden in der Regel an den Universitäten erzielt.

Struktur- und Entwicklungsplanung

Der zunehmende nationale und internationale Wettbewerb um die „besten Köpfe“ als einer der erfolgskritischen Faktoren für die Position der Universitäten bei der Akquise nationaler und internationaler Fördermittel einerseits und im Wissenschaftssystem andererseits hatte unter dem neuen Paradigma der unternehmerischen Hochschule einen hohen Anpassungsbedarf zur Folge. Notwendig wurde eine besonders ausgeprägte, tragfähige und zukunftsweisende Profilbildung. Um die Hochschulen dabei zu unterstützen, führte das Land erstmals ein verbindliches System der Struktur- und Entwicklungsplanung ein. Dabei legen die Hochschulen Ziele und Eckpunkte für die nächsten fünf Jahre fest, beschreiben fachliche, strukturelle, personelle, bauliche und finanzielle Ausgangssituationen und Perspektiven. Auch die Schwerpunkte in Lehre und Forschung werden benannt.

Mit der Struktur- und Entwicklungsplanung soll ein fachlich ausreichendes und regional ausgewogenes Angebot in Forschung und Lehre sicher-

gestellt werden. Auch die wirtschaftliche Nutzung gemeinschaftlicher oder hochschulübergreifender Einrichtungen ist ein wichtiges Ziel. Jeder Struktur- und Entwicklungsplan einer Hochschule ist dem Wissenschaftsministerium zur Zustimmung vorzulegen. Die Pläne werden in einem Dialogverfahren zwischen Ministerium und Hochschule mit den Vorgaben des Landes in struktureller, finanzieller und ausstattungsbezogener Hinsicht abgeglichen und bilden die Basis für den Abschluss von Zielvereinbarungen. In den Jahren 2000 bis 2010 wurden zwischen dem Ministerium und den Universitäten insgesamt 23 Zielvereinbarungen abgeschlossen mit einem Gesamtvolumen von rund 17,7 Mio. Euro.

KIT: DIE GRÖSSTE WISSENSCHAFTSEINRICHTUNG DEUTSCHLANDS

Ein Gigant im Wissenschaftsbetrieb, mit einzigartiger Kontur ausgestattet, kraftvoll und weithin erkennbar, ist das Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Es vereint die Universität Karlsruhe und das Forschungszentrum Karlsruhe und wurde zum 1. Oktober 2009 errichtet. Die Idee entstand im Rahmen der Exzellenzinitiative. Hier war die Universität Karlsruhe als eine der ersten von bundesweit damals drei Universitäten in der Förderlinie „Zukunftskonzepte“ erfolgreich. Das KIT verschafft der deutschen Forschung weltweit in einen Landesbetrieb den Rahmen, um seine Aufgaben mit größerer Eigenständigkeit und Flexibilität erfüllen zu können. April: Große Landesausstellung des Landesmuseums Württemberg „Alte Schlösser – neue Herren. Die Säkularisation im deutschen Südwesten 1803“ (154.000 Besucher).

eine stärkere Sichtbarkeit.

Das KIT ist unter einheitlicher Leitung und in einer Körperschaft sowohl Landesuniversität als auch nationales Forschungszentrum in der Helmholtz-Gemeinschaft. Mit rund 8.400 Mitarbeitern, etwa 18.500 Studierenden und einem Gesamtetat von jährlich rund 630 Mio. Euro ist das KIT die größte Wissenschaftseinrichtung in Deutschland. Die Bündelung von Ressourcen erhöht die nationale und besonders die internationale Konkurrenzfähigkeit. Mit seiner thematischen Ausrichtung, seiner Multidisziplinarität und seiner Größe bietet das KIT international einzigartige Bedingungen. Es ist in der Lage, die besten Köpfe aus der ganzen Welt anzuziehen. Dazu will es auch neue Maßstäbe in der Lehre und in der Nachwuchsförderung setzen. Die wichtigsten Elemente des Forschungsprofils des KIT spiegeln sich in den KIT-Zentren und KIT-Schwerpunkten wider: Energie, Nanowissenschaft und Mikrotechnologie, Elementarteilchen- und Astroteilchenphysik, Klima und Umwelt, Mobilitätssysteme, adaptive vernetzte Systeme sowie Optik und Photonik. Die Materialwissenschaften und die Wechselwirkung zwischen Mensch und Technik sind zentrale Querschnittsthemen des KIT.



UNIVERSITÄTSMEDIZIN: IM DIENST DER MENSCHEN



Nach höchstem wissenschaftlichen Stand medizinisch beraten und versorgt, fürsorglich gepflegt und gesund entlassen: So wünschen sich Patienten ihren Aufenthalt im Krankenhaus. Damit dies gelingt, investiert das Land Millionen. Die Universitätsmedizin in Baden-Württemberg bietet in Krankenversorgung, Forschung und Lehre Spitzenleistungen.

Als erstes Bundesland hat Baden-Württemberg im Jahr 1998 seine Universitätsklinika als Körperschaften des öffentlichen Rechts rechtlich

verselbstständigt. Die Medizinischen Fakultäten blieben in die Universitäten integriert, werden seither aber wie Landesbetriebe geführt. Die Dekane nehmen dort die Funktion der Haushaltsbeauftragten wahr. In der vergangenen Dekade wurde die Reform der Universitätsmedizin weitergeführt. Insbesondere konnten die Leistungsstrukturen effektiver gestaltet werden.

Ein Gutachten der Unternehmensberatung Roland Berger aus dem Jahr 2008 zur strategischen Positionierung der baden-württembergischen Universitätsklinika bestätigte deren hohe Wettbewerbsfähigkeit uneingeschränkt. Es zeigte, dass die Universitätsklinika die Einführung des neuen fallorientierten Abrechnungssystems bewältigt und gut gewirtschaftet haben. Im nationalen Vergleich stehen sie bestens da. Die Gutachter erteilten deshalb Überlegungen zu einer (Teil-)Privatisierung eine Absage. Die Empfehlungen wurden und werden berücksichtigt. Das Land steht zu seiner Verantwortung als Gewährträger der Universitätsklinika und wird auch künftig alles daran setzen, dass sie ihre hohe Leistungsfähigkeit behalten und ihre Position im Wettbewerb weiter ausbauen können.

Wissenschaftsrat und Medizinstrukturkommission
In einer Querschnittsevaluation hat der Wissenschaftsrat im Jahr 2004 die hohe Leistungsfähigkeit der Medizinischen Fakultäten bestätigt. Eine der

Empfehlungen betraf die Universitätsmedizin am Standort Mannheim. Das Land hat sie aufgegriffen und stellte in Mannheim, wo bis dahin die Ausbildung nur für den klinischen Studienabschnitt erfolgte, Mittel für den Aufbau einer vorklinischen Ausbildung bereit. Besonders wichtig für die Medizinischen Fakultäten war die Arbeit der Medizinstrukturkommission. Sie evaluierte im Jahr 2006 im Auftrag des Landes die Bereiche Forschung und Lehre in den Fakultäten. Das Gremium, dem ausschließlich externe Persönlichkeiten angehörten, kam zu einer sehr positiven Stellungnahme. Die Empfehlungen wurden von den Medizinischen Fakultäten bei ihrer internen Mittelverteilung berücksichtigt.

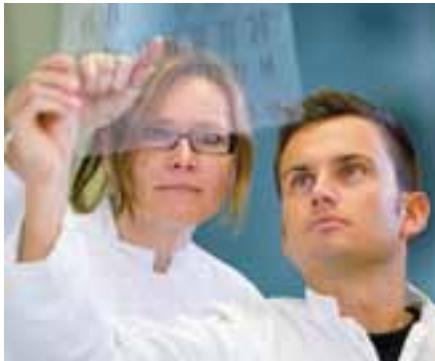
Solidarpakt für Universitätsmedizin

Entsprechend den Empfehlungen der Medizinstrukturkommission hat das Land das Finanzierungssystem weiterentwickelt. Besonders bedeutsam war dabei der im Jahr 2007 beschlossene Solidarpakt für die Universitätsmedizin, der eine jährliche Finanzierung in Höhe von insgesamt 570 Mio. Euro an Landesmitteln und damit eine Grundfinanzierung für jede einzelne Fakultät vorsieht. Hinzu kommen Strukturmittel, die landeseitig in einen Innovationsfonds eingebbracht werden. Im Jahr 2008 wurden erstmals Fakultätsverträge mit den Universitäten abgeschlossen. Seit dem Jahr 2009 gibt es Zielvereinbarungen.

Eine Besonderheit in Baden-Württemberg ist die arbeitsteilige Zusammenarbeit der fünf Medizinischen Fakultäten in der Lehre. Eingerichtet wurden überall Kompetenzzentren für die Lehre, die zusammen das Kompetenznetz Baden-Württemberg bilden und für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt beispielhaft sind. Die Leistungsfähigkeit der Medizinischen Fakultäten ist aber auch in der Forschung weiter gestiegen, wie die Einwerbung von Drittmitteln belegt: Rund 254 Mio. Euro waren es im Jahr 2008.

Einrichtungen der Maximalversorgung

Die baden-württembergischen Universitätsklinika sind weiter gewachsen. Als Einrichtungen der Maximalversorgung sind sie wichtig für die Krankenversorgung in ihrer jeweiligen Region und zugleich bedeutende Arbeitgeber: Rund 22.000 Vollbeschäftigte arbeiten hier, darunter circa 4.000 Ärzte. Mehr als zwei Mio. Patienten werden jährlich ambulant behandelt, 270.000 Personen stationär aufgenommen. Die Klinika erwirtschaften einen Umsatzerlös von rund 1,5 Mrd. Euro pro Jahr. Wichtige Bau- und Sanierungsmaßnahmen gab es beim Pathologischen Institut Freiburg, bei der Kinderklinik Heidelberg, der Frauenklinik Tübingen und der Chirurgie in Ulm.



PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN: EINZIGARTIG IN DER LEHRERBILDUNG



Wer mit Lust lernt, lernt leichter. Das gilt besonders für Kinder und Jugendliche. Deshalb legt Baden-Württemberg besonderen Wert auf eine intensive Ausbildung der Lehrer. Wer heute vor einer Schulkasse steht, kann nicht erfolgreich sein, wenn er lediglich Disziplin und Gehorsam einfordert. Es geht auch darum, jungen Menschen die Freude am eigenen Fach zu vermitteln, sie neugierig auf Wissen zu machen. Die Voraussetzungen dafür erhalten die angehenden Pädagogen an den

Pädagogischen Hochschulen des Landes. Diese sind eine baden-württembergische Besonderheit und ein Erfolgsmodell. Besonders wichtig war in der vergangenen Dekade das im Jahr 2005 eingeführte selbstständige **Habilitationsrecht**. Es stärkte die Position der Pädagogischen Hochschulen als eigenständiger wissenschaftlicher Hochschultypus für die Lehrerbildung.

Das Alleinstellungsmerkmal der Pädagogischen Hochschulen liegt in ihrem Ausbildungsprofil: Erziehungs- und Fachwissenschaften, fachdidaktische Aufbereitung der wissenschaftlichen Inhalte sowie Schulpraxis gehen Hand in Hand. Die Hochschulen verbinden Theorie und Praxis, Studium und Forschung mit Unterricht und pädagogischem Alltag. Die künftigen Lehrer an Grund-, Haupt-, Werkreal-, Real- und Sonderschulen werden in Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Ludwigsburg, Schwäbisch Gmünd und Weingarten ausgebildet.

Erstmals wurden im Wintersemester 2003/04 in Kooperation mit Fachhochschulen gestufte Studiengänge in Ingenieurpädagogik für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen eingeführt. Im Juni 2005 wurde der gemeinsame Studiengang der PH Freiburg und der Hochschule Offenburg als erster integrierter Lehramtsstudiengang bundesweit erfolgreich akkreditiert. Hinsichtlich der Gymnasiallehrerausbildung streben die Pädagogischen Hochschulen eine stärkere Zusammenarbeit

mit den Universitäten in den Fächern Pädagogik, Psychologie und Fachdidaktik an.

Um den schwankenden Lehrerbedarf zu kompensieren und als Beitrag zur Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs richtete das Land zum Wintersemester 2007/08 zwölf bildungsbezogene dreijährige Bachelorstudiengänge mit 400 Anfängerplätzen ein. Der Schwerpunkt liegt bei der frühkindlichen Pädagogik.

Islamische Religionspädagogik und Bildungsforschung

Muslimische Lehrkräfte für islamischen Religionsunterricht an Grundschulen bilden die Pädagogischen Hochschulen Karlsruhe, Ludwigsburg und Weingarten in einem zweisemestrigen Erweiterungsstudiengang für Islamische Religionspädagogik seit dem Wintersemester 2007/08 aus.

Auch in der Bildungsforschung leisten die Pädagogischen Hochschulen Beachtliches. Die Forschungsaktivitäten gilt es nachhaltig auszubauen und noch besser zu koordinieren. Die 1999 eingerichteten Forschungs- und Nachwuchskollegs (FuN-Kollegs) bilden dabei eine wichtige Basis, seit dem Jahr 2007 ergänzt durch Promotionskollegs.

KUNST- UND MUSIKHOCHSCHULEN: KREATIV FÜR KÜNSTLER

Als Popmusikerin, Filmproduzent, Maler oder Geigenvirtuosin weltberühmt werden – das ist der Wunsch vieler junger Frauen und Männer, der dank der hervorragenden Ausbildungsmöglichkeiten wahr werden kann. In vielen Fällen haben erfolgreiche Künstlerinnen und Künstler ihre Wurzeln in Baden-Württemberg und konnten hier ihr Studium absolvieren. Kein anderes Bundesland bietet derartig breit gefächerte Ausbildungsmöglichkeiten auf Hochschulniveau in allen künstlerischen Bereichen.





Die fünf Musikhochschulen, drei Kunsthochschulen, die Popakademie, die Filmakademie und die Akademie für Darstellende Kunst bilden nicht nur künftige Künstler, sondern auch Pädagogen, Vermittler, Produzenten und weitere Berufsbilder aus. Die Abschlüsse der drei Akademien sind den Hochschulabschlüssen gleichgestellt. Seit dem Jahr 2009 besteht ferner die Möglichkeit der künstlerisch-wissenschaftlichen Promotion. Das ist bundesweit einzigartig.

Im Fokus der künstlerischen Ausbildung steht die Heranbildung einer Künstlerpersönlichkeit, was weit über das Erlernen von Fachwissen, Techniken und wissenschaftlichen Methoden hinaus geht. Deshalb rückt eine besonders intensive individuelle Betreuung der Studierenden durch Einzelunterricht bzw. kleine Klassen in den Mittelpunkt. Durch das hohe Kreativpotenzial strahlen die Hochschulen und Akademien über ihren Standort hinaus weit in die jeweilige Region aus. Die Studierenden müssen sich ausprobieren und die eigenen künstlerischen Möglichkeiten ausloten können. Deshalb sind die Hochschulen auch als Theater- und Konzertveranstalter, als Ideenpool für neue Eventformen und -möglichkeiten wichtiger Bestandteil der Kulturlandschaft Baden-Württembergs.

Die im Jahr 2003 gegründete **Popakademie Mannheim** bildet im Bereich Populärmusik mit akademischem Anspruch aus. Die Hochschule bietet als Bachelor-Studiengänge Popmusikdesign (für Musiker, Songwriter und Produzenten) und Musik-business (für Management hinter den Kulissen) an. Ab dem Jahr 2011 soll das Studienangebot um die Masterstudiengänge „Populäre Musik“ und „Music & Creative Industries“ erweitert werden.

Die im Jahr 2007 eingerichtete **Akademie für Darstellende Kunst Ludwigsburg** ist eine bundesweit einmalige Ausbildungsstätte an der Schnittstelle zwischen Theater und Film. Sie wurde als gemeinnützige GmbH vom Land, der Staatlichen



Neuregelung des Zulassungsrechts bei bundesweiten NC-Studiengängen. **August: Eine Querschnittsevaluation** bestätigt den Erziehungswissenschaften, dass die Pädagogischen Hochschulen gute Voraussetzungen für eine moderne berufswissenschaftliche Lehrerbildung besitzen. **September: Große Landes-**

Akademie der Bildenden Künste Stuttgart, der Filmakademie Baden-Württemberg und der Stadt Ludwigsburg gegründet und nahm im Herbst 2008 den Studienbetrieb auf. Die Akademie bietet die Studiengänge Schauspiel mit Schwerpunkt Film (BA), Theaterregie (BA) und Dramaturgie (MA) sowie den Diplomstudiengang Bühnen- und Kostümbild in Zusammenarbeit mit der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart an. Die Ausbildung erfolgt – soweit möglich – studiengangübergreifend und im Rahmen von Projekten. Als Spielstätte erhielt die Akademie ein neues Lehr- und Lerntheater. Das Land stellt für die Jahre 2007 bis 2013 insgesamt 12,6 Mio. Euro aus Mitteln der Zukunftsoffensive III bereit.

Bedeutsam für die **Hochschule für Gestaltung (HfG) in Karlsruhe** war die positive Evaluation durch den Wissenschaftsrat im Jahr 2008, die das Ausbildungskonzept als ausgezeichnet wertete. Besonderes Lob fanden die Innovationsfähigkeit, Flexibilität und soziale Kompetenz der Studierenden, Mitarbeiter und Lehrenden. Auch das Studienangebot wurde als außergewöhnlich eingestuft. Der Wissenschaftsrat bewertete die HfG als leistungsstarke Lehr- und Forschungsstätte, würdigte die moderne Organisationsstruktur und die zahlreichen Kooperationen mit internationalen Bildungseinrichtungen sowie mit dem benachbarten Zentrum für Kunst und Medientechnologie.

SCHWERPUNKTE DER HOCHSCHULEN

- Staatliche Akademie der Bildenden

Künste Karlsruhe: Sie konzentriert sich auf die freien künstlerischen Studiengänge (Malerei, Bildhauerei, Zeichnung) sowie auf die Kunst-erziehung und hat sich den Ruf einer der bedeutendsten Maler- und Bildhauerhochschulen Deutschlands erworben.

- Staatliche Akademie der Bildenden

Künste Stuttgart: Sie zählt zu den größten und am breitesten aufgestellten Hochschulen ihrer Art in Deutschland. Sie bietet eine Vielzahl von Studiengängen in bildenden Künsten, Architektur, Design, Kunst-erziehung, Restaurierung und Kunsthissenschaft.

- Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe:

HfG: Sie profiliert sich durch einen engen Bezug zu Neuen Medien und Technologie. Sie kooperiert eng mit dem benachbarten ZKM Zentrum für Kunst und Medientechnologie. Ihr Ausbildungskonzept wurde 2008 durch den Wissenschaftsrat bestätigt.

- Hochschule für Musik Freiburg:

Sie profiliert sich international im Feld der Instrumentalwettbewerbe. Bundesweit einzigartig ist das Institut für Musiker-medizin.

- Hochschule für Musik Karlsruhe:

Sie hebt sich europaweit durch das Institut Lern-Radio zur Ausbildung von Musik-journalisten hervor.

- Staatliche Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Mannheim:

Sie bietet über ihre Akademie des Tanzes Studiengänge der darstellenden Kunst an und kooperiert mit der Popakademie.

- Staatliche Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Stuttgart:

Sie ist die älteste und größte Musikhochschule Baden-Württembergs. Weltweit einzigartig ist ihre Orgelsammlung mit zehn hochkarätigen Orgeln.

- Staatliche Hochschule für Musik Trossingen:

Sie profiliert sich über den Schwerpunkt Alte Musik sowie die künstlerische Ausbildung im Fach Rhythmik.

ausstellung des Badischen Landesmuseums „Hannibal ad Portas. Macht und Reichtum Karthagos“ (134.000 Besucher). **Oktober: Beschluss der KMK,** dass die Abschlüsse der Berufsakademie nach Umstellung auf Bachelor und entsprechender Akkreditierung hochschulrechtlich mit Bachelor-Abschlüssen der

**HOCHSCHULEN FÜR ANGEWANDTE
WISSENSCHAFTEN: REGIONALE
VERWURZELUNG IST IHRE STÄRKE**



Zwei von drei Berufsanfänger in den Ingenieurwissenschaften im Land haben an einer Hochschule für Angewandte Wissenschaft, früher Fachhochschule, studiert. Diese Hochschulart ist der mit Abstand größte Anbieter von akademischen Ausbildungen für technische Führungs- und Fachkräfte. Auch jeder dritte wissenschaftlich ausgebildete Betriebswirt im Land kommt von dieser Hochschulart. Daneben erfreuen sich die Studiengänge Design und Sozialwesen großer Beliebtheit.

Deutlich mehr Studierende

Die Entwicklung der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften verlief rasant. Zwischen den Jahren 2000 und 2010 stieg die Zahl der Studierenden im Land von 47.000 auf 66.000. Auch das Fächerspektrum verbreiterte sich. So gibt es mittlerweile Studienangebote in der Volkswirtschaftslehre, im Wirtschaftsrecht und auf dem Gebiet der Biotechnologie. Die Designstudiengänge wurden um Angebote im Medienbereich erweitert. Die sozialwissenschaftlichen Studienangebote wurden mit Studiengängen für fruhkindliche Erziehung, Pflegemanagement und Pflegepädagogik ergänzt. Dazu kamen seit dem Wintersemester 2003/04 polyvalente Studiengänge für Gewerbelehrer, bei denen die Studierenden bis zum Bachelorabschluss zwischen einer Berufstätigkeit in der Industrie und dem Lehramt wählen können.

Wissenschaftliches Profil

Die neue Strukturierung des Studiums in Bachelor- und Masterstudiengänge haben die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften im vergangenen Jahrzehnt flächendeckend sehr gut bewältigt. Die Umstellung fiel ihnen relativ leicht, weil sie von jeher darauf ausgerichtet waren, Studierende nach einem kürzeren, praxisbezogenen Studium in eine Berufstätigkeit zu entlassen. In den Bachelorstudiengängen ist ein Praktisches Studiensemester enthalten; damit konnte ein bewährtes Element aus den früheren Diplomstudiengängen in das

neue System übernommen werden. In diesem Praktischen Studiensemester lernen die Studierenden ihre Kenntnisse im betrieblichen Alltag anzuwenden. Viele Studierende nutzen dies dazu, frühzeitig Kontakte mit potentiellen Arbeitgebern zu knüpfen. Ein Viertel aller Absolventen kommt so zu einem Arbeitsplatz. Erstmals eingerichtet haben die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften – wie die Universitäten – zahlreiche Masterstudiengänge. Diese können fachlich-inhaltlich auf einem Abschluss der ersten Stufe aufbauen oder weitere Kenntnisse und Fähigkeiten außerhalb des fachlich-inhaltlichen Bezugs vermitteln. Über akkreditierte Masterstudiengänge an Hochschulen für Angewandte Wissenschaften können außerdem – auch das ist neu – die Zugangsvoraussetzungen für eine Tätigkeit in der Laufbahn des Höheren Dienstes erworben werden. Eine immer größere Rolle spielen Forschung und Entwicklung für die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften. Die Zahl der anwendungsnahen Forschungs- und Entwicklungsprojekte hat in den vergangenen zehn Jahren deutlich zugenommen. Zusammen mit den Pädagogischen Hochschulen sind die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften an der Ausbildung für das Lehramt an gewerblichen Schulen beteiligt. Weitere gemeinsame Masterstudiengänge auch mit Universitäten sind in Vorbereitung. Erste gemeinsame Promotionskollegs von Universitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften bestehen oder befinden sich in Vorbereitung.

Regionalisierung

Die jüngsten Standorte in Tuttlingen und Schwäbisch Hall haben zum Wintersemester 2009/10 ihren Studienbetrieb aufgenommen. Damit gibt es nun 28 Standorte staatlicher Hochschulen für Angewandte Wissenschaften. Die Einrichtungen tragen dazu bei, den Fach- und Führungs-nachwuchs im ländlichen Raum zu halten. Er wird dort von den kleinen und mittleren Unternehmen benötigt. Außerdem übernehmen die Hochschulen direkt oder indirekt wichtige Funktionen beim Wissenschaftstransfer in die Wirtschaft. Baden-Württemberg bekennt sich zu einer dezentralen Hochschullandschaft.



DUALE HOCHSCHULE: ERWACHSEN AUS DER BERUFSAKADEMIE



Zu den bedeutsamen hochschulpolitischen Errungenschaften innerhalb der vergangenen Dekade gehört die Weiterentwicklung der Berufsakademie zur Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) und deren Gründung am 1. März 2009. Sie ermöglichte es, die duale Hochschulausbildung als eigenständige Säule des tertiären Bildungsbereichs im Land zu etablieren. Die DHBW ist

die bundesweit einzige Hochschule, die eine betriebliche Ausbildung mit einem akademischen Studium verbindet. Sie setzt das bewährte System des dualen Studiums in Baden-Württemberg fort. Mit derzeit mehr als 25.000 Studierenden zählt sie zu den größten Hochschulen des Landes. Sie vereinigt die acht Standorte (Heidenheim, Karlsruhe, Lörrach, Mannheim, Mosbach, Ravensburg, Stuttgart, Villingen-Schwenningen) und vier Außenstellen (Friedrichshafen, Heilbronn, Horb, Bad Mergentheim) unter ihrem Dach. Mehr als 8.200 Betriebe und Sozialeinrichtungen kooperieren, davon 28 Prozent außerhalb Baden-Württembergs.

Bachelor und Forschungsauftrag

Grund für die Umwandlung der Berufsakademie in die Duale Hochschule Baden-Württemberg war insbesondere der Wunsch nach einer vollständigen nationalen und internationalen Akzeptanz der Abschlüsse. Trotz der erfolgreichen Entwicklung der Berufsakademie, der positiven Evaluation durch den Wissenschaftsrat im Jahr 1994 und der Gleichstellung der Abschlüsse mit Hochschulabschlüssen durch die Kultusministerkonferenz in den Jahren 1995 und 2004 zeigte sich, dass Status und Organisationsstruktur eine zeitgemäße Anpassung erforderten. Deshalb legte die Landesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung von 2006 den Grundstein für die Überführung der Berufsakademie in die DHBW. Ihren Abschluss fanden die gesetzgeberischen Maßnahmen im Zweiten Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform im Hochschulbereich (ZHFURG) vom 3. Dezember 2008, das die Details der Umwandlung festlegte.

Sitz der DHBW mit Vorstand, Senat und Aufsichtsrat ist Stuttgart. Die einzelnen Standorte verfügen mit Rektor, Hochschulrat und Akademischem Senat über eigene dezentrale Strukturen. Die dualen Partnerunternehmen – ein Novum – sind Mitglieder der Hochschule und wirken in den Organen und Gremien mit. Bedeutendste Neuerung der DHBW ist, dass die Studierenden ihr dreijähriges Studium mit dem akademischen Bachelor-Grad abschlie-

ßen und damit an allen anderen Hochschulen im In- und Ausland ein weiterführendes Studium aufnehmen können. Sämtliche Bachelor-Studiengänge der DHBW sind als Intensivstudiengänge mit 210 ECTS-Punkten bewertet und akkreditiert.

Neu als Hochschulaufgabe hinzu gekommen ist ein Forschungsauftrag. Die Duale Hochschule wird in kooperativer Forschung die Zusammenarbeit mit den Partnerunternehmen vertiefen und die Aktualität der wissenschaftlichen Lehre weiter verbessern. Die DHBW wird außerdem berufsbegleitende und berufsintegrierende Master-Studienangebote einrichten. Seit Gründung der Berufsakademie 1974 haben mehr als 100.000 Studierende ein Studium erfolgreich abgeschlossen. Die Beschäftigungsquote direkt nach Studienabschluss beträgt zwischen 80 und 90 Prozent eines Jahrgangs. Ausgebildet wird in den Studienbereichen Wirtschaft, Technik und Sozialwesen mit derzeit 20 Studiengängen und 82 Studieneinrichtungen.

NICHTSTAATLICHE HOCHSCHULEN: ERGÄNZUNG DES PORTFOLIOS

In Baden-Württemberg gibt es deutschlandweit die meisten privaten Hochschulen: fünf mit Universitätsrang und 16 nichtstaatliche Fachhochschulen. Während der Anteil der Studierenden an privaten

universitären Hochschulen unter einem Prozent liegt, entscheiden sich im Fachhochschulbereich rund zehn Prozent der Studierenden für eine nichtstaatliche Einrichtung. Private Hochschulen sind ein fester und wichtiger Bestandteil des Hochschulsystems. Sie sind vor allem dadurch geprägt, dass sie unternehmerisch entscheiden. Sie müssen und können auf die Anforderungen des Marktes rasch und flexibel reagieren.

Privaten Hochschulen gelingt es, neue Bildungsbedürfnisse aufzuspüren und „Nischen“ zu besetzen. Sie haben sich als professionell arbeitende, effiziente Institutionen der Wissensvermittlung etabliert, die ihre Studierenden als zahlende Kunden mit entsprechenden Ansprüchen betrachten. Der Dienstleistungsgedanke ist zentrales Element der privaten Hochschulen.

Das zum 1. Januar 2005 in Kraft getretene Hochschulgesetz des Landes hat eine Reihe von Deregulierungen im Interesse der Hochschulen mit sich gebracht. Die Qualität der Hochschulen und ihrer Studiengänge wird seither von außenstehenden, unabhängigen Experten überprüft. Im Bereich der nichtstaatlichen Hochschulen ist für die Einrichtung einer neuen Hochschule die vorherige institutionelle Akkreditierung durch den Wissenschaftsrat erforderlich. Damit wird sichergestellt, dass die Akkreditierung national und international anerkannt wird.



4. NEULAND: ÖFFNUNG DER HOCHSCHULEN



Warum ist der Himmel blau? Wieso können Flugzeuge nicht durch Wolken aus Vulkanasche fliegen? Werden wir eines Tages unseren Energiebedarf intelligenter als heute decken können? Alles Wissen dieser Welt ist theoretisch in Sekunden schnelle abrufbar. Und doch sind längst nicht alle Antworten gegeben. Das vorhandene Wissen erscheint völlig unzureichend angesichts der Herausforderungen – zu allem Überfluss ist es teilweise

auch unzuverlässig, ein „flüchtiger Gesell“. Das Wissen, das wir heute noch als gesichert ansehen, kann schon morgen veraltet, überholt und nutzlos sein. Es gilt deshalb, Wissen und Kompetenzen ein Leben lang zu erneuern und zu erweitern – nicht nur, um neue berufliche Aufgaben lösen zu können, sondern auch für eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

LEBENSLANGES LERNEN

Während das lebenslange Lernen die zeitliche Komponente des Wissenserwerbs betrifft, erfordert der Wandel der Lebens- und Arbeitswelt breitere Teilhabemöglichkeiten. In bislang ungekanntem Ausmaß hat die Landesregierung in jüngerer Zeit Zugangswege zu den staatlichen Hochschulen geschaffen, auch außerhalb der klassischen schulischen Bildungswege. Auch wurden differenzierte Lern- und Weiterbildungsangebote ermöglicht, die dem Wissens- und Bildungsbedarf in unterschiedlichen Berufs-, Qualifizierungs- und Lebensphasen Rechnung tragen.

HOCHSCHULZUGANG FÜR BERUFLICH QUALIFIZIERTE

Wer zur Jahrtausendwende ein Studium beginnen wollte, ohne über eine Zugangsberechtigung aus der Schule zu verfügen, konnte dies als Meister oder entsprechend Fortgebildeter mit vierjähriger Berufserfahrung tun, wenn er eine Eignungsprüfung erfolgreich absolviert hatte. Ein Meilenstein war die Erleichterung des Hochschulzugangs für Berufstätige ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung im Wintersemester 2006/07. Meistern und gleichwertig Fortgebildeten eröffnete sich erstmals der offene fachgebundene Zugang ohne Eignungsprüfung.

Derzeit werden die Regelungen zum Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte bundesweit vereinheitlicht. Baden-Württemberg beschloss im Juni 2010 das Gesetz zur Verbesserung des Hochschulzugangs beruflich Qualifizierter und der Hochschulzulassung, durch das Meister und Berufstätige mit gleichwertiger beruflicher Fortbildung künftig den **allgemeinen Hochschulzugang** erhalten. Bislang war für Fächer, die der beruflichen Fortbildung fachlich nicht entsprochen haben, eine Eignungsprüfung vorgeschrieben, jetzt ist es nur noch ein Beratungsgespräch an der Hochschule. Auch andere beruflich Qualifizierte können künftig unter bestimmten Voraussetzungen ein

ihrer Berufsausbildung und -tätigkeit fachlich entsprechendes Studium aufnehmen.

WISSENSCHAFTLICHE WEITERBILDUNG

Das Landeshochschulgesetz aus dem Jahr 2005 enthält den Auftrag an die Hochschulen, Angebote der wissenschaftlichen und künstlerischen Weiterbildung einzurichten. Die Hochschulen müssen für Weiterbildungsstudiengänge Gebühren erheben. Sie führen die wissenschaftliche Weiterbildung entweder als **postgraduale Studiengänge** oder als **Kontaktstudium** durch. Das Wissenschaftsministerium begrüßt die Bemühungen der Hochschulen, ihr Weiterbildungsangebot auszubauen und dabei die Chance zur Profilschärfung zu nutzen.

Die Zahl der Weiterbildungsangebote (postgraduale Studiengänge, Kontaktstudium) hat sich seit dem Jahr 2000 unterschiedlich entwickelt. Während bei den Universitäten das Weiterbildungsangebot gesteigert werden konnte, ist es an den Pädagogischen Hochschulen und den Fachhochschulen weitgehend konstant geblieben. Die Kunst- und Musikhochschulen haben nur vereinzelt Angebote eingerichtet. Die Duale Hochschule sieht zwar bei postgradualen Studiengängen wie bei Kontaktstudien ein künftiges Betätigungsfeld, aktuell können jedoch nur die Standorte Lörrach, Ravensburg und Stuttgart ein Weiterbildungsange-





bot vorweisen. Finanziert wird die wissenschaftliche Weiterbildung an den Hochschulen durch Teilnehmerentgelte und den Hochschulen allgemein zur Verfügung stehende Mittel. Darüber hinaus fördert das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Einzelfällen aus zentralen Mitteln.

Um Hochschulen bei der Entwicklung neuer berufsbegleitender Weiterbildungsstudiengänge mit hoher Nachfrage zu unterstützen, hat das Wissenschaftsministerium 2005 erstmals das Programm **Master Online** ausgeschrieben. Die multimedial aufbereitete und online-gestützte Ausrichtung der Studiengänge ermöglicht es, das Studium weitgehend zeit- und ortsunabhängig zu absolvieren. Insgesamt standen für das Programm Mittel aus der Zukunftsoffensive III in Höhe von rund 12,8 Mio. Euro bereit.

SENIOREN AN DIE HOCHSCHULEN

Silbergrau könnte im Jahr 2050 die „Haarfarbe des Jahres“ werden. Dann nämlich werden vier von zehn Menschen in Baden-Württemberg 60 Jahre oder älter sein. Die Frauen und Männer im Renten- und Pensionsalter werden sich voraussichtlich nicht in erster Linie im Lehnstuhl vor dem Fernseher oder dem Computer aufhalten, sondern aktiv ihre Zeit gestalten. Sie werden sich Reisen leisten können, Kultur genießen wollen und ihr Wis-

sen vertiefen oder erweitern. Die Bildungs- und Weiterbildungsangebote der Hochschulen tun gut daran, sich darauf einzurichten. Ähnliches gilt für die Kunst- und Kultureinrichtungen.

Seniorinnen und Senioren können in den meisten Studiengängen bereits jetzt schon als reguläre Studierende aufgenommen werden oder als Gasthörerinnen und Gasthörer teilnehmen. Viele Hochschulen im Land haben in den vergangenen Jahren zusätzlich spezielle Angebote für diese Zielgruppe entwickelt: Die Universität Mannheim ermöglicht im Projekt „Alter lernt und forscht“ Wissen zum Thema „Emotionen in Geschichte und Literatur“ zu erwerben und selbst zu forschen. Das Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Ulm gibt älteren Menschen Anregungen zum forschenden Lernen zu vielfältigen Themen. Eine Seniorenhochschule hat die PH Schwäbisch Gmünd eingerichtet.

Die Öffnung der Hochschulen für die „Generation Silber“ trägt dazu bei, dass Menschen in reiferem Alter ihr vorhandenes Wissen und Know-how erhalten oder erweitern können. Zugleich können sie ein Stück ihrer Lebenserfahrung an Jüngere weitergeben. Beide Aspekte gewinnen in unserer Gesellschaft an Bedeutung.



KINDERLAND IST WISSENSLAND

Das **Kinderland Baden-Württemberg** ist ein wichtiger Bestandteil der Koalitionsvereinbarung aus dem Jahr 2006. Ziel ist es, dass alle Kinder im Land die optimalen Startvoraussetzungen für ihren weiteren Lebensweg erhalten. Das Wissenschaftsministerium fördert unter dem Motto „Kinderland“ das Kinderbetreuungsprogramm für wissenschaftliches Personal an den Hochschulen des Landes, das Schlieben-Lange-Programm für Nachwuchswissenschaftlerinnen mit Kind und das Projekt Familienfreundliches Medizinstudium.

Einen wichtigen Beitrag zum Kinderland Baden-Württemberg leistet auch die **Kinderuni**. Sie stellt ein zusätzliches Bildungsangebot für die Jüngsten dar. Immer mehr Hochschulen präsentieren dieses mit Stolz und gestalten es jedes Jahr neu aus. Kinderuni ist Ehrensache.

Als erste Universität Deutschlands hat die Universität Tübingen im Jahr 2002 Kinder und Jugendliche zu Vorlesungen eingeladen. Diese waren besonders verständlich und anschaulich, also kindergerecht aufbereitet, und beschäftigten sich mit Fragen, die Mädchen und Jungen interessieren. Der eingängige Begriff der „Kinderuni“ war schnell ein Markenname und diente deutschlandweit als Vorbild. Zahlreiche weitere Hoch-

schulen in Baden-Württemberg bieten jedes Jahr mit großem Erfolg Vorlesungen an, die Themen und Fragestellungen aus Wissenschaft und Forschung kindergerecht behandeln und so schon Grundschulkinder für ein Studium begeistern.

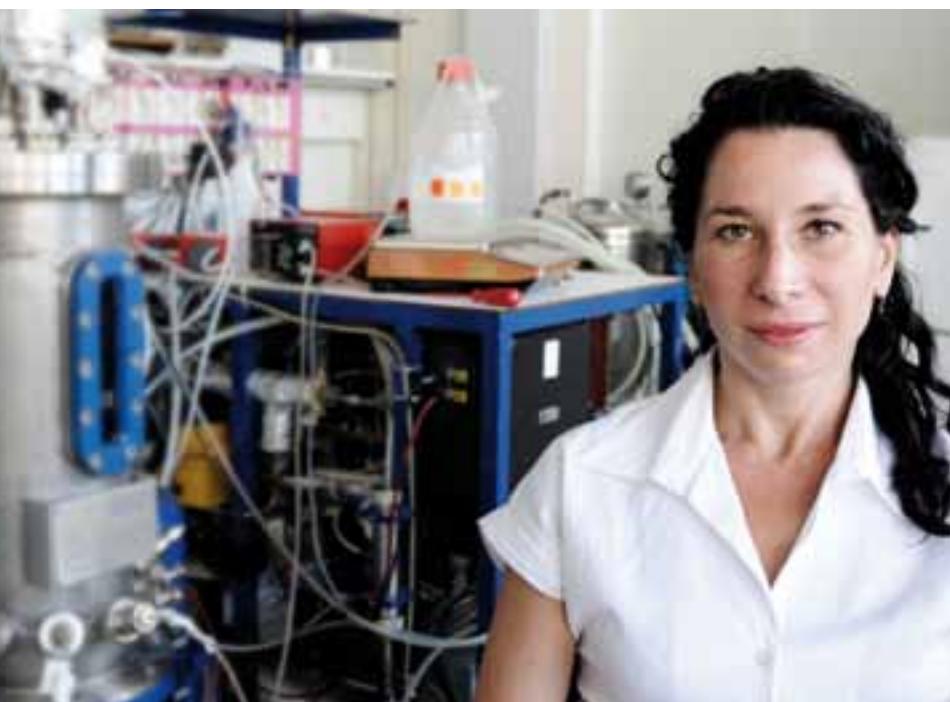


SCHÜLERSTUDIUM FÜR HOCHBEGABTE UND „SCHNUPPERSTUDIUM“

Die Hochschulen öffnen sich zunehmend für Schüler. Ein Meilenstein in der Hochschulentwicklung war dabei die Einführung des Schülerstudiums für hochbegabte Jugendliche. Die gesetzliche Grundlage schaffte das neue Landeshochschulgesetz aus dem Jahr 2005. Das Schülerstudium erfolgt in Abstimmung von Schule und Hochschule; die Schüler werden vom schulischen Unterricht für die Zeit der Vorlesungen an der Hochschule befreit. Leistungen werden erbracht und im Falle eines späteren entsprechenden Studiums anerkannt.

Seit einigen Jahren bieten viele Hochschulen außerdem ein „Schnupperstudium“ oder besondere Veranstaltungen wie Laborkurse für Schülerinnen und Schüler an. Oft werden auch spezielle Orientierungstage oder die „Lange Nacht der Wissenschaften“ initiiert.

5. HERAUSFORDERUNG: CHANCENGLEICHHEIT VON FRAUEN UND MÄNNERN



Immer mehr Frauen sind erfolgreich in der Wissenschaft: Sie graben alte Städte aus, erforschen Tumorzellen in der Medizin, entwickeln die Brennstoffzelle weiter oder fliegen als Astronautin ins Weltall. Sie vereinbaren oft Job und Familie. Doch die oberste Karrierestufe in der Wissenschaft, die Professur, erreichen noch zu wenige.

Der Blick in die Statistik ist ernüchternd. Zwar stieg der Professorinnenanteil von 8,6 Prozent im

Jahr 2000 auf 15,5 Prozent im Jahr 2008. Dennoch kehren zu viele Akademikerinnen der Hochschule den Rücken. Wann tun sie das und warum? Unter den Hochschulabsolventen sind die Hälften Frauen. Bei den Promotionen sind es noch 42 Prozent, bei den Habilitationen schrumpft ihr Anteil auf 21 Prozent. Das Phänomen wird in der Fachwelt als „leaky pipeline“ bezeichnet.

Die Gründe für das massenhafte Verlassen des Karriereweges hat der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen zur Chancengleichheit formuliert: Die starke Unterrepräsentanz von Frauen im System ist strukturell bedingt, kaum individuell. Insbesondere die spezifische Nachwuchsrekrutierung wirkt sich nachteilig aus. Das Wissenschaftsministerium will solche strukturellen Barrieren beseitigen. Es strebt mittelfristig auf allen Qualifikationsebenen und in allen Fächern an den Hochschulen einen Frauenanteil von rund 30 Prozent an.

In den Jahren 2000 bis 2006 lag der Schwerpunkt der Frauenförderung im Rahmen des Hochschule-Wissenschafts-Programms (HWP) auf der Förderung einzelner Wissenschaftlerinnen in verschiedenen Hochschularten. Inzwischen versucht das Land die Strukturen und Rahmenbedingungen

an den Hochschulen zu verändern. Trotz Auslaufen des HWP, bei dem jährlich – kofinanziert durch Bundesmittel – 7,6 Mio. Euro für Frauenförderprogramme eingesetzt wurden, sind im Staatshaushaltplan jährlich weiterhin 3,8 Mio. Euro für die Frauenförderung reserviert. Das Ministerium verfolgt vier Strategien:

- Bessere Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Karriere und Familie
- Nachwuchsförderung von Frauen
- Stärkung der Gleichstellungsarbeit
- Erhöhung der Studentinnenanteile in den naturwissenschaftlichen und technischen Studiengängen

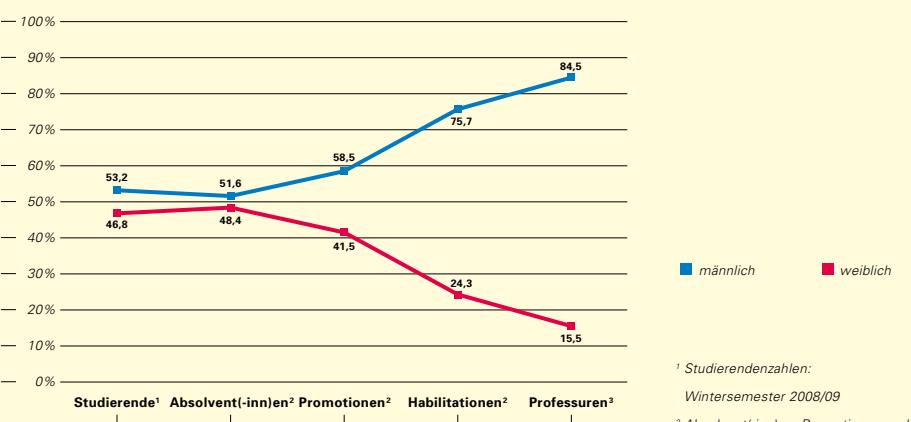
BESSERE VEREINBARKEIT VON WISSENSCHAFTLICHER KARRIERE UND FAMILIE

Ein Kinderbetreuungsprogramm für das wissenschaftliche Personal an den Hochschulen Baden-Württembergs wurde im Zeitraum 2007 bis 2008 zwei Mal ausgeschrieben. Mit 850.000 Euro jährlich werden Angebote für eine Kinderbetreuung an den Hochschulen geschaffen, die den besonderen Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Personals entsprechen. So konnte die Betreuungssituation im Hochschulbereich deutlich verbessert werden. Innovative Angebote wie Notfallbetreuungen und Ferienbetreuungen wurden zusätzlich etabliert. Eine dritte Ausschreibungsrunde ist in Planung.

Seit dem Jahr 2008 schreibt das Ministerium das **Schlieben-Lange-Programm für Nachwuchswissenschaftlerinnen mit Kind** aus. Die Geförderten erhalten Stipendien, um ihre wissenschaftliche oder künstlerische Arbeit nach der Geburt eines Kindes fortzusetzen, wieder aufzunehmen oder berufsbegleitend durchzuführen. Die Entscheidung für die Wissenschaft soll keine Entscheidung gegen die Familie bedeuten. Das Programm ist benannt nach der international renommierten Wissenschaftlerin Professorin Dr. Brigitte Schlieben-Lange, die als Mutter von vier Kindern eine herausragende wissenschaftliche Karriere und Familie vereinbaren konnte. Für das Programm erhalten Universitäten, Pädagogische Hochschulen sowie



Geschlechterverteilung an den Hochschulen in Baden-Württemberg im Jahr 2008



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010

¹ Studierendenzahlen:

Wintersemester 2008/09

² Absolvent(-inn)en, Promotionen und Habilitationen: Prüfungsjahr 2008

³ Professuren: Berichtsjahr 2008



Kunst- und Musikhochschulen jährlich rund 1 Mio. Euro. 103 Wissenschaftlerinnen konnten bislang gefördert werden. Eine Stipendiatin erhielt bereits einen Ruf auf eine Universitätsprofessur.

Studien zeigen, dass etwa 80 Prozent aller Wissenschaftlerinnen mit Wissenschaftlern liiert sind. Wenn ein solches Paar

Kinder hat oder einen Kinderwunsch verwirklichen möchte, achtet es meist darauf, ob und wie beide Partner ihre Karriere weiterführen können. Ist dies nicht möglich, verzichtet in den überwiegenden Fällen die Frau zugunsten ihrer Familie auf ihre Karriere und geht der Wissenschaft verloren. Um das zu verhindern, fördert das Wissenschaftsministerium zwei **Dual Career-Programme** mit 760.000 Euro. So sollen die besten Köpfe nach Baden-Württemberg berufen werden können. Um das Studieren mit Kind zu erleichtern, fördert das Wissenschaftsministerium außerdem das Forschungsprojekt **Familienfreundliches Studium in der Medizin** an der Universität Ulm. Es sollen konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet werden, die auch für andere Studiengänge hilfreich sein können.

Im Rahmen des Projekts „Studi mit Kids“

hatte das Sozialministerium an vier Hochschulen im Land das Audit Familiengerechte Hochschule durch die Hertie-Stiftung initiiert. Zwischenzeitlich sind zahlreiche Hochschulen diesem Beispiel gefolgt und haben ebenfalls ein Audit erlangt bzw. planen eine Auditierung. Die Auditierung wird den Hochschulen dadurch erleichtert, dass mit Hilfe des Kinderbetreuungsprogramms ein Grundstein für die bessere Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Karriere und Beruf gelegt wurde.

Seit 2009 müssen alle Prüfungsordnungen flexible Prüfungsfristen für Studierende mit Kind einrichten und ermöglichen, dass Studierende mit Kind während einer Beurlaubung Scheine ablegen können. Darüber hinaus wurde die Altersgrenze von Kindern, wegen deren Erziehung Studierende von den Studiengebühren befreit werden können, von sechs Jahren auf 14 Jahre angehoben.

NACHWUCHSFÖRDERUNG VON FRAUEN

Parallel zu einer besseren Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Karriere und Familie soll die Anzahl an berufbaren Frauen gesteigert werden, da sich immer noch zu wenige Frauen auf Ausschreibungen von Professuren bewerben. Das Ministerium fördert deshalb Frauen, die sich nach der Promotion weiter qualifizieren möchten, zum Beispiel mit dem **Margarete von Wrangell-Habitationsprogramm** für

Frauen (vgl. Kap. 3) sowie dem **Mentoring- und Trainingsprogramm (MuT)**. Hierbei können sich qualifizierte Wissenschaftlerinnen mit dem Berufswunsch Professorin eine Mentorin oder einen Mentor vermitteln lassen, die oder der ihnen mit Rat und Tat zur Seite steht.

Mit dem **Mathilde Planck-Lehrauftragsprogramm** werden Lehraufträge vom Land zusätzlich finanziert, die von Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, Kunst- und Musikhochschulen und der Dualen Hochschule an Frauen vergeben werden. So sollen kompetente Frauen aus der Wirtschaft und aus dem Bereich Kunst Lehrerfahrungen sammeln und in Kontakt mit einer Hochschule treten. Mehr als 100 Teilnehmerinnen wurden bereits Professorinnen an einer Hochschule für Angewandte Wissenschaft oder Dualen Hochschule in Deutschland.

STÄRKUNG DER GLEICHSTELLUNGSARBEIT

Um die Gleichstellung an den Hochschulen zu gewährleisten und zu stärken, müssen die Hochschulen **Gleichstellungspläne** im Rahmen ihrer fünfjährigen Struktur- und Entwicklungsplanung aufstellen. Die Struktur- und Entwicklungspläne werden vom Wissenschaftsministerium in der Regel erst genehmigt, wenn die Gleichstellungspläne konkrete Angaben zu den Frauenanteilen



bei den Professuren, beim Mittelbau und bei den Studierenden enthalten und sich die Hochschulen konkrete Ziele setzen, wie viele der im Planungszeitraum freiwerdenden Stellen – vor allem der Professuren – mit Frauen besetzt werden sollen. Darüber hinaus sollen die Gleichstellungspläne konkrete Maßnahmen vorsehen, mit denen die Hochschulen ihre Zielvorgaben erreichen können. Um am seit 2008 laufenden **Professorinnenprogramm** des Bundes und der Länder erfolgreich teilnehmen zu können, müssen die Hochschulen qualifizierte Gleichstellungskonzepte erstellen. Sofern die eingereichten Konzepte positiv begutachtet werden, können die Hochschulen für Professuren,



die sie mit Frauen besetzen, für bis zu fünf Jahre insgesamt bis zu 450.000 Euro (Bundes- und Landesmittel) jährlich einwerben. In der ersten Runde des Programms waren sieben baden-württembergische Hochschulen erfolgreich, in der zweiten Runde elf. Insgesamt werden fünf Universitäten, elf Fachhochschulen und zwei Pädagogische Hochschulen

gefördert und können für jeweils bis zu drei Berufungen von Frauen Bundesmittel in Höhe von insgesamt mehr als 20 Mio. Euro einwerben.

Das Wissenschaftsministerium hat bei den Novellierungen des Landeshochschulgesetzes vorgesehen, dass die Frauenanteile in den Berufskommissionen und den Hochschulgremien erhöht werden. Bei den Aufsichtsräten konnte der Frauenanteil zwischenzeitlich auf ein Viertel erhöht werden. Um die Frauenanteile der Professorenschaft durch die zusätzlich zur Verfügung gestellten W-Stellen in Förderprogrammen zu steigern, unterstützt das Wissenschaftsministerium unter Einbeziehung der Landeskonferenzen der Gleichstellungsbeauftragten die Hochschulen darin, sich aktiv um die Rekrutierung von geeigneten Frauen auf Professuren bemühen und **gendergerechte Berufungsverfahren** durchzuführen.

ERHÖHUNG DER STUDENTINNEN-ANTEILE IN DEN MINT-STUDIENGÄNGEN

Junge Frauen wählen andere Studienfächer als Männer. Im Wintersemester 2008/09 immatrikulierten sich die meisten Frauen im Land im Fach Betriebswirtschaftslehre. Die Mehrheit der Männer entschied sich für Maschinenbau, ein Fach, das zur Gruppe der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) gehört. Während sich nur 26 Prozent der Frauen in Baden-Württemberg für ein MINT-Studiengang immatrikulierten, taten das immerhin 62 Prozent der Männer. Das Wissenschaftsministerium will seit langem den Anteil von Frauen in naturwissenschaftlichen und technischen Studiengängen signifikant auf mindestens 30 Prozent erhöhen. Dieses Ziel wurde bei manchen MINT-Fächern wie Biologie und Mathematik schon vor Jahren erreicht und seitdem weit übertroffen. Bei anderen MINT-Fächern wie Informatik, Maschinenbau und Elektrotechnik sind nur bis zu zwölf Prozent der Studienanfänger weiblich. Das Land hat deshalb zahlreiche Maßnahmen ergriffen, von denen die drei folgenden besonders wichtig sind:

Das Programm „**Schülerinnen forschen – Einblicke in Naturwissenschaft und Technik**“ wurde im Jahr 2007 eingerichtet und soll Schülerinnen ab Klassenstufe sieben an Realschulen und allgemeinbildenden Gymnasien für die Fächer Physik und

Chemie begeistern und sie ermuntern, durch eine entsprechende Fächerwahl bis zum Abitur die Voraussetzungen für ein naturwissenschaftliches oder technisches Studium zu schaffen. Das Berufswahlspektrum der Mädchen soll außerdem durch entsprechende Beratungsangebote erweitert werden. Das Land wendet jährlich etwa 500.000 Euro für dieses Programm auf.

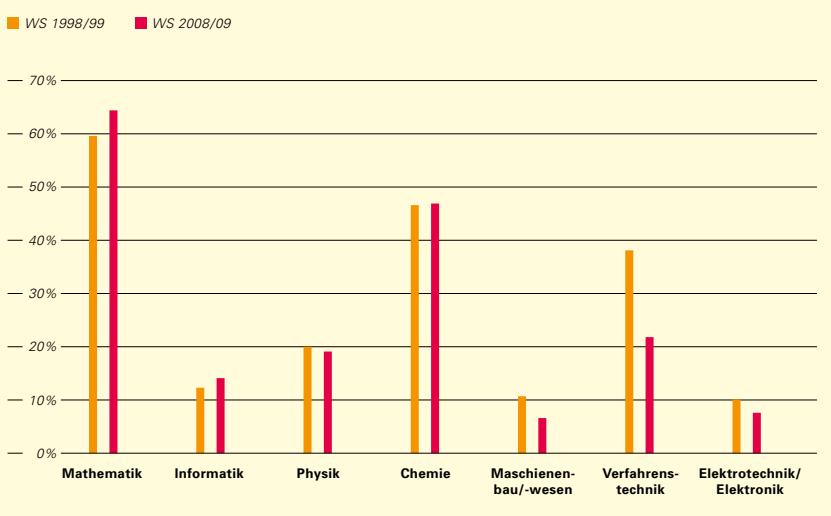
Vor dem Hintergrund des Fachkräfte- und Ingenieurmangels hat der Innovationsrat Baden-Württemberg im Juli 2009 der Landesregierung die Einführung eines Programms „**Frauen in MINT-Berufen in Wirtschaft und Wissenschaft**“ empfohlen. Landesregierung, Unternehmen und Wirtschaftsverbände, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen kooperieren, um das Arbeitskräftepotenzial in den MINT-Berufen durch eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen deutlich zu steigern. Zur Ausgestaltung des Programms hat der Ministerrat das Wirtschafts- und das Wissenschaftsministerium im März 2010 beauftragt, die Initiative „Frauen in MINT-Berufen in Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung“ umzusetzen sowie eine Koordinierungsstelle „Mädchen und Technik“ einzurichten.

Das Netzwerk **Frauen.Innovation.Technik** (F.I.T.), das im Jahr 2001 an der Hochschule Furtwangen eingerichtet wurde, dient ebenfalls dazu, den Frauenanteil in naturwissenschaftlichen und technischen Studiengängen zu erhöhen. Die wich-

tigsten Projekte des Netzwerks sind die „informatica femina“, eine einwöchige Sommerhochschule für Frauen in der Informatik, und die „meccanica femina“, eine Frühjahrshochschule für Frauen der Fachgebiete Maschinenbau und Elektrotechnik sowie angrenzender Fächer. Das Netzwerk F.I.T. betreut das Webportal www.scientifica.de, ein Portal für Frauen in Wissenschaft und Technik im Land, sowie das Unterportal www.girls-do-tech.de, das eine Übersicht der Mädchen-Technik-Projekte im Land bietet.



Frauenanteile bei den Studienanfängern in den Wintersemestern 1998/99 und 2008/09 nach wichtigen MINT-Fächern



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

6. „GO GLOBAL“: WELTWEITE VERNETZUNG DER HOCHSCHULEN



die Anwerbung von mehr Bildungsausländern im Mittelpunkt, ferner ein breiteres Lehrangebot in Fremdsprachen und die Anpassung der Curricula an den internationalen Bologna-Prozess. Heute ist es besonders wichtig, eine ganzheitliche Strategie zur Vermarktung der Hochschulen im In- und Ausland zu verfolgen. Die einzelne Hochschule ist dabei auf ihrem Weg nicht alleine, sie findet Unterstützung durch Initiativen auf Landes- und Bundesebene wie Baden-Württemberg International, IMOVE-Initiative, GATE Germany oder HiPotentials.

STRATEGIE ZUR VERMARKTUNG DER HOCHSCHULEN IM IN- UND AUSLAND

Die einzelne Hochschule befindet sich im Wettlauf mit anderen um Fördergelder und um die besten Partner weltweit. Die ganzheitliche Internationalisierung umfasst neben der Internationalisierung der Studierendenschaft und der Bildungsangebote die Internationalisierung des Lehrkörpers, die Internationalisierung und auch Vorfinanzierung von weltweiten Forschungsvorhaben sowie die Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen (Wohnheimplätze, Kinderbetreuung, Jobangebote für Ehepartner, Praktikums- und Jobangebote, Sprach-

kurse etc.) für Lehrende, Forschende und Studierende. In einer Welt von „Global Players“ muss sich der Hochschul- und Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg der internationalen Konkurrenz stellen.

Damit ausländische Studierende und Nachwuchswissenschaftler auf das Angebot des Landes aufmerksam werden, muss auf den wichtigsten Schauplätzen des Weltmarktes aktiv geworben werden. Die Hochschul- und Forschungslandschaft Baden-Württemberg braucht ein weltweit positiv besetztes Image als hochwertiger Standort für den Wissenstransfer. Um die internationalen Marketingaktivitäten zu stärken, wurden diese durch einen Kabinettsbeschluss vom März 2004 institutionalisiert. Die Gesellschaft für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (GWZ) erhielt eine neue Abteilung „Wissenschaft, Forschung und Kunst“ und firmiert seither als **Baden-Württemberg International (bw-i)**.

Die Hochschulen nutzen die Angebote von bw-i stark. Dazu gehören etwa Messeauftritte, Fachsymposien im Ausland, die Präsentation des Landes in der Landesvertretung Brüssel und Berlin, Informationsreisen für ausländische Wissenschaftler und Informationsangebote für rückkehrlustige Wissenschaftler.

KONTAKTE WELTWEIT ZU TECHNOLOGIEREGIONEN UND ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Die Außenwissenschaftsstrategie Baden-Württembergs unterstützt die Hochschulen bei dieser ganzheitlichen Internationalisierung. Partner des Landes sind sowohl die weltweit führenden Technologieregionen als auch ausgewählte Schwellen- und Entwicklungsländer. So gehört Nordamerika dazu mit den Bundesstaaten Oregon, Kalifornien, Massachusetts, Connecticut, North Carolina, ferner die Partnerprovinz Ontario in Kanada sowie Mittel- und Südamerika (Mexiko, Chile und Brasilien), Australien (South Australia), Singapur, China, Malaysia, Vietnam, Afrika (Tunesien, Ägypten) und Südafrika – aber auch die „4 Motoren für Europa“, die Schweiz, Österreich und Frankreich und die neuen EU-Mitgliedsstaaten Ungarn und Tschechien.

INTERNATIONALISIERUNG DER STUDIERENDENSCHAFT UND DER BILDUNGSANGEBOTE

Ein Indikator für die Internationalisierung im Bildungsbereich ist der Anteil der **Bildungsausländer** unter den Studierenden und deren Abschlüsse. Bei den ausländischen Hochschulabsolventen liegt





Baden-Württemberg mit 11,2 Prozent über dem Bundesdurchschnitt mit 9,3 Prozent. Der Anteil der internationalen Studierenden ist in Baden-Württemberg mit 12,6 Prozent deutlich höher als der Bundesdurchschnitt mit 10,6 Prozent und der OECD-Durchschnitt mit 7,3 Prozent. Die größte Gruppe ausländischer Vollzeitstudierender an den Landeshochschulen kommt aus der Volksrepublik China. Im Wintersemester 2009/10 waren 3.607 Chinesen an baden-württembergischen Hochschulen eingeschrieben; im Jahr 1999 waren es lediglich 1.249.

Auch die Internationalisierung des Studiums wurde mit dem Bologna-Prozess neu definiert. Die Einführung eines Systems international vergleichbarer Abschlüsse brachte neue Ansätze beim Angebot von Auslandsaufenthalten mit sich. Eine Studie der HIS GmbH und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) von 2009 zur Frage der Auslandsmobilität zeigt: In den traditionellen Studiengängen findet Mobilität zu drei Vierteln auf freiwilliger Basis statt, während in den gestuften Bachelor-/Masterstudiengängen die Auslandsaufenthalte in 23,5 Prozent der Fälle obligatorisch sind. Die **curriculare Integration von Auslandsaufenthalten** ist aus Sicht des Landes ideal, um die Mobilität der Studierenden zu erhöhen. Das **Baden-Württemberg-Stipendium** der Baden-Württemberg Stiftung, das im Jahr 2000 erstmals vergeben wurde, unterstützt Studierende aus Baden-Württemberg, die an einer ausländischen Partnerhochschule einen Studien- oder Forschungsaufenthalt absolvieren. Auch Studierende dieser Partnereinrichtungen, die sich an einer baden-württembergischen Hochschule eingeschrieben haben, werden gefördert. Bis zu 5 Mio. Euro jährlich stehen zur Verfügung.

Der „Export“ von Bildungsdienstleistungen gewinnt an Bedeutung. Während sich insbesondere England, Australien und die USA mit Studiengängen auf dem internationalen Bildungsmarkt positionieren, waren deutsche Hochschulen mit eigenen Studiengängen bis vor kurzem nur an ausgewählten Hochschulen vorwiegend in Ost- und Südosteuropa sowie in Asien vertreten. Hier gibt es noch Entwicklungsmöglichkeiten. Eines der bekanntesten und ältesten Projekte ist die deutsch-

sprachige Andrassy-Universität in Budapest, die auf einer Vereinbarung der Partner Baden-Württemberg, Bayern, Österreich und der Schweiz mit dem ungarischen Staat fußt. Eine wichtige Initiative war ferner die Gründung der **German University in Kairo (GUC)** im Jahr 2005. Hauptpartner der ägyptischen Stiftungshochschule sind die Universitäten Stuttgart, Tübingen und Ulm.

Eine Einrichtung mit großer Strahlkraft ist das **Heidelberg Center Lateinamerika (HCLA)** in Santiago de Chile der Universität Heidelberg. Es wurde im Jahr 2001 mit erheblicher finanzieller Unterstützung des Landes gegründet und bietet postgraduale Studiengänge und Weiterbildungsseminare an. Im Jahr 2009 erhielt das Heidelberg Center Lateinamerika die Auszeichnung als eines von weltweit vier Exzellenzzentren in Forschung und Lehre durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst. Das Heidelberg Center wird in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden. Mit der Unterzeichnung des Vertrags für die Gründung der **Vietnamesisch-Deutschen Universität (VDU)** in Ho-Chi-Minh-Stadt mit dem Land Hessen wurde im Jahr 2008 die neueste Hochschulausgründung gestartet, an der neben Baden-Württemberg auch das Bundesforschungsministerium maßgeblich beteiligt ist. Die VDU wird sich in den Bereichen Ingenieurwissenschaften, Umwelttechnik, Städteplanung, Logistik und Infrastrukturplanung spezialisieren.

LEHRENDE UND FORSCHENDE AUS ALLEN LÄNDERN

Das novellierte Landeshochschulgesetz vom Jahr 2005 sieht verpflichtend vor, freie Professorenstellen in internationalen Fachzeitschriften auszuschreiben. Damit will das Land Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Welt anziehen. Die Exzellenzinitiative läutete hier eine neue Phase ein. Erstmals gelang es sogar, nach Nordamerika ausgewanderte deutsche Wissenschaftler zurück nach Baden-Württemberg zu holen. Die in diesem Zusammenhang geführten Gespräche von Minister Frankenberg mit deutschen Wissenschaftlern in Nordamerika zeigen, wie groß das Interesse an einer Rückkehr ist. Baden-Württemberg International informiert im Auftrag des Wissenschaftsministeriums gezielt über freie Stellen in der Wissenschaft und trägt hiermit zur Wiederanwerbung deutscher Wissenschaftler bei.

Die Attraktivität Baden-Württembergs für Rückkehrer ist dabei – je nach Lebensalter und -situation – von unterschiedlichen Faktoren abhängig. Einschränkend wirken in der Regel Faktoren wie die rechtlichen Schranken im Tarifrecht des Öffentlichen Dienstes, das Angebot von Kinderbetreuungsplätzen oder die berufliche Perspektive des Partners. Das Wissenschaftsministerium ist diesen hemmenden Faktoren durch die Schaffung



eines Fonds für Spitzenberufungen, die Einrichtung von Dual Career Servicecentren sowie die Schaffung von Kindertagesstätten an den Landesuniversitäten erfolgreich entgegengetreten.

INTERNATIONALE FÖRDERSTRUKTUREN UND NETZWERKE

Als EU-Gründungsstaat kommt Deutschland eine besondere Rolle gegenüber seinen Nachbarstaaten und den neuen EU-Mitgliedern zu. Die engen Beziehungen zu Ungarn und Tschechien, das Engagement in der Internationalen Bodenseehochschule (IBH), beim grenzüberschreitenden Universitätsverbund EUCOR am Oberrhein und beim Verbund der Vier Motoren für Europa beleben dies. Dabei geht es um die Entwicklung von Förderstrukturen, welche die Zusammenarbeit der Regionen unterstützen, um den Aufbau von Koordinationseinheiten und schließlich, Forschungscluster in Baden-Württemberg anzusiedeln, die über die Landesgrenzen ausstrahlen.

Zwischen Frankreich und Baden-Württemberg bestehen rund 300 Kooperationen im Hochschulbereich. Sie ermöglichen einen intensiven Wissenschaftler- und Studierendenaustausch, insbesondere unter Nutzung der Erasmus- und Sokrates-Programme der Europäischen Union. Bereits im Jahr 2000 gründete sich die **Deutsch-Französische Hoch-**

schule (DFH) als Verbund von Mitglieds- und Partnerhochschulen aus Deutschland und Frankreich.

Die Internationale Bodenseekonferenz (IBK), ein Zusammenschluss der Bodenseeanrainerstaaten, fördert die regionale Zusammenarbeit am See. Das herausragende Vorhaben der IBK ist die **Internationale Bodenseehochschule (IBH)**. Derzeit kooperieren 24 Hochschulen an 27 Standorten. Zur Europäischen Konföderation der Oberrheinischen Universitäten (EUCOR) haben sich die sieben oberrheinischen Universitäten in Basel, Freiburg, Karlsruhe, Mülhausen/Colmar und Straßburg zusammengeschlossen. Ein gemeinsamer EUCOR-Studierendenausweis sichert den Immatrikulierten die gleichen Rechte an allen Mitglieds-hochschulen. Darüber hinaus werden trinationale Studienangebote offeriert.

Das **International Center for Advanced Communication Technology**, beim Karlsruher Institut für Technologie (KIT) angesiedelt, ist ein Netzwerk, in dem die renommierte Carnegie Mellon University in Pittsburgh, die private Waseda Universität in Tokio und die Honkong University of Science and Technology zusammenarbeiten. Das Wissenschaftsministerium fördert den Aufbau dieses Netzwerkes, das einen wichtigen Beitrag zur Internationalisierung des KIT leistet. Auch dem **Brasilien-Zentrum Tübingen** kommt im deutsch-brasilianischen Jahr der Wissenschaft 2010

eine herausragende Rolle zu. Gegründet im Jahr 2000 auf der Basis eines Regierungsabkommens zwischen Baden-Württemberg und dem brasiliensischen Bundesstaat Rio Grande do Sul, dient es allen Hochschulen im Land als Anlaufstelle zur Kontaktvermittlung.

Wissenschaftliche Leuchttürme sind das Arnold-Bergstraesser-Institut an der Universität Freiburg, das sich mit Themen wie „Demokratische Konfliktregelung“ und „good governance“ in Ländern auf der Südhalbkugel befasst, und das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg. Dieses ermöglicht einen wissenschaftlich fundierten Blick zum Nachbarland.

Länderschwerpunkt Indien

Indien, das unter die fünf wissenschaftsstärksten Staaten der Welt aufsteigen möchte, ist wichtiger Partner Baden-Württembergs. Im Jahr 2009 hob die Universität Heidelberg die Zusammenarbeit auf eine neue Stufe. Sie eröffnete in New Delhi das Heidelberg Center South Asia. Ein Ergebnis der Zusammenarbeit der Hochschule Reutlingen und des Institute of Management and Research in Mumbai ist die Gründung des Centre for European Business Studies (CEBS) in Mumbai im Jahr 2009. Die Einrichtung wurde durch die Europäische Kommission als einziges deutsches Vorhaben gefördert.

Strategische Netzwerke

Den Aufbau von strategischen Netzwerken mit den weltweit führenden Universitäten außerhalb Europas fördert das Land im Rahmen der Zukunftsoffensive IV. Bestehende Kooperationen sollen durch tragfähige Strukturen, etwa durch internationale Graduiertenkollegs, gefestigt werden. Zu nennen sind außerdem Projekte wie der Sonderforschungsbereich der Universität Heidelberg in Burkina Faso, der sich mit der Kontrolle tropischer Infektionskrankheiten beschäftigt, oder das Projekt der Universitätsklinik Freiburg zur Aus- und Fortbildung von Frauenärzten und Hebammen in Ostasien und Südostasien (China, Laos, Myanmar, Vietnam). Das Vorhaben hilft, die Facharztausbildung zu verbessern, um die Mütter- und Kindersterblichkeit in Asien zu senken.

EU-Förderung

Dem Wissenschaftsministerium gelang es in der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 erstmalig auch, Mittel aus den Programmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) einzubringen: 26 Mio. Euro können für Forschungsförderung – insbesondere für die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften –, die Frauenförderung und die Erwachsenenbildung eingesetzt werden.

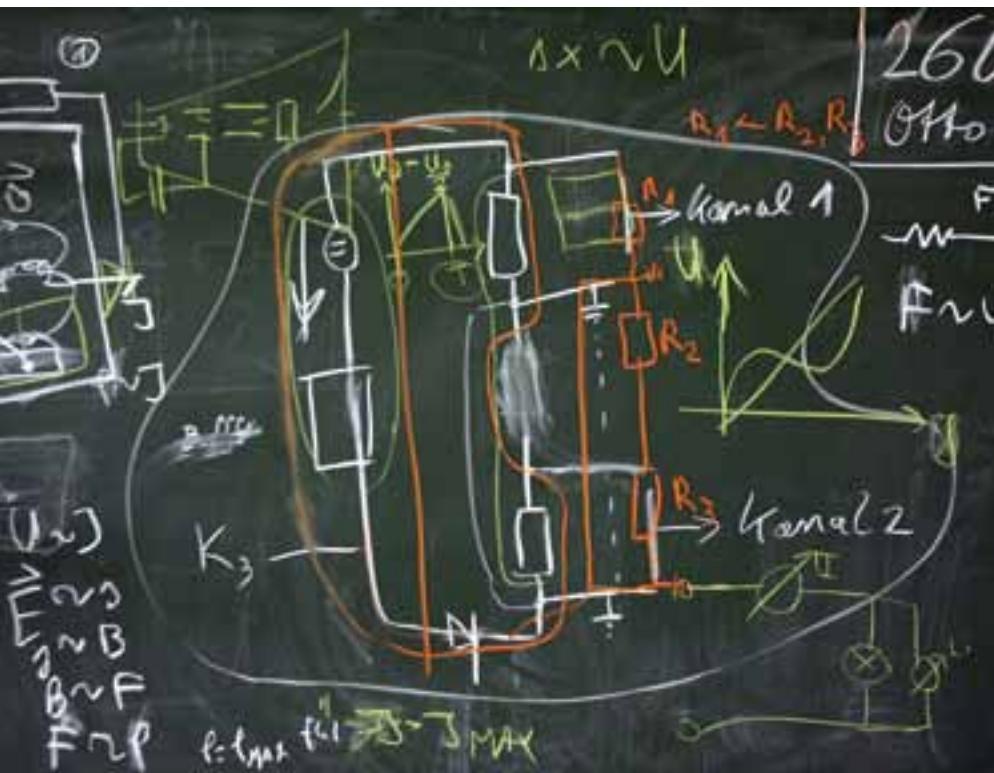




KAPITEL 2

Studium und Lehre

1. BOLOGNA-PROZESS



Das Auswahlverfahren ist erfolgreich bestanden, der Studienplatz gesichert, das erste eigene Zimmer gemietet? Den Studienbeginn erleben die meisten als Phase des Umbruchs, der den Ablöseprozess von Eltern und vertrauter Umgebung beschleunigt. Auch ein berufsbegleitendes Studium wie das Studium nach einer ersten Berufstätigkeit erfordern beträchtliche Kraft zur Veränderung. In dieser Phase des akademischen Lernens ist eine

optimale Wissensvermittlung durch gute Lehre besonders wichtig. Die Lehre ist eine Daueraufgabe der Hochschulen.

Ein zentrales Ziel der Landespolitik in Baden-Württemberg ist es dabei, die Hochschulen in ihrem Bemühen um gute Lehre zu unterstützen. Die Studierenden sollen theoretisches und methodisches Fachwissen erhalten. Sie sollen Wissen nicht einfach auswendig lernen, sondern die Kompetenz zur kritischen Auseinandersetzung sowie zur Reflexion erwerben. Und sie sollen in die Lage versetzt werden, selbstständig, verantwortlich und professionell zu handeln. Gerade durch den Bologna-Prozess ergeben sich hier große Chancen mit Blick auf neue Studieninhalte und verbesserte Vermittlungsformen. Die Modularisierung und die klarere Struktur der Studiengänge helfen den Studierenden, sich bestmöglich zu orientieren, ohne sie in ein starres Korsett zu zwängen. Kreativität braucht Freiräume.

STUDIENSTRUKTURREFORM

MEMORANDUM

Die Umstellung der früheren Diplom- und Masterstudiengänge auf Bachelor und Master ist an den baden-württembergischen Hochschulen erfolgreich abgeschlossen: Im Wintersemester 2009/2010 gab es 948 Bachelor- und 644 Masterstudiengänge, ferner 334 Staatsexamensstudiengänge, davon 295 Lehramts-, 13 Magister- und 29 Diplom-Studiengänge (überwiegend Theologie und Kunst; diese sind von der Umstellung ausgenommen).

Als die europäischen Bildungsminister im Jahr 1999 die gemeinsame Erklärung zum Europäischen Hochschulraum in Bologna unterzeichneten, hatten sie wohl kaum mit dem Wirbel gerechnet, den die Umsetzung verursachte. Auch Studierendenproteste in größerem Umfang waren vermutlich nicht eingeplant. Dabei gilt bei aller Aufgeregtheit: Die Bologna-Beschlüsse waren und sind richtig, auch wenn ein Nachsteuern notwendig war. Schon im Jahr 2008, vor allen Streiks, hat Wissenschaftsminister Frankenberg in einer Festschrift gefordert: „Wissenschaft braucht auch Muße. Bildung braucht auch Zeit.“ Das hat die Kultusministerkonferenz erkannt und nachjustiert: in ihren Eckpunkten zur Korrektur der ländergemeinsamen Strukturvorgaben vom Dezember 2009 und den angepassten Strukturvorgaben vom Februar 2010.

Das Memorandum, das der baden-württembergische Wissenschaftsminister und die Hochschulen im Land am 14. Dezember 2009 gemeinsam unterzeichneten, bekräftigte das „Ja“ zum Bologna-Prozess. Da inzwischen in Baden-Württemberg rund 48 Prozent eines Altersjahrgangs die Berechtigung zu einem Studium erwerben, ist das gestufte Studiensystem besonders wichtig. Es bietet mit dem Bachelor die Möglichkeit eines Abschlusses in überschaubarer Zeit. Danach können die Absolventen in den Beruf wechseln, sich für das Studium eines konsekutiven Masters im eigenen oder in einem anderen Fachgebiet entscheiden oder einen berufsbegleitenden Master anstreben.

Das Memorandum hebt das große Engagement und die Sorgfalt der baden-württembergischen Hochschulen bei der Einführung der gestuften Studienstruktur hervor. Das Land und die Hochschulen vereinbarten, weitere Verbesserungen in gemeinsamer Verantwortung anzugehen. Dabei sollten die Studierenden und die Fächervielfalt in den Mittelpunkt gestellt werden. Das Memorandum betonte die Aspekte Studium, Qualität und Studienförderung.

Studium. Prüfungsordnungen und Studienpläne sollen verbessert werden. Das Bachelor-Studium soll eine breite wissenschaftliche bzw. künstlerische





Ausbildung und „Employability“ sicherstellen. Es soll ein Studium unterschiedlicher Geschwindigkeit ermöglicht werden. Um die Studierbarkeit sicherzustellen, soll die Prüfungsdichte verringert werden. Die Mobilität soll erhöht werden. Dies gelingt dann am besten, wenn die Anerkennungspraxis von Studieninhalten auf erlangte Kompetenzen abhebt.

Qualität. Die Qualität des Studiums und der Studiengänge wird durch Akkreditierungsverfahren sichergestellt. Allerdings hat sich die „Papierformakkreditierung“ als nicht optimal erwiesen. Das Wissenschaftsministerium möchte künftig die Akkreditierung im laufenden Studienbetrieb ermöglichen.

Studienförderung. Zu prüfen ist, wie eine möglichst gute Studierendenförderung ausgestaltet werden kann, um beispielsweise die Förderlücke zwischen Bachelor und Master zu schließen.

NEUE STUDIENMODELLE UND PROPÄDEUTIKA

Um der zunehmenden Heterogenität der Studierenden Rechnung zu tragen, soll gerade die Studieneingangsphase ein **Studium der individuellen Geschwindigkeit** ermöglichen. Das Besondere an diesen Modellen ist, dass sie den Studierenden je nach persönlicher Bildungsbiographie eine individuelle Planung des eigenen Studienverlaufs ermöglichen. Sie können entweder möglichst schnell studieren, sich zunächst orientieren oder sich gesondert qualifizieren. Entsprechende Angebote können in der ersten Studienphase oder vor dem Studium erfolgen, beispielsweise durch Propädeutika.

Für eine Anschubfinanzierung von bis zu zehn exemplarischen Studienmodellen stellt das Ministerium über eine Laufzeit von drei Jahren 5 Mio. Euro aus dem Innovations- und Qualitätsfonds bereit. Die große Resonanz auf die Ausschreibung hat gezeigt, dass das Wissenschaftsministerium mit diesem Thema bei den Hochschulen „offene Türen eingerannt“ hat. Die zwölf erfolgreichen Modelle bieten eine spannende Bandbreite modellhafter Pilotprojekte – vom MINT-Kolleg und polyvalenten Vorschaltsemestern über Teilzeitmodelle bis zu vorbezeichneten unterschiedlichen Studien geschwindigkeiten mit Brückenkursen, Beratung, Monitoring und Lernverträgen.

BOLOGNA-KONGRESS

Über einen Bologna-Button auf seiner Homepage hatte das Wissenschaftsministerium alle Studierenden um ihre Meinung zur Umsetzung des Bologna-Prozesses gebeten. Die Beiträge flossen in den Bologna-Kongress am 8. März 2010 ein; sämtliche Eingänge wurden wörtlich in der Tagungsmappe abgedruckt. Beim Kongress selbst führten 430 Teilnehmer eine breite Diskussion darüber, in welcher Richtung der Bologna-Prozess optimiert werden muss. Die Studierenden konnten mit debattieren und ihre Kritik aus Sicht der Studierenden artikulieren. Die Ergebnisse wurden in einer schriftlichen Dokumentation zusammengefasst und an alle Teilnehmer versandt; der Diskussionsverlauf in den verschiedenen Foren wurde zusätzlich im Internet dargestellt.



– **Workshop 1:** Breite, Inhalt und Struktur von Studiengängen (Heidelberg)

– **Workshop 2:** Modularisierung, Prüfungsorganisation (Tübingen)

– **Workshop 3:** Mobilität, Anerkennung, Internationalität (Mannheim)

– **Workshop 4:** Übergang Bachelor zu Master (Karlsruhe)

Im Wintersemester 2010/11 sollen – wie im Memorandum vereinbart – die ersten Verbesserungen im Zusammenhang mit der Bologna-Reform an den Hochschulen in Baden-Württemberg greifen.

2. EHRE FÜR DIE LEHRE

LANDESLEHRPREIS

Komplizierte Themen so zu strukturieren, dass Studierende sie nachvollziehen können, ist eine Kunst, die dem Land einen eigenen Preis wert ist.



Der Landeslehrpreis erhielt eine deutliche Aufwertung durch eine **Neukonzeption** im Jahr 2009. Um die Spitzenleistungen in der Lehre stärker ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken wird seither der Preis pro Hochschulart bei einer zentralen,

hochschulartenübergreifenden Veranstaltung verliehen. Berücksichtigt werden seither auch die Kunst- und Musikhochschulen sowie die Duale Hochschule. Die Preissumme pro Preisträger und Hochschule ist für alle Hochschularten gleich hoch und mit jeweils 50.000 Euro dotiert. Neu hinzu kam die Würdigung besonderen studentischen Engagements durch einen **Sonderpreis**.

HOCHSCHULDIDAKTIKZENTRUM UND STUDIENKOMMISSION

Gute Lehre lässt sich erlernen – diese Grundüberzeugung führte zur Einrichtung eines **Hochschuldidaktikzentrums der Universitäten Baden-Württemberg (HDZ)** durch das Land und die neun Universitäten im Jahr 2001. Es verfügt über eine hochschuldidaktische Arbeitsstelle an jeder Universität und wird seit 2007 von den Universitäten alleine getragen. Die Zentren bieten Workshops zu Themen an, die für Lehrende in ihrem universitären Alltag relevant sind. Auch Praxisberatungen und Lehrhospitationen gibt es. Schließlich kann das „Baden-Württemberg-Zertifikat für Hochschuldidaktik“ erworben werden. Seit dem Jahr 2001 haben mehr als 10.000 Personen am landesweiten

HDZ-Programm teilgenommen, rund 700 Zertifikate konnten bisher verliehen werden.

Auch für die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften gibt es Unterstützung in der Lehre: durch die **Studiengruppe für Hochschuldidaktik**. Sie ist – wie das Zentrum der Universitäten – ein Erfolgsmodell. Die Studienkommission besitzt aufgrund der Umstrukturierungen im Hochschulbereich zunehmende Bedeutung. Sie konzipiert und organisiert hochschuldidaktische Fortbildungen für Lehrende, regt innovative Lehrprojekte an und berät Einzelne, ganze Fakultäten, Hochschulen und politisch Verantwortliche bei neuen Ansätzen für Lehre und Studium. Derzeit unterstützt sie die Einrichtung lokaler Service-Center. Wie erfolgreich die Arbeit der Studienkommission ist, belegt die Tatsache, dass im Jahr 2009 mehr als 1000 Professorinnen und Professoren sowie Lehrbeauftragte teilnahmen. Seit kurzem können sich Lehrende an den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften ihr hochschuldidaktisches Engagement durch das „Baden-Württemberg Zertifikat für Hochschuldidaktik“ dokumentieren lassen.



3. QUALITÄTSSICHERUNG UND AKKREDITIERUNG



Den Hochschulen sind in den vergangenen Jahren durch Deregulierung und Delegation viele Aufgaben zugewachsen. Rahmenprüfungsordnungen existieren nicht mehr, Studien- und Prüfungsordnungen werden in eigener Verantwortung der Hochschulen erstellt und bedürfen nur noch der Zustimmung des Vorstandsvorsitzenden. Dieses Mehr an Autonomie macht es notwendig, Qualitätsmanagementsysteme innerhalb der Hochschule aufzubauen und einen verantwortlichen Umgang der Hochschulleitungen mit den Instrumenten der Qualitätssicherung zu gewährleisten.

EIGENVERANTWORTUNG ERFORDERT QUALITÄTSMANAGEMENT

Das baden-württembergische Hochschulrecht sieht seit dem Jahr 2005 die verpflichtende Einrichtung eines Qualitätsmanagementsystems an den Hochschulen sowie die Bewertung der Arbeit in Forschung und Lehre durch Fremdevaluationen vor. Die grundsätzliche Verpflichtung zur Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen ist hier verankert. Auch im Solidarpakt vom März 2007 haben sich die Hochschulen des Landes dazu verpflichtet, interne Instrumentarien der Qualitäts-

sicherung zu entwickeln und diese umzusetzen. Außerdem erklärten sie ihre Bereitschaft, an der Entwicklung und Umsetzung externer Instrumentarien mitzuwirken.

PROGRAMM- UND SYSTEMAKKREDITIERUNG

Die Verpflichtung zur Programmakkreditierung setzt das Wissenschaftsministerium seit jeher flexibel um. Das Instrument der Systemakkreditierung ist darüber hinaus ein zeitgemäßes Instrument der Qualitätssicherung und -entwicklung. Es stärkt die Eigenverantwortung der Hochschulen für die Qualität ihrer Leistungen. Angesichts der von verschiedener Seite geäußerten Kritik am deutschen Akkreditierungssystem hat sich Baden-Württemberg erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Wissenschaftsrat eine Untersuchung des Akkreditierungssystems in sein Arbeitsprogramm aufgenommen hat. Diesen Überarbeitungsprozess wird das baden-württembergische Wissenschaftsministerium konstruktiv begleiten und gestalten. Qualitätssicherung ist Chefsache – ein Meilenstein der Hochschulpolitik.

4. „GSCHEIT STUDIERT“ BIETET ORIENTIERUNG UND BERATUNG



Welches Studienfach passt zu mir? An welchen Orten kann ich es studieren? Gibt es Instrumente, die mir helfen, meinen Studienerfolg einzuschätzen? Für diese Fragen von Schülerinnen und Schülern, Studienanfängerinnen und -anfängern sowie interessierten Bürgern wurde eine Informationsplattform geschaffen: SIOB, die „Servicestelle Studieninformation, -orientierung und -beratung“ im Wissenschaftsministerium.

SERVICESTELLE FÜR STUDIENINTERESSIERTE

Innovativ und bundesweit einmalig ist die „Servicestelle Studieninformation, -orientierung und -beratung“ (SIOB), die auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarung von 2006 eingerichtet wurde. Ziel ist es, Studienanfängern durch gezielte Information bei der Studienfachwahl zu unterstützen. Das ist grundlegend für ein erfolgreiches Studium und möglichst geringe Zahlen von Studienabbrüchern. Zu diesem Zweck betreibt SIOB seit Juli 2007 die Informationskampagne „Gscheit studiert an Hochschulen“.

– das Internetportal www.studieninfo-bw.de,
– die Broschüre „Studieren in Baden-Württemberg – Studium, Ausbildung, Beruf“,
– die virtuelle Broschüre „Studieninformationstag“ an Hochschulen,
– Studieninformation Baden-Württemberg“ mit einer Vielzahl von miteinander verknüpften Komponenten,



- Entscheidungstrainings zur Berufs- und Studienwahl für Schüler/-innen,
- Einsatz von „Studienbotschaftern“ an Schulen.

Hauptmedium der Information bzw. Selbstinformation der künftigen Studierenden ist das Internetportal www.studieninfo-bw.de. Dessen Basis bildet eine Datenbank, die alle Studiengänge

und Studienmöglichkeiten in Baden-Württemberg mit aktuellen Details aufführt. Über das Portal www.was-studiere-ich.de steht der neue fächerübergreifende Orientierungstest der Hochschulen und des Landes zur Verfügung.

FORTBILDUNGEN FÜR LEHRENDE

Die Fortbildung „Grundlagen der Studienorientierung“ für Studienorientierungslehrerinnen und -lehrer wurde im Laufe der Jahre 2008/09 flächendeckend für die allgemein bildenden und beruflichen Gymnasien angeboten; mehr als 300 Lehrer nahmen teil (Stand Juli 2010). Seit März 2010 bietet „Gscheit studiert“ eine aufbauende Fortbildung an. Im Oktober 2009 startete das Landesprogramm „Exzellente Beratung an exzellenten Hochschulen“, in dem sich Studien- und Fachstudienberater/

-innen der Landeshochschulen in Themen wie Studienberatung, Gesprächsführung, Berufsarchitektur, Supervision, Methodenkompetenz und Qualitätssicherung fortbilden können. In Kooperation mit dem Kultusministerium wird seit April 2010 ein Entscheidungstraining zur Berufs- und Studienorientierung (BEST) für Schülerinnen und Schüler der Oberstufe an Gymnasien angeboten.

STUDIENBOTSCHEFTER

Eine neuartige, besonders erfolgreiche Komponente von „Gscheit studiert“ ist der Einsatz von Studienbotschaftern an den Schulen. Von SIOB speziell geschult, ermutigen sie die Schülerinnen und Schüler zur Aufnahme eines Studiums, informieren über Wege zu einer sinnvollen Studienwahl und geben Auskunft über die Hochschullandschaft. Seit dem Beginn des Programms im Oktober 2007 haben rund 650 Informationsveranstaltungen mit jeweils mehreren Studienbotschaftern an Gymnasien und beruflichen Schulen im Land stattgefunden (Stand Juli 2010). 45.000 junge Menschen konnten so bislang erreicht werden.

5. STUDIENPLATZVERGABE UND HOCHSCHULAUSWAHLRECHT

Wesentlich für das Bestehen der Hochschulen im weltweiten Wettbewerb ist es, die am besten geeigneten Studierenden zu gewinnen. Der baden-württembergische Gesetzgeber hat die Weichen für ein starkes Selbstauswahlrecht der Hochschulen gestellt. Ziele dabei sind:

- Wünsche und Fähigkeiten der Studierenden und die Anforderungen der Hochschulen sind möglichst gut abzustimmen,
- Studienplätze sollen geeigneten und motivierten Bewerberinnen und Bewerbern zur Verfügung stehen, dabei soll nicht nur die Abiturdurchschnittsnote zählen,
- die Auswahl von Bewerbern mit unterschiedlichen Zugangsberechtigungen soll chancengerechter erfolgen,
- es soll zu weniger Studienabbrüchen kommen.

STÄRKUNG DES SELBSTAUSWAHLRECHTS

Ein wichtiger Meilenstein in der Hochschulpolitik des Landes war im Wintersemester 2003/04 erreicht. Seither vergeben die Hochschulen in **örtlich zulassungsbeschränkten Studiengängen** 90 Prozent der Studienplätze nach dem Ergebnis eines Auswahlverfahrens. Dabei berücksichtigt die Hochschule



auch außerschulische Leistungen wie das Ergebnis fachspezifischer Studierfähigkeitstests, Auswahlgespräche oder einschlägige praktische Erfahrungen und Vorbildungen. Zuvor hatten die Hochschulen bei 40 Prozent der Studienplätze Auswahlverfahren durchführen können. Vor allem die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften nutzten diese Möglichkeit mit dem Studierfähigkeitstest für wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge, der mit Unterstützung des Wissenschaftsministeriums entwickelt wurde.

Auch in bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen werden 60 Prozent der Studienplätze in hochschuleigenen Auswahlverfahren vergeben. Auf Druck Baden-Württembergs hat der Bund das Hochschulrahmengesetz zum Wintersemester 2005/06 entsprechend geändert. Zum Wintersemester 2006/07 haben die Universitäten mit medizinischen Fakultäten den **Test für Medizinische Studiengänge** wieder eingeführt. Er findet seitdem einmal jährlich statt und wird neben der Abiturdurchschnittsnote und praktischen Erfahrungen bei der Zulassung berücksichtigt.

SERVICEVERFAHREN DER STIFTUNG FÜR HOCHSCHULZULASSUNG

Ein effizientes Zulassungssystem hilft den Hochschulen, Studienplätze trotz Mehrfachbewerbungen und -zulassungen zügig zu besetzen. Die Länder haben deshalb im Jahr 2008 beschlossen, die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) aufzulösen und durch eine neue Servicestelle zu ersetzen. Die Stiftung für Hochschulzulassung, die im Mai 2010 errichtet wurde, soll die Hochschulen in örtlich zulassungsbeschränkten Studiengängen unterstützen. Dies geschieht vor allem, indem Mehrfachzulassungen abgeglichen werden. Daneben übernimmt die Stiftung für die Bundesländer das verfassungsrechtlich gebotene

zentrale Vergabeverfahren für bundesweit zulassungsbeschränkte Studiengänge (medizinische Studiengänge und Pharmazie).

Das neue Serviceverfahren verbindet die Vorteile der dezentralen und der zentralen Zulassungsverfahren. Jede Hochschule entscheidet wie bisher über die Zulassung ihrer Studienbewerber. Ein Abgleich der Zulassungsangebote über eine deutschlandweite Datenbank der Hochschulen und der Servicestelle ermöglicht eine schnelle Vergabe der Studienplätze.

STUDIENPLATZBÖRSE

Bis zum Einsatz des bundesweiten Serviceverfahrens können die Hochschulen die bundesweite Studienplatzbörse als Gemeinschaftsprojekt der Länder und der Hochschulrektorenkonferenz nutzen. Die Studienplatzbörse zeigt freie Studienplätze an, die nach Abschluss der Vergabeverfahren durch Los vergeben werden. Baden-Württemberg hatte bereits im Jahr 2008 mit einer landesweiten Studienplatzbörse gute Erfahrungen gemacht und das Konzept der Studienplatzbörse bundesweit eingebbracht.

schaftlicher und künstlerischer Nachwuchskräfte werden durch Stipendien gefördert. **Bewertung der Bachelor-Studiengänge** der Berufsakademie durch die ZEvA mit 210 ECTS-Punkten. **Zweite Ausschreibung** des Programms „Schülerinnen forschen – Einblicke in Naturwissenschaft und Technik“.

6. STUDENTENWERKE: KÜMMERER UM LEIB UND SEELE

Die soziale Betreuung und Förderung der Studierenden wird in Baden-Württemberg von den acht Studentenwerken im Zusammenwirken mit den Hochschulen wahrgenommen, soweit sich diese den Studentenwerken angeschlossen haben. Zu ihren Aufgaben gehören das studentische Wohnen, die Verpflegungsbetriebe, die Förderung kultureller, sportlicher und sozialer Interessen, die Kinderbetreuung, die Gesundheitsförderung und -beratung, die psychosoziale Beratung, die soziale Betreuung ausländischer Studierender sowie die Vermittlung finanzieller Studienhilfen.

WOHNPLÄTZE FÜR STUDIERENDE

Mehr als 4.400 neue Wohnheimplätze konnten in den vergangenen zehn Jahren neu geschaffen werden. Insgesamt stehen rund 29.000 Plätze zur Verfügung. Diesen Ausbau unterstützte das Wissenschaftsministerium seit dem Jahr 2000 mit rund 40 Mio. Euro. In den nächsten zwei bis drei Jahren werden mit Blick auf den doppelten Abiturjahrgang 2012 weitere 2.000 Plätze hinzu kommen. Die Wohnraummieten der Studentenwerke liegen in aller Regel merklich unter den Mieten auf dem privaten Wohnungsmarkt.



Für etwa 15 Prozent der Studierenden in Baden-Württemberg gibt es einen staatlich geförderten Wohnheimplatz – das ist im Vergleich der alten Bundesländer Platz 1. Laufender Unterhalt sowie regelmäßige Sanierungs- und Neubaumaßnahmen der Studentenwerke halten die Qualität des Wohnheimangebots auf hohem Niveau. Hierzu zählen auch die Ausstattung der Zimmer mit kostenlosen Internetzugängen und weitere Infrastrukturmaßnahmen in und um die Wohnheime.

September: Große Landesausstellung der Staatsgalerie Stuttgart „Matisse – Menschen. Masken. Modelle“ (117.157 Besucher). **Okttober: Aufnahme des Studienbetriebs** der Akademie für Darstellende Kunst Ludwigsburg. **November: Der Ministerrat** billigt die Ausbauplanungen der Hochschulen zum ersten



HOCHSCHULGASTRONOMIE

Die Studentenwerke betreiben **Mensen**, **Cafeterien**, **Bistros** und **Essensausgabestellen** und bieten vielfältige und gesunde Verpflegungsangebote unter Berücksichtigung aktueller ernährungsphysiologischer Empfehlungen an. Moderne Menschen und Cafeterien werden nicht mehr ausschließlich zur Verpflegung konzipiert, sondern als Orte der sozialen Begegnung, der Kommunikation und Regeneration, aber auch des Lernens. Für die laufenden Sanierungs-, Modernisierungs- sowie Aus- und Umbaumaßnahmen hat das Ministerium in den Jahren von 2001 bis 2009 rund 30 Mio.



Euro bewilligt. So ist es in den vergangenen Jahren gelungen, bei gleichbleibend moderaten Preisen das Angebot ständig zu erweitern und zu verbessern. Es wird heute eine erheblich erweiterte Vielfalt an Mahlzeiten offeriert: Dazu gehören Grillstationen, Salatbars, Pizzatheken, Wok sowie Free-flow-Angebote mit Einzelauswahl der Komponenten. Auch die Zahl und Art der Ausgabelinien wurde erweitert, sodass die Wartezeiten erheblich verkürzt werden konnten. Insgesamt wurden die Angebote quantitativ wie qualitativ laufend verbessert – bei einem durchschnittlichen Kostendeckungsgrad der Speisebetriebe von etwa 65 Prozent.

KINDERBETREUUNG

Das Betreuungsangebot für Kinder wurde an den erhöhten Bedarf der Studierenden angepasst. Heute stehen knapp 1000 Plätze bereit. Die Öffnungszeiten der Einrichtungen sind flexibel und umfangreich wie nie zuvor, um dem Bedarf der Studierenden bestmöglich zu entsprechen. Das Betreuungsangebot für die Kinder umfasst Kinderkrippen, Kindertagesstätten und Kindergärten.

QUALITÄTSSOFFENSIVE BAFOG

Zu den Studentenwerken gehören die **Ämter für Ausbildungsförderung**. Sie beraten Studierende in Fragen der Studienfinanzierung und berechnen die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Pro Jahr bearbeiten die Ämter für Ausbildungsförderung inzwischen mehr als 50.000 Anträge. Um die Qualität der Antragsbearbeitung weiter zu verbessern, wurde im Jahr 2008 auf Initiative des Wissenschaftsministeriums die „**Qualitätsoffensive BAföG**“ gestartet. Zusammen mit der Akademie an der Hochschule Pforzheim GmbH (ahp) wurde ein Qualitätsmanagement in baden-württembergischen BAföG-Ämtern durchgeführt. Nach einer qualitativen Vorstudie im Frühjahr 2009, bei welcher die Faktoren für eine



Zufriedenheit der Antragsteller ermittelt wurden, erfolgte im Dezember 2009 eine quantitative Online-Befragung. Nach einem Zufallsverfahren ausgewählte Studierende hatten so Gelegenheit, ihr BAföG-Amt aus ihrer persönlichen Erfahrung zu bewerten und konstruktive Hinweise zu geben. Die Ergebnisse der quantitativen Umfrage helfen den Ämtern für Ausbildungsförderung, sich ständig weiterzuentwickeln. Die Online-Befragung soll regelmäßig erfolgen, um die Dienstleistungsqualität dauerhaft zu optimieren.

Forschung



Investitionen in die Forschung sind die Voraussetzung dafür, dass immer wieder innovative Produkte und Dienstleistungen geschaffen werden können. Sie bilden die Basis für die globale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft eines Landes. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse helfen außerdem, den Herausforderungen zu begegnen, denen sich das Land in vielerlei Hinsicht stellen muss. Technologischer Fortschritt als alleinige Antwort auf die

Probleme heutiger Gesellschaften zu sehen, würde jedoch zu kurz greifen. Ohne die Leistungen der Geisteswissenschaften, die den Menschen als sprachlich-ästhetisches, historisches, soziales, politisches, ethisches und religiöses Wesen beschreiben, wird die Gesellschaft keine tragfähigen Lösungen für ein friedliches Zusammenleben finden, das auch den zukünftigen Generationen erlaubt, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.

1. FORSCHUNGSFÖRDERUNG ALS ZENTRALES ELEMENT DER LANDESPOLITIK



Innerhalb der Wirkungskette von Bildung und Forschung, Innovation, Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung sind Forschung und Entwicklung (FuE) von herausragender Bedeutung. Die hierfür von Staat und Wirtschaft aufgewendeten Mittel und das FuE-Personal gelten als zentrale Input-Größen im Forschungs- und Innovationsprozess. Die FuE-Ausgabenintensität einer Volkswirtschaft wird dabei als Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) berechnet. Sie ist eine der wichtigsten Kenngrößen, um Innovationspotenzial zu beurteilen.

Im Rahmen der Lissabon-Strategie haben sich die EU-Mitgliedsländer im Jahr 2000 das ehrgeizige und seither noch nicht realisierte Ziel gesetzt, in den

folgenden zehn Jahren eine FuE-Ausgabenintensität von 3 Prozent zu erreichen. Baden-Württemberg hat dieses Ziel bereits 1997 mit einem Anteil von 3,7 Prozent am BIP überschritten, zehn Jahre später waren es sogar 4,4 Prozent. Das Land ist damit eine der forschungsstärksten Regionen weltweit (USA: 2,7 Prozent, Japan 3,4 Prozent). Auch bundesweit liegt Baden-Württemberg mit Bayern vorne, wie der „Ländercheck Forschung“ des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft im Juni 2010 ergab. Dies liegt vor allem an den Aufwendungen der Wirtschaft: 2007 betragen diese rund 3,6 Prozent des baden-württembergischen Bruttoinlandprodukts. Das Land trägt ein Fünftel der FuE-Ausgaben.

LEITLINIEN DER FORSCHUNGSPOLITIK

In Baden-Württemberg orientiert sich die Forschungspolitik an klaren Zielen, die in den Jahren 2000 bis 2010 gegolten haben und auch für die Zukunft gelten:

- Stärkung der Spitzenforschung
- Die besten Köpfe ins Land holen
- Effektive Nachwuchsförderung etablieren
- Strategische Profil- und Schwerpunktbildung unterstützen
- Qualität in der Breite sichern
- Technologie-Transfer optimieren durch Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft

STRUKTUREN FÜR INTERNATIONALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Die Forschungspolitik des Landes ist darauf ausgerichtet, Baden-Württemberg als weltweit konkurrenzfähigen Wissenschaftsstandort dauerhaft zu etablieren. Dies bedeutet, Strukturen zu schaffen, die Forschung auf einem hohen, international wettbewerbsfähigen Niveau erlauben und attraktive Arbeitsmöglichkeiten für herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu gewährleisten. Dies braucht einen langen Atem. Denn es dauert Jahre, wissenschaftliche Kompetenz in einem spezifischen Feld aufzubauen und die benötigten Infrastrukturen und Forschungsstätten auf technisch hohem Stand bereitzustellen. Durch eine langfristig angelegte und strategisch ausgerichtete Förderung ist es gelungen, international ausstrahlungskräftige Schwerpunkte, Zentren und Verbünde in der Forschung zu schaffen sowie viele außeruniversitäre Forschungseinrichtungen im Land anzusiedeln. Zusätzlich wurde ein effektives System der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses aufgebaut.



BERUFUNGSPOLITIK

Ziel des Landes ist es, die Hochschulen darin zu unterstützen, die Besten ihres Faches nach Baden-Württemberg zu berufen. Wie kann dies

angesichts der weltweiten Konkurrenz gelingen? Ein wichtiges Instrument ist der Struktur- und Innovationsfonds Baden-Württemberg für die Forschung, der Spitzenberufungen aus dem Ausland durch entsprechende Ausstattungsangebote ermöglicht (ausführlicher Kap. 1). Schließlich geht es exzellenten Forscherinnen und Forschern um attraktive Arbeits- und Rahmenbedingungen

in Baden-Württemberg. Sie möchten frei und möglichst ohne größeren Verwaltungsaufwand forschen, einen Stab guter wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um sich scharen, eng vernetzt und doch selbstständig arbeiten können. Sie erwarten moderne Labore und Gebäude, eine angemessene Infrastruktur und eine hervorragende Ausstattung.

2. EFFEKTIVE NACHWUCHSFÖRDERUNG ETABLIEREN



Der wissenschaftliche Nachwuchs braucht besondere Unterstützung. Deshalb hat das Land zahlreiche Programme ins Leben gerufen, um ihn zu stärken.

STIPENDIEN FÜR DOKTORANDINNEN UND DOKTORANDEN:

Promotionsvorhaben von besonders qualifizierten wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchskräften werden im Rahmen der Landesgraduiertenförderung unterstützt. Seit dem Jahr 2004 ist eine Förderung im Rahmen strukturierter Promotionskollegs möglich. Diese sollen ein noch effektiveres Promovieren ermöglichen.

PROMOTION FÜR FACHHOCHSCHUL-ABSOLVENTINNEN UND -ABSOLVENTEN

Im November 2009 startete ein Förderprogramm, das Doktorarbeiten von exzellenten Absolventinnen und Absolventen der Fachhochschulen unterstützt. In so genannten „Kooperativen Promotionskollegs“ werden gemeinsam mit einer Universität Promotionsverfahren durchgeführt. Dabei wirken auch Professorinnen und Professoren der Fachhochschulen mit.

ELITEPROGRAMM FÜR EXZELLENTE POSTDOKTORANDINNEN UND POSTDOKTORANDEN

Dieses Programm hilft auf dem Weg zum Beruf des Hochschullehrers. Die Geförderten erhalten Infrastrukturmittel für neue Forschungsvorhaben. Träger ist die Landesstiftung Baden-Württemberg, das Wissenschaftsministerium fungiert als Dienstleister. Seit dem Jahr 2002 konnten in sieben Ausschreibungsrunden bereits 126 Nachwuchswissenschaftler bis zu zwei Jahren lang gefördert werden.

JUNIORPROFESSORENPROGRAMM

Mit der neuen Personalkategorie Juniorprofessorin bzw. Juniorprofessor wurde neben der Habilitation ein neuer Weg in Richtung Professur geschaffen. Die Juniorprofessur wird in Baden-Württemberg gestärkt durch das im Jahr 2005 eingeführte Juniorprofessorenprogramm. Es unterstützt qualitätvolle neue Forschungsprojekte von Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren an den Universitäten, den Pädagogischen Hochschulen und den Kunsthochschulen des Landes.



MARGARETE VON WRANGELL-HABILITATIONSPROGRAMM FÜR FRAUEN

Um qualifizierte Wissenschaftlerinnen zur Habilitation zu ermutigen und sie materiell dazu in die Lage zu versetzen, hat die Landesregierung das Margarete von Wrangell-Habitationsprogramm für Frauen ins Leben gerufen. Bisher konnten 102 Wissenschaftlerinnen eine Bewilligungszusage erhalten. Im Jahr 2008 ist erstmals gelungen, die Kofinanzierung durch den Europäischen Sozialfonds zu erreichen.

3. STRATEGISCHE PROFIL- UND SCHWERPUNKTBILDUNG



Neben den landeseigenen themenspezifischen Förderprogrammen („strategische Forschungsförderung“) gewinnt die strukturbildende Förderung zunehmend an Bedeutung. Die Konzentration von Ressourcen an besonders geeigneten Standorten dient dazu, die notwendige kritische Masse zu schaffen, die Forschung auf hohem Niveau erst möglich macht. Die so gebildeten Schwerpunkte können sich dann auch als leistungskräftige Partner in großen kooperativen Förderprogrammen positionieren.

QUALITÄTSSICHERUNG

Vergleichende Evaluationen. Die Entscheidung über Schwerpunkte basiert auf Forschungsevaluationen und gutachterlichen Stellungnahmen. Auch internationale Experten und Wirtschaftsvertreter werden um ihre Meinung gebeten. Diese Evaluationen leisten einen Beitrag zur Qualitätssicherung und zum Benchmarking in der Forschung. Es gab Evaluationen der Lebens-, Geo-, Informatik- und Erziehungswissenschaften an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen.

Overhead. Qualität kann nur entstehen, wenn die infrastrukturellen Voraussetzungen vorhanden sind. Baden-Württemberg hat sich deshalb erfolgreich dafür eingesetzt, dass in den Förderprogrammen der Deutschen Forschungsgemeinschaft und im Rahmen der Exzellenzinitiative erstmalig „Overhead-Kosten“ für indirekte und zusätzliche Projektausgaben berücksichtigt werden.

Foresight durch Beratungsgremien. Die Forschungs- und Innovationspolitik des Landes wird von hochrangig aus Wissenschaft und Wirtschaft besetzten Beratungsgremien begleitet. Im März 2007 setzte der damalige Ministerpräsident Oettinger den Innovationsrat ein, der im Juli 2009 erste

Empfehlungen ausgesprochen hat. Bereits die 2002 vorgelegten Abschlussempfehlungen des Landesforschungsbeirats, einem Beratungsgremium des Wissenschaftsministeriums, haben die Forschungslandschaft Baden-Württemberg entscheidend mit geprägt.

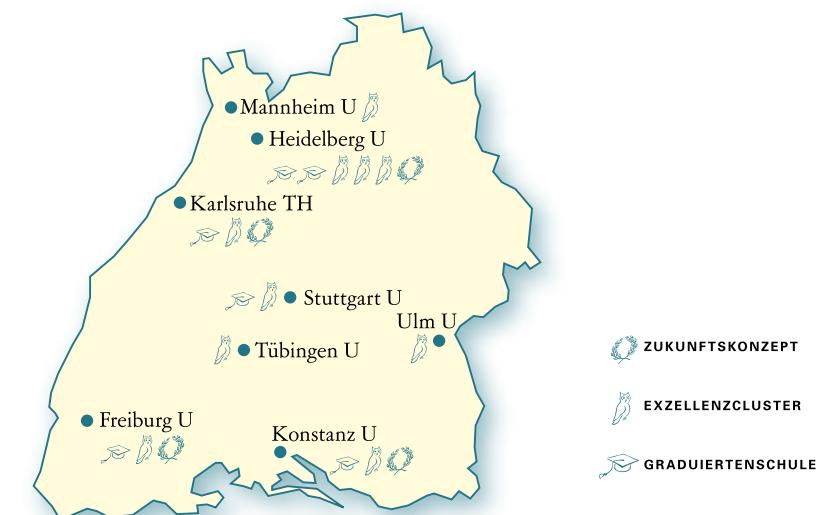
STRUKTURBILDUNG DURCH WETTBEWERB: DIE EXZELLENZINITIATIVE

Wie ein Katalysator wirkt die Exzellenzinitiative für eine stärkere Strukturbildung der Landesuniversitäten. Sie unterstützt die Strategie, vorhandene Stärken zu Schwerpunkten der Spitzenforschung auszubauen und befördert die Kooperation mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Derzeit neun, in der zweiten Programmphase ab 2012 bis zu zwölf Universitäten in Deutschland erhalten fünf Jahre als **Exzellenzuniversitäten** erhebliche Bundes- und Landesmittel. Diese erlauben es ihnen, international in die Liga der Spitzenuniversitäten vorzustoßen. Exzellenzcluster und Graduiertenschulen werden als „Leuchttürme“ besonders unterstützt.

Baden-Württemberg konnte in diesem Wettbewerb ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis erzielen. Das Land stellt im Jahr 2010 vier der bundesweit neun geförderten Exzellenzuniversitäten: das KIT und die Universitäten Freiburg, Heidelberg

und Konstanz. 20 der 85 in den beiden Runden der ersten Ausschreibung bewilligten Anträge für Graduiertenschulen, Exzellenzcluster und Zukunftskonzepte stammen aus dem Südwesten. An allen Landesuniversitäten – außer Hohenheim – wird mindestens ein Projekt in der Exzellenzinitiative gefördert.

Die Exzellenzinitiative hat einen weiteren Effekt: Die gezielte Förderung der Spitze durch ein wettbewerbliches Verfahren führt zu einem noch besseren und stärkeren Leistungsniveau auch in der Breite. Die Exzellenzinitiative belebt ungemein wirkungsvoll den Wettbewerb zwischen den Universitäten. Das führt dazu, dass die Entscheidungsträger an den Hochschulen sich frühzeitig Gedanken über Strategien und Profile machen,





mit denen es gelingt, sich von den anderen Hochschulen abzuheben. Dieser Prozess kommt der Leistungsfähigkeit des gesamten Hochschulsystems zugute. Der Wettbewerb macht ferner Themen wie Qualitätsmanagement, Interdisziplinarität, Gleichstellung und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu zentralen Handlungsfeldern.

Die **Exzellenzinitiative** des Bundes und der Länder ist ein Wettbewerb in zwei Runden, der die Zukunftsfähigkeit der universitären Spitzenforschung stärken soll. Dazu werden von 2006 bis 2012 insgesamt 1,9 Mrd. Euro bereitgestellt. Es gibt drei Förderlinien:

– **Graduiertenschulen** für die strukturierte Ausbildung von Doktoranden. Diese werden mit bis zu 2,5 Mio. Euro pro Jahr gefördert.

– **Exzellenzcluster** als herausragende und internationale sichtbare Forschungszentren. Sie erhalten jährlich bis zu 8 Mio. Euro Förderung.

– **Zukunftskonzepte** der Universitäten: Mit diesen entwickeln die Universitäten Strategien, wie sie ihre Stärken nutzen wollen, um einen Platz unter den Spitzeninstitutionen der Forschung zu erlangen. Die Fördersumme liegt bei bis zu 16 Mio. Euro jährlich einschließlich der Programmpauschale.

Dabei sind auch erhebliche finanzielle Anstrengungen des Landes erforderlich: Im Landeshaus- holt wurden in den Jahren 2006 bis 2010 insgesamt 105 Mio. Euro bereitgestellt; ab 2011 sind jährlich 29 Mio. Euro im Staatshaushaltsplan veranschlagt.

UNIVERSITÄRE SCHWERPUNKTE

Im Rahmen der strukturellen Förderung wurden in der vergangenen Dekade besonders **Sonderforschungsbereiche**, DFG-Graduiertenkollegs, **Lebenswissenschaftliche** und **Materialwissenschaftliche Zentren** unterstützt. Adäquat ausgestattete Räume, Labore und Großgeräte sind die Voraussetzungen für den Erfolg. Deshalb wurden anstelle einer lediglich vorübergehenden Projektförderung Forschungsbauten als Keimzelle einer erfolgreichen Schwerpunktbildung bereitgestellt: an der Universität Freiburg das Zentrum für Biosystemanalyse, in Heidelberg das Forschungsnetz Bioquant, an der Universität Tübingen das Kompetenzzentrum für Proteom-Analytik und in Ulm das Forschungsnetz ZytoOrganopOese.

Im Juli 2009 hat die Landesregierung beschlossen, 42,5 Mio. Euro für den Bau Materialwissenschaftlicher Zentren an den Universitäten Freiburg und Heidelberg sowie am KIT bereitzustellen. Die Entscheidung erfolgte aufgrund eines wettbewerblichen Begutachtungsverfahrens. Um diese Zentren

zu verwirklichen, sollen jetzt Bundesmittel in gleicher Höhe im Rahmen der gemeinsamen Forschungsaufförderung des Bundes und der Länder eingeworben werden.

Wachstumsfelder der Zukunft erhielten durch fokussierte Programme wie die „Offensive Biotechnologie“, das „Förderprogramm Informationstechnik Baden-Württemberg – BW-FIT“ und das Programm „Kraftwerke des 21. Jahrhunderts“ eine wirksame Stärkung. Auch in den Geistes-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erfolgten wichtige zukunftsorientierte Schwerpunktgebungen. Da die aufstrebenden Länder Ostasiens an Bedeutung gewinnen, hat das Ministerium ab dem Jahr 2006 zur Stärkung der modernen Ostasienwissenschaften an den Universitäten Heidelberg, Tübingen und Freiburg zusätzliche Professuren und Mittel zum Ausbau entsprechender Schwerpunkte als Anschubfinanzierung bereitgestellt.

Die **empirische Bildungsforschung** liefert Grundlagenwissen für bildungspolitische Entscheidungen. Die Stärkung dieser Forschungsrichtung ist deshalb ein wichtiges Anliegen. Große Fortschritte wurden am Standort Tübingen erzielt. Unterstützt durch Fördermittel des Landes konnten mehrere profilierte Bildungsforscher für die Universität Tübingen gewonnen und das Promotionskolleg „Empirische Bildungsforschung“ eingerichtet werden. Zudem fördert das Ministerium

den Wissenschaftscampus Tübingen „Bildung in Informationsumwelten“, einen Forschungsverbund der Universität Tübingen und des Instituts für Wissensmedien, an dem sich auch Forscherinnen und Forscher an anderen Standorten in Baden-Württemberg beteiligen. Außerdem unterstützt das Land die Zusammenarbeit von Pädagogischen Hochschulen und Universitäten in der Bildungsforschung. Zu diesem Zweck soll ein kooperatives Promotionskolleg eingerichtet werden. Die Ausschreibung dieses Förderprogramms erfolgte im Februar 2010.

LOB FÜR DIE SPITZE: DER LANDESFORSCHUNGSPREIS

Der mit 200.000 Euro bundesweit am höchsten dotierte Preis eines Bundeslandes für die Forschung zeichnet Spitzenleistungen aus und macht sie einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Im Jahr 2000 wurde der Preis erstmals vergeben: Der Preis für Grundlagenforschung und der für angewandte Forschung sind mit jeweils 100.000 Euro dotiert. Ausgezeichnet werden können Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aller Fachdisziplinen. Über die Vergabe entscheidet ein unabhängiges Gremium von Wissenschaftlern.



WISSENSCHAFTLICHES RECHNEN UND HÖCHSTLEISTUNGSRECHNER



Wissenschaft ohne Computer ist heutzutage undenkbar. Vor allem in den Natur- und Ingenieurwissenschaften basiert die Forschung auf zwei Säulen, der Theorie und dem Experiment. Die numerische Simulation ergänzt diese klassische Methodik mit dem Ziel, die Anzahl teurer Experimente zu verringern oder diese komplett zu ersetzen. Anstelle realer Experimente können Simulationen am Computer billiger und sehr viel schneller erfolgen. Auch die Fachdisziplinen werden

entscheidend durch das wissenschaftliche Rechnen vorangetrieben. Dabei müssen gigantische Datenmengen bewältigt und neuartige Software konzipiert werden. Die Konkurrenzfähigkeit der Forschung hängt deshalb nicht nur von der Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Rechnens als eigenständiger Disziplin ab, sondern vor allem auch von der Qualität der IT-Infrastruktur.

Das Landeshochschulnetz BELWÜ steht schon seit den neunziger Jahren an der internationalen Spitze. Seine Übertragungsleistung wurde seitdem um durchschnittlich den Faktor 100 auf heute 10 Gigabit pro Sekunde (Gbs) im Kernnetz gesteigert. Dabei konnte in einem Forschungsprojekt mit der Firma Alcatel die erste 40 Gbs-Verbindung in Europa zwischen den Universitäten Karlsruhe und Stuttgart bereits im Jahr 2007 in Betrieb genommen werden. Das ist etwa die 10.000-fache Leistung gegenüber der eines privaten Internetanschlusses. Die Rechenleistung des Höchstleistungsrechners in Stuttgart (einer der drei Bundeshöchstleistungsrechner in Deutschland) konnte im gleichen Zeitraum sogar um den Faktor 1000 erhöht werden. Diese Leistung wird voraussichtlich im Jahr 2011 mit der geplanten Neuinstallation nochmals um einen Faktor 10 bis 20 steigen und damit die Leistungsfähigkeit der schnellsten Rechner der Welt erreichen.

FORSCHUNGALLIANZEN UND VERNETZUNG

Die Kooperationen der Hochschulen untereinander, mit den außeruniversitären Forschungsinstituten der Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft oder der Leibniz-Gemeinschaft sowie anderer unabhängiger Forschungsinstitute erhöhen die Forschungsqualität und verbessern die internationale Sichtbarkeit.

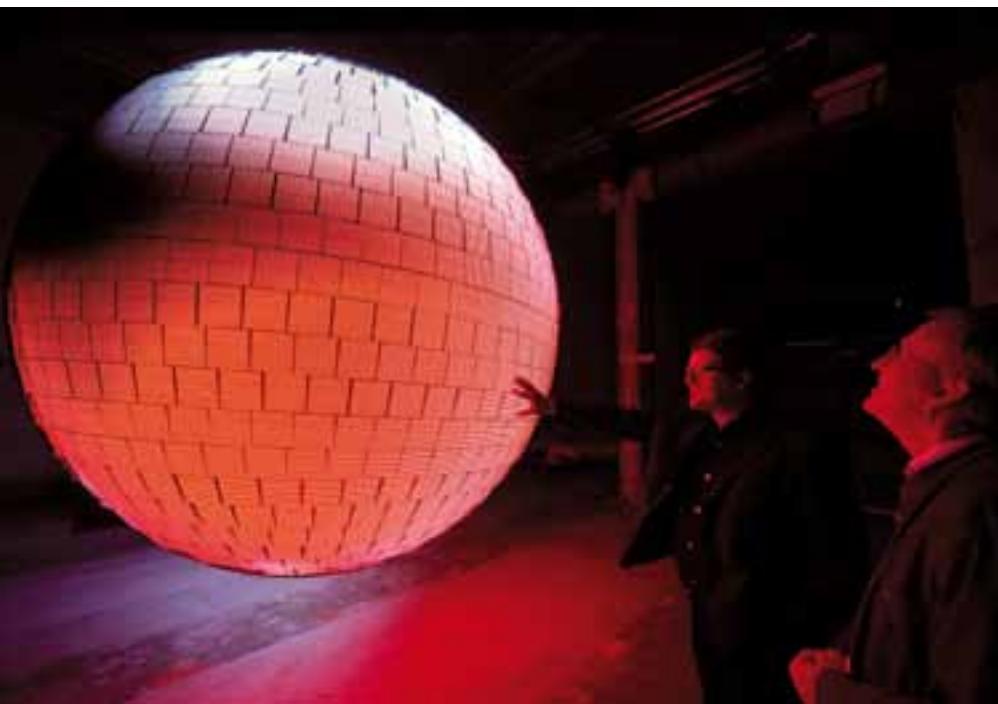
Eine der wichtigsten Folgen der Schwerpunktbildung im Rahmen der Exzellenzinitiative war die Fusion der Universität Karlsruhe mit dem Forschungszentrum der Helmholtz-Gemeinschaft: die Gründung des **Karlsruhe Institut für Technologie (KIT)** am 1. Oktober 2009. Das KIT verbindet die speziellen Aufgaben einer Universität mit der Forschungskapazität der außeruniversitären Forschung und erreicht damit eine Größenordnung, die einen Wettbewerb mit den weltbesten Eliteuniversitäten auf Augenhöhe erlaubt. Deutschlandweit ist dies der erste Zusammenschluss dieser Art. Mit KIT wird die „Versäumung“ der deutschen Wissenschafts- und Forschungslandschaft erstmalig institutionell aufgebrochen. Deshalb hat KIT Vorbildcharakter für weitere derartige Zusammenschlüsse (ausführlicher vgl. Kap. 1, S. 31).

Ein zweites Beispiel für erfolgreiche Vernet-



zung ist die 2007 gegründete Allianz zwischen dem Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) und dem Zentrum für Molekulare Biologie der Universität Heidelberg (ZMBH). Dieses neuartige Kooperationsmodell zwischen einer universitären Einrichtung und einem Helmholtz-Institut nutzt vorhandene Ressourcen besser: durch gemeinsame Forschungsprogramme, gemeinsame Nutzung wissenschaftlicher Infrastruktur sowie gemeinsame Berufungen. In der DKFZ-ZMBH-Allianz arbeiten derzeit 34 Forschungsgruppen mit rund 500 Mitarbeitern. Die Allianz ist auch wesentlicher Bestandteil des Zukunftskonzepts der Universität Heidelberg im Rahmen der Exzellenzinitiative.

4. WISSENS- UND TECHNOLOGIETRANSFER DURCH KOOPERATION VON WIRTSCHAFT UND WISSENSCHAFT



Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen über die Anwendungsforschung möglichst rasch in die Produktentwicklung eingehen. Gleichzeitig sollen Forschungsfragen aus der Praxis in die Hochschulen getragen werden. Ziel der Innovationspolitik des Landes Baden-Württemberg ist es deshalb, strategische Partnerschaften und einen engen Austausch von Wissenschaft und Wirtschaft zu initiieren und zu fördern. Das Wissenschaftsministerium verfolgt dabei diese Ziele:

- Gemeinsame Forschung von Wirtschaftsunternehmen und Wissenschaftseinrichtungen in verschiedenen Formen initiieren und stärken,
- Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Kompetenznetzwerke und Cluster mit Unternehmen der Wirtschaft und anderen Akteuren der Wirtschaftsförderung verbinden
- Neue Technologien branchenübergreifend verfügbar machen
- Die Zugangsschwellen zu Forschungsressourcen des Landes insbesondere auch für kleine und mittlere Unternehmen senken
- Gründungsaktivitäten aus den Hochschulen und Forschungseinrichtungen heraus verstärken
- Die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Landes erhöhen, indem Forschungskooperation auf hohem Niveau als Standortvorteil angeboten und beworben wird.

TRANSFER ÜBER KÖPFE

Der wichtigste Transfer von Wissen findet durch junge, gut ausgebildete Nachwuchskräfte statt. Dieser Transfer darf auch in „schlechten Zeiten“ nicht abbrechen. Als eine Reaktion auf die Wirt-

schaftskrise hat die Landesregierung deshalb im August 2009 das MINT-Sofortprogramm geschaffen, das qualifizierten Absolventinnen und Absolventen der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) Perspektiven für den momentan erschwerten Berufseinstieg eröffnen soll. Im Rahmen des Programms fördert das Land Beschäftigungsverhältnisse oder Promotionsstipendien an baden-württembergischen Hochschulen. Einer Fachkräftelücke im Land soll vorgebeugt werden. 500 Absolventinnen und Absolventen werden bis zu einem Jahr gefördert.

GEMEINSAME CLUSTERSTRATEGIE

Cluster, also regional definierte Verbünde aus Unternehmen, Wissenschaftseinrichtungen und weiteren Akteuren, bilden eine effektive Struktur, um den Wissenstransfer in die Wirtschaft zu beschleunigen. Netzwerke und Innovationsplattformen sind meist überregional ausgerichtete Kompetenzverbünde, die sich themenorientiert um den Fokus einer neuen Technologie gebildet haben. Sie bringen regionale Clusterinitiativen und andere relevante Partner entlang der Wertschöpfungskette zusammen mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der Teilnehmer zu stärken. Das Land unterstützt die Bildung solcher Verbünde, um weitere Wachstums-, Innovations- und Beschäftigungspotenziale zu erschließen.

Ziel der Clusterpolitik ist es, Strukturen, Anreize und Kommunikationsplattformen anzubieten, um Wirtschaft und Wissenschaft zusammenzuführen und wirtschaftlich bedeutsame Hochtechnologiefelder zu unterstützen. Im Jahr 2002 wurde zum Beispiel die BIOPRO Baden-Württemberg GmbH als 100-prozentige Landesgesellschaft mit Sitz in Stuttgart ins Leben gerufen, die die Potenziale des Landes in der Biotechnologie erschließt.

Inzwischen verfügt Baden-Württemberg über ein dichtes Netzwerk unterschiedlicher Cluster und Verbünde. Drei dieser auf wichtigen Hochtechnologiefeldern tätigen Initiativen ist es gelungen, in dem Spaltencluster-Wettbewerb des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erhebliche Fördermittel einzuwerben.

- In der ersten Ausschreibungsrounde (2008) war die Metropolregion Rhein-Neckar mit den Spaltenclustern „BioRN-zellbasierte und molekulare Medizin“ und „Forum Organic Electronics“ erfolgreich.
- In der zweiten Ausschreibung wurde im Januar 2010 mit „MicroTEC Südwest – The Cluster of Innovations“ wiederum ein baden-württembergerischer Spaltencluster ausgewählt.
- Außerdem konnte die Clusterinitiative CyberForum e.V. Karlsruhe als Partner in dem erfolgreichen länderübergreifenden Spaltencluster „Software-Innovationen für das Digitale Unter-





nehmen – Darmstadt, Kaiserslautern, Karlsruhe, Saarbrücken, Walldorf“ einen erheblichen Anteil der Fördermittel des Bundes in die Region Nordbaden lenken.

Der Bund fördert solche High-Tech-Forschungs- und Entwicklungsprojekte in Regionen mit großem Wirtschaftspotenzial, um einen Innovationsschub zu initiieren und in vielen Branchen Wachstum zu ermöglichen. Pro Spartencluster ist bei einer Förderdauer von fünf Jahren ein Volumen von 40 Mio. Euro vorgesehen, das mit Mitteln der beteiligten Wirtschaftsunternehmen in gleicher Höhe komplementiert wird. Das Land ergänzt diese Mittel um 5 Mio. Euro pro Spartencluster. Mit drei von seither geförderten zehn Spartenclustern und der Beteiligung an einem vierten war Baden-Württemberg in diesem Wettbewerb überdurchschnittlich erfolgreich.

TEILNAHME AN EU-PROGRAMMEN

Um die internationale Sichtbarkeit Baden-Württembergs zu erhöhen, ist die Teilnahme an europäischen Förderprogrammen unverzichtbar. Ein neuer europäischer Meilenstein wurde durch die Einwerbung des **KIC Inno Energy** des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) erreicht. Unter Federführung des KIT hat ein Netzwerk aus Hochschulen, Unternehmen und Wissenschaftlern den millionenschweren Zuschlag für die Weiterent-

wicklung von Lösungen zur nachhaltigen Energiedevelopment erhalten. Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) fördert das Projekt in Karlsruhe und an anderen europäischen Standorten bis zum Jahr 2014 mit jährlich bis zu 30 Mio. Euro. Ziel ist es, bis 2050 ein **nachhaltiges Energiesystem für Europa** zu schaffen. Das Land fördert die Umsetzung am KIT mit bis zu 15 Mio. Euro in den kommenden fünf Jahren. Mit insgesamt 35 Partnern, darunter dem Karlsruher Energieversorger EnBW, der Universität Stuttgart und dem Software-Unternehmen SAP, bildet das KIT ein Europäisches Konsortium für Forschung, Lehre und Innovation im Bereich erneuerbarer Energien.

INDUSTRY-ON-CAMPUS – NEUE KOOPERATIONSFORMEN

Neuartig und wichtig sind Industry-on-Campus-Projekte. Dabei forschen Wirtschaftsunternehmen und Universitäten für eine bestimmte Zeit „Tür an Tür“ in gemeinsam betriebenen Laboren oder Zentren. Erfolgreiche Beispiele hierfür sind das Projekthaus „e-drive“, das sich mit elektrischen Antriebssystemen befasst (KIT und Daimler AG), das Katalyselabor CaRLa (Universität Heidelberg und BASF) und das Robert Bosch Zentrum für Leistungselektronik (Hochschule Reutlingen, Universität Stuttgart und Bosch).

FORSCHUNG AN DEN HOCHSCHULEN FÜR ANGEWANDTE WISSENSCHAFTEN

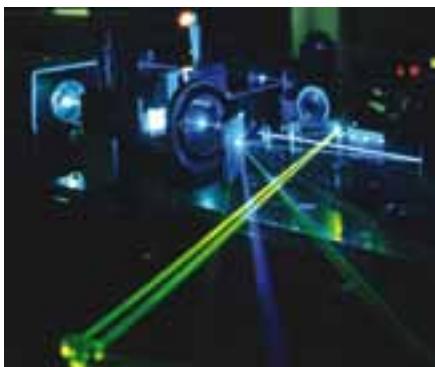
Den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften kommt für den Technologietransfer in Bezug auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen der Region eine besondere Bedeutung zu. Die Unternehmen pflegen in der Ausbildung gute Beziehungen zu den Hochschulen, die verstärkt auch in der Forschung genutzt werden müssen. Ansprechpartner sind die interdisziplinär arbeitenden Institute für Angewandte Forschung (IAF) an den Hochschulen.

Einen Schub im Bereich innovativer Forschungsfelder sollen die neuen Zentren für Angewandte Forschung (ZAFH) bringen. Sie sollen auch die regionale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken. Anfang 2008 wurden die ersten vier Zentren an den Hochschulen Aalen, Pforzheim, Karlsruhe und Ulm mit einer Laufzeit von drei Jahren geschaffen, eine Verlängerung um zwei Jahre ist vorgesehen. Bis zu drei weitere Zentren sollen ab 2011 eingerichtet werden.

EXISTENZGRÜNDUNGEN UND PATENTVERWERTUNG

Existenzgründungen aus Hochschulen fördert das Programm Junge Innovatoren, um zu erreichen, dass wissenschaftliche Ergebnisse rasch in Produkte umgesetzt werden. Die Gründer dürfen die Ressourcen der Hochschule für Forschungsarbeiten im Vorfeld der Gründung nutzen. Zusätzlich werden sie auf einer halben Stelle angestellt, um ihren Lebensunterhalt zu sichern und sich auf das Gründungsvorhaben konzentrieren zu können. Sechs bis acht Projekte jährlich konnten so erfolgreich abgeschlossen werden.

Ein wesentliches Ziel der Landesregierung ist auch die bessere Verwertung von Hochschulerfindungen und die Förderung von Patenten. Das Technologie-Lizenz-Büro der baden-württembergischen Hochschulen GmbH (TLB) hat hier eine bundesweite Vorreiterrolle eingenommen. Das Arbeitnehmererfinderrecht wurde auf Initiative Baden-Württembergs für den Hochschulbereich modernisiert und damit an die geänderten Bedürfnisse des Technologietransfers angepasst.





KAPITEL 4

Kunst und Kultur



Kunst und Kultur besitzen in Baden-Württemberg einen sehr hohen Stellenwert. Dabei gilt es, den Spagat zu schaffen zwischen der Förderung exzellenter, großer Einrichtungen und der Unterstützung kleinerer Angebote in der Breite, die in den Regionen künstlerische Impulse auf hohem Niveau setzen und das Publikum begeistern.

Das Ziel der baden-württembergischen Kunst- und Kulturpolitik ist es deshalb, Qualität und Vielfalt zu ermöglichen und gleichzeitig eine Ausgewogenheit zwischen Spitze und Breite herzustellen. Künstlerische Angebote sollen nicht auf wenige Zentren beschränkt bleiben, sondern auch in der Fläche lebendiges kulturelles Leben bieten.

Dabei sind die Kultureinrichtungen international vernetzt. Seit dem Jahr 2002 wurden internationale Kunstbeziehungen vor allem mit Rhône-Alpes, Oberrhein, Euregio Bodensee und Ost- und Südosteuropa (Donaustrategie der EU) über den Künstleraustausch oder durch Kooperationen zwischen Museen intensiviert. Die Internationalisierung wird durch die erfolgreiche Arbeit einer Reihe von Kultureinrichtungen wie der Akademie Schloss Solitude, Musik der Jahrhunderte, dem Musikpodium Stuttgart, der Internationalen Bachakademie oder dem Institut für Auslandsbeziehungen vorangebracht.

Neben zahlreichen kleineren Einrichtungen wie den soziokulturellen Zentren gibt es Institutionen, die Spitzenkunst bieten und die internationale Konkurrenz nicht fürchten müssen: etwa die beiden Staatstheater, die Staatlichen Museen, das Deutsche Literaturarchiv Marbach, die Akademie Schloss Solitude, das Zentrum für Kunst und Medientechnologie in Karlsruhe, die Popakademie Baden-Württemberg in Mannheim, die Filmakademie Baden-Württemberg und die Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg in Ludwigsburg sowie die Kunst- und Musikhochschulen. Auch die Kommunaltheater wie das Nationaltheater Mannheim, Freiburg und Heidelberg werden immer wieder als herausragend eingestuft.

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst fördert – neben gesonderten Projektförderungen – folgende Einrichtungen:

- 2 Staatstheater
- 3 Landesbühnen
- 9 Kommunaltheater (Förderung des Theaters Baden-Baden durch das Finanzministerium)
- 1 Regionaltheater
- 43 Kleintheater- und Figurentheater
- mehr als 100 Freie Theater
- 16 Theaterfestivals
- zahlreiche Musikfestivals, darunter auch Jazzfestivals
- 8 professionelle Orchester
- zahlreiche Chöre
- rund 60 soziokulturelle Zentren
- 11 staatliche Museen
- 7 Freilichtmuseen
- Kunststiftung Baden-Württemberg
- Badischer Kunstverein Karlsruhe
- Württembergischer Kunstverein Stuttgart
- Schiller-Nationalmuseum
- Deutsches Literaturarchiv Marbach (mit dem Literaturmuseum der Moderne)
- rund 100 literarische Museen
- 2 Landesbibliotheken
- Landesarchiv Baden-Württemberg
- 5 Musikhochschulen,
- 2 Kunstakademien
- Hochschule für Gestaltung
- Akademie Schloss Solitude
- Filmakademie
- Popakademie
- Akademie für Darstellende Kunst
- Zentrum für Kunst und Medientechnologie (mit dem Museum für Neue Kunst)



1. ECKPUNKTE DER KUNST- UND KULTURPOLITIK IN BADEN-WÜRTTEMBERG

LEITLINIEN DER LIBERALITÄT, PLURALITÄT, SUBSIDIARITÄT UND DEZENTRALITÄT



Die Kulturpolitik des Landes Baden-Württemberg orientiert sich an vier Leitlinien, die für alle Förderungen maßgebend sind.

Liberalität. Das Land enthält sich jeglicher Einflussnahme auf die Inhalte der Kunst. Kunst muss risikobereit, unbequem und unberechenbar sein können.

Pluralität. Aufgabe der Kunspolitik ist es, eine Vielfalt von Kunstformen mit einem breiten Spektrum künstlerischer Ausdrucks- und Erscheinungsformen zu ermöglichen.

Subsidiarität. Das Land kann nicht alles selbst bestreiten, sondern leistet komplementäre Finanzhilfen zum Engagement der Kommunen, wenn ein spezifisches Landesinteresse erkennbar ist. Die Kunstförderung des Landes gibt in der Regel Hilfe zur Selbsthilfe.

Dezentralität. In einem Flächenstaat wie Baden-Württemberg ist es besonders wichtig, Kunst überall im Land erlebbar zu machen. Das Land fördert Kunst und Kultur deshalb nicht nur in größeren Städten und Ballungszentren, sondern auch in den ländlichen Gebieten.

„KULTUR 2020. KUNSTPOLITIK FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG“

Seit der wegweisenden Kunskonzeption von Professor Dr. Dr. Hannes Rettich aus dem Jahr 1989 sind neue gesellschaftliche Rahmenbedingungen mit Herausforderungen für Politik, Kunstscha-

fende und Kultureinrichtungen entstanden: dazu gehört die demografische Entwicklung, die hohe Freizeitkonkurrenz und die Digitalisierung, geänderte Publikumserwartungen und der rasante technische Fortschritt. Um neben einer aktuellen Gesamtschau der Kulturlandschaft Baden-Württembergs die zentralen kulturpolitischen Handlungsfelder für die Jahre 2010 bis 2020 zu benennen, veröffentlicht die Landesregierung im Jahr 2010 „Kultur 2020. Kunspolitik für Baden-Württemberg“.

„Kultur 2020“ zielt sowohl auf Innovation als auch auf Kontinuität ab, wobei der Erhalt und die Wettbewerbsfähigkeit der hochklassigen Kulturlandschaft in Baden-Württemberg im Vordergrund stehen. Neben sparten- und bereichsspezifischen Themen werden übergreifende Querschnittsthemen in den Fokus genommen. Ein kulturpolitischer Schwerpunkt liegt in der Teilhabe aller Menschen an Kultur, der Kulturvermittlung, insbesondere der kulturellen Bildung sowie der interkulturellen Kulturarbeit. Die Darstellung ist umfassend und reicht von einzelnen Sparten wie Theatern, Orchestern, Museen, Hochschulen bis hin zu Film und Medien, Gedenkstätten, Schlössern und Gärten, Denkmalpflege, Kultur- und Kreativwirtschaft, Kulturtourismus und einiges mehr.

KUNSTKONGRESSE



Im vergangenen Jahrzehnt fanden zwei Kunstkongresse statt, die weit über das Land Baden-Württemberg hinaus für große Aufmerksamkeit sorgten. Sie hatten zum Ziel, den Dialog zwischen Politik, Kulturschaffenden und Kulturverantwortlichen zu intensivieren. Der Erfolg gab dem Konzept dieser Kongresse Recht.

Der erste kulturpolitische Kongress der Landesregierung fand am 2. November 2005 im ZKM Karlsruhe unter dem Titel **Haupt Sache Kunst** statt. Es gab vier Fachforen: Kunst, Jugend und Bildung; Kunst, Wirtschaft und Innovation; Kunst

und Geld sowie Kunst und Zukunft. Hier wurde unter anderem der Vorschlag zur Einrichtung eines Landeskunstbeirats entwickelt, der auch umgesetzt wurde.

Aufgrund der positiven Resonanz wurde diese Form des Dialogs am 4. Mai 2009 in einem zweiten Kongress aufgegriffen. Kulturschaffende, Vertreter von Kultureinrichtungen, kulturwissenschaftliche Experten und Vertreter der Kulturpolitik diskutierten in vier Fachforen über Darstellende Kunst, Museen, Musik, Literatur, Archive und Bibliotheken, aber auch über kulturelle Bildung, interkulturellen Dialog, Kooperations- und Netzwerksbildung sowie Evaluierung und Qualitätsstandards.

Nach den positiven Erfahrungen der beiden



Kongresse wird das Land auch in Zukunft auf den intensiven und fruchtbaren Dialog zwischen Kunst und Politik setzen.

LANDESKUNSTBEIRAT

Im März 2006 setzte die Landesregierung für die Dauer von drei Jahren einen Landeskunstbeirat ein. Dem Gremium gehörten 14 Persönlichkeiten aus Kultur und Wirtschaft an, unter dem Vorsitz von Professor Ernst Elitz, Gründungsintendant des Deutschlandradios.

Der Landeskunstbeirat verstand sich nicht als Interessenvertretung für einzelne Sparten oder Einrichtungen, sondern nahm als externes Beratungsgremium die Kunst- und Kulturlandschaft als Ganzes in den Blick. In der Schlussdokumentation Haupt Sache Kunst vom November 2009 wurden Empfehlungen veröffentlicht, die sich mit spartenübergreifenden Themen wie kulturelle Bildung an Schulen, bessere Partizipation von Migrantinnen und Migranten am Kulturleben, Evaluation von Kunstinstitutionen und spartenpezifischen Themen wie Theater, Orchester, Literatur, Museums- und Sammlungspolitik sowie audiovisuellen Medien befassen. Auf diese Weise gab der Landeskunstbeirat **Impulse für die Kunst- und Kulturpolitik**, die auch Eingang in die Überlegungen der „Kultur 2020. Kunspolitik für Baden-Württemberg“ fanden.

2. BÜHNE UND MUSIK

Der Bereich Theater überzeugt in Baden-Württemberg durch ein breites Spektrum an Aufführungen auf hohem Niveau. Theater existieren sowohl in den Ballungszentren des Landes wie auch in den Regionen: es gibt zwei Staatstheater, drei Landesbühnen, neun Kommunaltheater, darunter das Mannheimer Nationaltheater als bundesweit größtes städtisches Vierspartenhaus, viele Freie, Klein- und Figurentheater. Daneben finden hochklassige Festspiele statt, die sich des regen Zulaufs des Publikums erfreuen.

GLANZPUNKTE DER THEATER-LANDSCHAFT

Herausragendes haben die **Württembergischen Staatstheater Stuttgart** geleistet und dafür bundesweite Anerkennung erhalten. Die hohe künstlerische Qualität dieses Hauses dokumentiert die wiederholte Auszeichnung als **Oper des Jahres** (1994, 1998, 1999, 2000, 2002, 2006). Preise erhielten auch Inszenierungen und Ensemblemitglieder, der Opernchor und die Ballettkompanie. Den Theaterpreis FAUST für die beste darstellerische Leistung sowie Tanz erhielten Künstler der Württembergischen Staatstheater (Marijn Rademaker

2006 und Katja Wünsche 2007). Im Jahr 2008 wurde der Theaterpreis FAUST schließlich in den Württembergischen Staatstheatern verliehen, was den Blick der Fachwelt nach Stuttgart zog. Ab dem Jahr 2010 sind ein großes Sanierungsprogramm mit einem Volumen von 55 Mio. Euro sowie die Einrichtung eines Probenzentrums für Oper und Schauspiel mit einer Fläche von 8.500 Quadratmetern geplant.

Ein wesentlicher Meilenstein zur Stärkung des Theaterbereichs war das Sonderprogramm **Kunst**





in der Fläche der Regierungsfraktionen mit einem jährlichen Volumen von mehr als 2,2 Mio. Euro. Seit 2009 werden hierüber vor allem die Freien Theater gestärkt, deren Fördermittel verdreifacht wurden. Daneben stehen Klein- und Figurentheater, Tanzinitiativen, soziokulturellen Zentren und Kunstvereine im Vordergrund.

Beachtlich ist, dass im Jahr 2009 auch der Kulturbereich, insbesondere die Theater und die soziokulturellen Zentren, mit 6,5 Mio. Euro erheblich vom Konjunkturprogramm profitieren konnte.

Besonders mit Beginn der neuen Legislaturperiode ab dem Jahr 2006 ist es gelungen, die



Landesförderung für die soziokulturellen Zentren deutlich zu erhöhen. Sie stieg um 270.000 Euro (15 Prozent) auf 1,9 Mio. Euro pro Jahr.

KULTURELLE BILDUNG

Auch die kulturelle Bildung im Theater wurde über das Sonderprogramm Kunst in der Fläche erheblich gestärkt. Seit 2007 stehen Sondermittel für die Projektförderung kultureller Bildung zur Verfügung. Unterstützt wird damit die Zusammenarbeit zwischen Kultureinrichtungen und Schulen. Gefördert wurde unter anderem die Internet-Plattform www.theater-und-schule.info, die es seit dem Jahr 2008 allen Interessierten, Lehrern, Schülern wie auch Eltern erleichtert, attraktive theaterpädagogische Angebote zu finden und Kooperationen anzustossen. Ein besonderes Signal wurde durch das neue internationale Figurentheaterfestival IMAGINALE gesetzt. Dieses Festival konnte im Jahr 2010 erweitert werden: Die Veranstaltung fand in sechs Städten parallel statt.

KINDER- UND JUGENDTHEATER

In Baden-Württemberg nimmt der Kinder- und Jugendtheaterbereich – auch im bundesweiten Vergleich – eine bedeutende Rolle ein. Das Land belegt mit 1.774 Vorstellungen (Statistik des Deutschen Bühnenvereins, Spielzeit 2007/2008)

bundesweit einen Spaltenplatz bei der Zahl der Kinder- und Jugendvorstellungen. Im vergangenen Jahrzehnt konnten die Kinder- und Jugendtheater sogar weiter gestärkt werden. So wurde ein eigenständiges Kinder- und Jugendtheater in Stuttgart, JES, seit dem Jahr 2003 aufgebaut, welches seitens des Landes in hohem Umfang unterstützt wird. Dessen erfolgreiche Arbeit belegen Auszeichnungen wie der „Faust 2009“ für die beste Regie im Bereich Kinder- und Jugendtheater.

MUSIKFÖRDERUNG VON KLASSIK ZU JAZZ UND POP

Das Musikleben in Baden-Württemberg ist lebendig und vielfältig. Das Spektrum reicht von der klassischen über die zeitgenössische Musik bis hin zu Pop und Jazz. Zahlreiche Orchester, Ensembles, Chöre, Festivals und Wettbewerbe werden vom Land gefördert. Einen neuen Akzent setzt das im Jahr 2009 erstmals aufgelegte Förderprogramm für herausragende Mädchen- und Knabenchöre.

Einen Schwerpunkt bildet ferner die Förderung der Popmusik. Grundlegend waren die Empfehlungen der Popkonzeption im Jahr 2002, deren Ziel es war, Baden-Württemberg als herausragenden Musikstandort im Bereich der Popmusik zu etablieren. Baden-Württemberg wurde zu einem modernen, zukunftsorientierten Wirtschafts- und



Kreativstandort unter Einbeziehung der Popmusik ausgebaut. Ein Meilenstein war die Einrichtung der Popakademie Baden-Württemberg (vgl. Kap. 1, S. 36 f.).

Auch auf den Jazz hat das Land besonderes Augenmerk gelegt. Im Jahr 2006 wurde die Dotierung des Landesjazzpreises Baden-Württemberg für Nachwuchsmusikerinnen und -musiker erhöht. Er zählt damit bundesweit zu den höchstdotierten Auszeichnungen in der Nachwuchsförderung dieses Genres. Im Jahr 2009 erhöhte das Land ferner die Förderung des Jazzverbandes Baden-Württemberg deutlich, um Jazzmusiker und -clubs zu stärken.





3. ARCHIVE UND BIBLIOTHEKEN

Wie haben unsere Vorfahren gelebt? Was war ihnen wichtig? Antworten darauf geben die Zeugnisse der Vergangenheit des Landes Baden-Württemberg. In den Archiven und Bibliotheken spiegelt sich die historische und kulturelle Vielfalt unseres Landes. Mit ihren Handschriften, Inkunabeln, Urkunden, Akten, Büchern, digitalen Medien und online-Angeboten sind sie sowohl zentrale Orte der Erinnerungskultur als auch Serviceeinrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger. Historische Dokumente aller Art aus der gesamten Landesverwaltung dauerhaft archiviert und für Recherchen verfügbar gemacht. Die vom Landesarchiv entwickelten Technologien und Verfahren können für Sonderanwendungen aller Ressorts genutzt werden.

Dabei gewinnen die digitalen Angebote zunehmend an Bedeutung.

LANDESARCHIV BADEN-WÜRTTEMBERG

Eine wichtige Neuerung stellte im Januar 2005 die Verwaltungsstrukturreform für die staatliche Archivverwaltung dar. Sie vereinigte die frühere Landesarchivdirektion und sechs nachgeordnete staatliche Archive zum Landesarchiv Baden-Württemberg. Die neue Struktur des Landesarchivs mit

neun Abteilungen an sieben Standorten ermöglicht eine bessere Kooperation und bewirkt Synergien vor allem im Bereich der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie in der Bereitstellung digitaler Angebote.

Im Mai 2010 fiel der Startschuss für den Aufbau des Digitalen Landesarchivs Baden-Württemberg. In dem neuen Arbeitsbereich des Landesarchivs werden – bundesweit einmalig – digitale Dokumente aller Art aus der gesamten Landesverwaltung dauerhaft archiviert und für Recherchen verfügbar gemacht. Die vom Landesarchiv entwickelten Technologien und Verfahren können für Sonderanwendungen aller Ressorts genutzt werden.

LANDESKUNDLICHES ONLINE-INFORMATIONSSYSTEM (LEO)

Dem steigenden Interesse an landeskundlichen Informationen wird das landeskundliche Online-Informationssystem Leo (Landeskunde erleben, entdecken, erforschen online) gerecht, dessen Grundkonzept ins Jahr 2005 reicht. Leo wird den Bürgerinnen und Bürgern über mehrdimensionale und multimediale Zugangsmöglichkeiten vernetzte

landeskundliche Informationen über das ganze Land kostenlos und tagesaktuell liefern. Pünktlich zum Landesjubiläum 2012 wird Leo seinen Betrieb aufnehmen. Für das Projekt werden 2010/2011 insgesamt 1,85 Mio. Euro veranschlagt.

ERWEITERUNGSBAUTEN FÜR DIE LANDESBIBLIOTHEKEN

Mehr Raum für Bücher und andere Medien wird es für beide Landesbibliotheken in Karlsruhe und Stuttgart geben. Die wichtigen Grundsatzentscheidungen dafür fielen in den Jahren 2008 und 2009. Die Württembergische Landesbibliothek erhält einen Erweiterungsbau und die Badische Landesbibliothek einen zusätzlichen separaten Magazinbau. Das Karlsruher Bauprojekt soll 2012 fertig gestellt sein, für das Stuttgarter Vorhaben wird das Jahr 2015 angestrebt.

HANDSCHRIFTEN UND KULTURGÜTER

„Uns ist in alten maeren wunders vil geseit, von helden lobebaeren, von grozer arbeit ...“ – das Nibelungenlied, jenes ritterliche Epos über die Abenteuer des Siegfried und seinen Tod, den Untergang Burgunds und das Ende Attilas, fasziniert die Menschen noch heute. Und so war es ein wichtiger Erfolg für das Land, dass der Ankauf

der Handschrift C des germanischen Heldenepos gelang. Diese Handschrift C, die im Jahr 2009 in das UNESCO Weltdokumentenerbe aufgenommen wurde, bereichert nun den Fundus der Badischen Landesbibliothek in Karlsruhe. Dank einer Mischfinanzierung der öffentlichen und privaten Hand konnte die Handschrift im Jahr 2001 von der Landesbank Baden-Württemberg erworben werden. Diese Erwerbung bildete nach dem Ankauf von 1.050 Handschriften, 86 Inkunabeln, 7.532 Musikdrucken und -handschriften sowie 1.110 Bänden aus der ehemaligen Handbibliothek des Joseph Freiherrn von Laßberg den krönenden Abschluss der erfolgreichen Bilanz der Landesregierung bei der Sicherung der Bestände aus der Fürstlich Fürstenbergischen Hofbibliothek Donaueschingen. Als Leihgabe der Landesbank wird die Handschrift C in der Badischen Landesbibliothek aufbewahrt. Für den Erwerb der genannten Bestände wurden insgesamt 37,8 Mio. Euro aufgewendet, davon 27,3 Mio. Euro aus Landesmitteln.

Durch den Vertrag mit der Familie von Baden über die badischen Kulturgüter im Jahr 2009 konnte das Land wertvolle Kulturgüter der bildenden Kunst sowie kostbares Archiv- und Bibliotheksgut erwerben und nach 90 Jahren Rechtsunsicherheit über die Eigentumsverhältnisse an badischen Kulturgütern im Wert von mindestens 300 Mio. Euro außerdem einen historischen Schlussstrich ziehen.



4. LITERATURFÖRDERUNG



Baden-Württemberg kann nicht nur auf eine große literarische Tradition zurückblicken, sondern auch einen lebendigen und aktiven Literaturbetrieb vorweisen. Neben der Vergabe von Preisen und Stipendien unterstützt das Land zahlreiche Einrichtungen, die Literatur sammeln, erschließen und sich in der Literaturvermittlung engagieren. Hierzu gehört in erster Linie das Deutsche Literaturarchiv in Marbach mit seinen beiden Museen.

Weitere Einrichtungen sind die Arbeitsstelle für literarische Museen, Archive und Gedenk-

stätten in Baden-Württemberg mit Sitz in Marbach, die Literarische Gesellschaft in Karlsruhe, das Stuttgarter Schriftstellerhaus, der Förderkreis Deutscher Schriftsteller in Baden-Württemberg e.V. mit Sitz in Karlsruhe, das Literaturhaus Stuttgart sowie die Akademie für gesprochenes Wort in Stuttgart. Zur Literaturförderung gehört auch die Übersetzerförderung. Das Land unterstützt den Freundeskreis zur Förderung literarischer und wissenschaftlicher Übersetzungen e.V., finanziert den Wieland-Übersetzerpreis und veranstaltet alle zwei Jahre die Baden-Württembergischen Übersetzungstage.

Im Jahr 2003 konnte Baden-Württemberg als erstes Bundesland die interaktive Internetplattform www.literaturland-bw.de für seine rund 100 literarischen Museen, Archive und Gedenkstätten in Betrieb nehmen. Entwickelt haben die Website die Literarische Gesellschaft Karlsruhe und die Arbeitsstelle für literarische Museen, Archive und Gedenkstätten.

DEUTSCHES LITERATURARCHIV MARBACH (DLA)

Zu den spektakulärsten Ereignissen in der Geschichte des Literaturarchivs gehört der Erwerb des Siegfried Unseld Archivs im Jahr 2009. Das mehr als 20.000 Aktenordner und über 25.000 Bücher umfassende Archiv, das die Archive der Verlage Insel und Suhrkamp vereint, ist in seiner literaturwissenschaftlichen und geistesgeschichtlichen Bedeutung von höchstem Wert. Dieser Archivbestand bildet einen wesentlichen Bestandteil des geistigen Erbes der Bundesrepublik Deutschland. Die Baden-Württemberg Stiftung hat den Erwerb mit 1,5 Mio. Euro unterstützt. Im Jahr 2004 konnte dank einer Mischfinanzierung aus öffentlicher und privater Hand mit dem Nachlass des Dichters Eduard Mörike zum Preis von 2 Mio. Euro ein anderer bedeutender Nachlass für das DLA erworben werden.

Als eine der bedeutendsten Literaturinstitutionen weltweit bewahrt, ordnet und erschließt das Deutsche Literaturarchiv Marbach eine Fülle kostbarer Quellen der Literatur- und Geistesgeschichte seit der Aufklärungszeit. Rund 1.200 Schriftsteller-vor- und -nachlässe, eine Bibliothek mit 750.000 Bänden und 1.100 literarische und germanistische Zeitschriften aus dem In- und Ausland sowie eine umfangreiche Bildnissammlung stehen den Benut-

zern zur Verfügung. Teile der Sammlungen sind in den ständigen Ausstellungen des 1903 eröffneten Schiller-Nationalmuseums und des 2006 eröffneten Literaturmuseums der Moderne sowie in Wechselausstellungen zu sehen.





SCHILLER-NATIONALMUSEUM (SNM)

Zu den Meilensteinen der Literaturförderung in den vergangenen zehn Jahren gehört auch die Innensanierung des Schiller-Nationalmuseums, die im November 2009 abgeschlossen wurde. Die Sanierung umfasste nicht nur wichtige baukonstruktive Verbesserungen an dem über 100 Jahre alten Gebäude, sondern auch die Installation einer modernen Ausstellungstechnik, die derjenigen des Literaturmuseums der Moderne entspricht. Das Land beteiligte sich an den Gesamtbaukosten in Höhe von 6,2 Mio. Euro mit 1,95 Mio. Euro.

Das Literaturmuseum der Moderne und das Schiller-Nationalmuseum bilden damit eine einheitlich konzipierte Erlebniswelt der deutschen Literatur. Während das Schiller-Nationalmuseum die deutsche Literatur des 18. und 19. Jahrhunderts präsentiert, ist das Literaturmuseum der Moderne der deutschen Literatur von 1890 bis in die Gegenwart gewidmet.



LITERATURMUSEUM DER MODERNE (LIMO)
Weltweite Aufmerksamkeit erfuhr im Jahr 2006 die Eröffnung des weltweit ersten Literaturmuseums der Moderne. Der mehrfach preisgekrönte Bau des britischen Architekten David Chipperfield auf der Marbacher Schillerhöhe war Gegenstand intensiver Medienberichterstattung. Die Dauerausstellung und verschiedene Wechselausstellungen präsentieren auf 1000 Quadratmetern Exponate aus den Beständen des Deutschen Literaturarchivs vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Das Land beteiligte sich zur Hälfte an den Baukosten in Höhe von 11,82 Mio. Euro.

Dur und Moll". **Entscheidungstraining** zur Berufs- und Studienorientierung für Schülerinnen und Schüler der Oberstufe an den allgemeinbildenden Gymnasien (BEST) wird – als neues Produkt von „Gscheit studiert“ – in Kooperation mit dem Kultusministerium angeboten. Mai: **Gutachter-**

5. MUSEEN UND BILDENDE KUNST

Baden-Württemberg verfügt mit rund 1.300 Museen und musealen Einrichtungen verschiedensten Zuschnitts über eine facettenreiche Museumslandschaft. Der Bogen reicht von den großen staatlichen Instituten mit internationalem Rang über bedeutende städtische Kunstsammlungen, wichtige Spezialmuseen und regionale bäuerliche Freilichtmuseen bis hin zu einer Fülle ehrenamtlich geführter kleinerer Museen.

STAATLICHE INSTITUTE MIT INTERNATIONALEM RANG

Die staatlichen Museen bilden mit ihren Außen- und Zweigstellen die tragende Säule der baden-württembergischen Museumslandschaft. Die elf staatlichen Einrichtungen und das Zentrum für Kunst- und Medientechnologie Karlsruhe mit dem Museum für Neue Kunst können mehr als 2 Mio. Besucherinnen und Besucher pro Jahr verzeichnen. Insgesamt investiert das Land jährlich rund 59 Mio. Euro in die Staatlichen Museen.

Zu den Meilensteinen im Museumsbereich gehören die Neueröffnung des Hauses der Geschichte im Jahr 2002. Besonders zu erwähnen ist auch das große bürgerschaftliche Engage-



ment, das zu bedeutenden privaten Museen wie etwa dem Würth-Museum in Schwäbisch-Hall im Jahr 2001 geführt hat. Ein herausragendes Projekt ist auch die Kooperation zwischen der Kunsthalle Baden-Baden und dem im Jahr 2004 eröffneten Museum Frieder Burda der Stiftung Frieder Burda. Außerdem wurden zahlreiche neue Zweigmuseen und Außenstellen in Betrieb genommen, das Mode- und das Keramikmuseum sowie die Barockgalerie im Schloss Ludwigsburg und das Museum am Markt Karlsruhe, Museum

entscheidung zur Ausschreibung „Studienmodelle individueller Geschwindigkeit“. **Startschuss** für den – bundesweit einmaligen – Aufbau des Digitalen Landesarchivs Baden-Württemberg. **Juni: Der neue landesweite Orientierungstest (OT)** www.was-studiere-ich.de geht online. Zunächst



Kloster Schussenried, um nur einige Beispiele zu nennen.

Verschiedene Bau- und Sanierungsmaßnahmen haben zusätzliche oder neugestaltete Ausstellungsflächen ermöglicht, etwa bei der staatlichen Kunsthalle Baden-Baden oder der Alten Staatsgalerie Stuttgart. Ein neues interaktives Konzept bietet seit dem Jahr 2004 die Mitmach-Ausstellung Elementa im TECHNOSEUM Mannheim. Sie hat sich zu einem Besuchermagnet besonders auch für Jugendliche entwickelt. Die Besucher können aktiv naturwissenschaftlichen Grundprinzipien und Erfindungen auf den Grund gehen.

Ein weiterer Höhepunkt ist die Eröffnung des Kindermuseums im Landesmuseum Württemberg im Oktober 2010. Es lädt kleine wie große Besucher zu einem Streifzug durch die Landesgeschichte ein. Das „Junge Schloss“ wird ein innovativer kultureller Erlebnisort für vier- bis zehnjährige Kinder und ihre Familien sein.

Neue Wege wurden in der Museumsorganisation und -struktur mit der Umwandlung der Landesmuseen in Landesbetriebe eingeschlagen: Das Badische Landesmuseum erhielt mit der Umwandlung im Januar 2003 in einen Landesbetrieb den Rahmen, um seine Aufgaben mit größerer Eigenständigkeit und Flexibilität erfüllen zu können. Die guten Erfahrungen mit dieser Betriebsform führten dazu, dass ab Januar 2008 in mehreren Stufen die weiteren staatlichen Museen in Landesbetriebe umgewandelt wurden bzw. noch werden. Die neue Organisationsform schafft für die Museen erweiterte Handlungsspielräume sowie größere Wirtschaftlichkeit und Transparenz in Finanzangelegenheiten. Sie können so den Anforderungen, die an einen kundenorientierten und modernen Kulturbetrieb gestellt werden, besser entsprechen.

Das Land unterhält folgende Museen

(ohne Zweig- und Außenstellen):

- **Archäologisches Landesmuseum Baden-Württemberg Konstanz:** präsentiert Kulturen vom 6. Jahrtausend v. Chr. bis ins 19. Jh. n. Chr.

- **Badisches Landesmuseum Karlsruhe:** zeigt die Kulturgegeschichte des Badischen Landesteils im europäischen Kontext.

- **Landesmuseum Württemberg Stuttgart:** dokumentiert die Geschichte des Württembergischen Landesteils von der Steinzeit bis heute.

- **Haus der Geschichte Baden-Württemberg Stuttgart:** zeigt mittels Originalobjekten, Fotos, Filmen und Tönen, wie spannend Landesgeschichte sein kann.

- **Staatliche Kunsthalle Baden-Baden:** präsentiert deutsche und internationale Gegenwartskunst. Eine Besonderheit stellt die Public Private Partnership mit dem privaten Museum Frieder Burda dar.

- **Staatliche Kunsthalle Karlsruhe:** gehört zu den bedeutendsten und ältesten Gemäldegalerien Deutschlands mit Kunst aus sieben Jahrhunderten.

- **Staatsgalerie Stuttgart:** beeindruckt durch den Stirling-Bau, die hochrangigen Sammlungen aus dem 20. Jahrhundert, Beständen an altdeutscher Malerei, italienischem Barock, französischer Malerei des 19. Jahrhunderts sowie die Kunst des schwäbischen Klassizismus.

- **Staatliches Museum für Naturkunde Karlsruhe:** vermittelt einen lebensnahen Eindruck über die Entstehung der Erde und die Entwicklung des Lebens.

- **Staatliches Museum für Naturkunde Stuttgart:** ist eines der drei größten naturkundlichen Museen in Deutschland und präsentiert die ältesten Dinosaurierfunde Europas.

- **Linden-Museum Stuttgart:** vermittelt als eines der bedeutendsten völkerkundlichen Museen Europas außereuropäische Völker und Kulturen mehrerer Kontinente.

- **Landesmuseum für Technik und Arbeit Mannheim – seit 2010 TECHNOSEUM:** dokumentiert den naturwissenschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Wandel in Südwürttemberg vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart.

- **Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe:** setzt sich als weltweit einzigartige Kultureinrichtung mit der Verbindung der traditionellen Künste und der Medientechnologie auseinander.

- **Museum für Neue Kunst:** bietet Einblick in die künstlerischen Entwicklungen von 1960 bis heute. Es wurde 1999 als Abteilung des ZKM eröffnet und kooperiert als Sammlermuseum mit in Baden-Württemberg ansässigen international renommierten privaten Sammlungen.





GROSSE LANDESAUSSTELLUNGEN

Besondere Höhepunkte setzen immer wieder die Großen Landesausstellungen. Seit dem Jahr 1977, als die mit 671.000 Besuchern außerordentlich erfolgreiche Große Landesausstellung über die Staufer präsentiert wurde, hat sich die „Große Landesausstellung“ zu einer Marke entwickelt, die für Qualität bürgt. Um solche überregional beachteten Großprojekte verwirklichen zu können, erhalten die Staatlichen Museen deshalb eine gesonderte Landesförderung von derzeit jährlich rund 3,6 Mio. Euro. Eine Übersicht über die wichtigsten

der zahlreichen bedeutenden Landesausstellungen bietet die gesonderte Zeitleiste im unteren Teil der Broschüre.

HANS THOMA-PREIS UND ANDERE FÖRDERMITTEL

Im Zentrum der Förderung der Bildenden Kunst in Baden-Württemberg steht die individuelle Künstlerförderung in Form von Ankäufen, einem differenzierten System von Stipendien und Preisen.

Der bedeutende Hans Thoma-Preis für herausragende Leistungen in der Bildenden Kunst wurde im Jahr 2003 zum Großen Landespreis des Landes Baden-Württemberg aufgewertet. Der mit inzwischen 25.000 Euro dotierte Preis ist nach dem südbadischen Maler, Akademie- und Galeriedirektor Hans Thoma (1839–1924) benannt. Er wird alle zwei Jahre in Bernau, dem Geburtsort Hans Thomas im Südschwarzwald, vergeben und ist mit der Ausrichtung einer Preisträgerausstellung verbunden. Das Land Baden-Württemberg zeichnet damit bildende Künstlerinnen und Künstler mit einem besonderen Bezug zum Land Baden-Württemberg aus, die bereits ein anerkanntes Lebenswerk aufweisen oder bei denen aufgrund ihres bisherigen Schaffens eine Weiterentwicklung zu hohen Leistungen erwartet wird.



für Nachwissenschaftlerinnen mit Kind“. Dritte Ausschreibung des Programms „Kinderbetreuung für das wissenschaftliche Personal“ an den Hochschulen Baden-Württembergs. September: Veröffentlichung von „Kultur 2020. Kunspolitik für Baden-Württemberg“.

Im Jahr 2006 richtete das Land ein 3-Jahres-Förderprogramm zur Professionalisierung der Kunstvereine ein. Die Fördermittel flossen an die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kunstvereine. Im Jahr 2009 erhöhte sich die Förderung des Landes für die Kunstvereine nochmals um zehn Prozent.

Erstmals im Jahr 2008 fand die Verleihung des artKARLSRUHE-Preises des Landes Baden-Württemberg und der Stadt Karlsruhe statt. Er wird jährlich bei der Kunstmesse „artKARLSRUHE“ verliehen und ist mit 15.000 Euro (in Form von Ankäufen) dotiert. Der Preis fördert die ausgezeichneten Künstler nicht nur finanziell, sondern macht sie auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt.

Bedeutende Initiativen waren ferner die Einrichtung und der Ausbau des Kunstbüros bei der Kunststiftung Baden-Württemberg in den Jahren 2009 und 2010. Das Kunstbüro bietet als Institution zur Weiterbildung junger bildender Künstlerinnen und Künstler Workshops, öffentliche Vorträge, Gespräche und Beratungen an, die Zusatzkenntnisse in den Bereichen Existenzgründung, Marketing und Organisation oder Verhandlung und Vermarktung vermitteln.

In den Jahren 2010 und 2011 hat das Land Baden-Württemberg ferner ein „Förderprogramm 60 Kunstwerke“ anlässlich des Landesjubiläums im Jahr 2012 aufgelegt.



Eine neue MINT-Datenbank bietet mehr als 100 MINT-Projekte und -Veranstaltungen für Schulen an. Oktober: Eröffnung des Kindermuseums im Landesmuseum Württemberg. Das erste standortgebundene Kindermuseum in der baden-württembergischen Landeshauptstadt lädt seine

6. AKADEMIE SCHLOSS SOLITUDE



BEGEGNUNGSSTÄTTE FÜR NACHWUCHSKÜNSTLER

Als Stiftung des öffentlichen Rechts fördert die Akademie junge Kunstschaende durch die Vergabe halb- oder ganzjähriger Wohn- und Arbeitsstipendien. Als Kunstsparten sind Bildende Kunst, Literatur, Musik, Darstellende Kunst, Architektur sowie Design/Neue Medien vertreten. Die Akademie organisiert Künstlerbegegnungen, Symposien und Workshops, Aufführungen, Lesungen, Konzerte und Ausstellungen ihrer Gäste.

DIALOG ZWISCHEN KUNST, WISSEN- SCHAFT UND WIRTSCHAFT

Seit 2002 wird über die Programmlinie art, science and business die Verbindung zu Wissenschaft und Wirtschaft gesucht. Für Nachwuchswissenschaftler und junge Manager aus der Wirtschaft besteht die Möglichkeit, am Solitude-Netzwerk über Anwesenheitsstipendien teilzunehmen. Ziel ist die Förderung des Dialogs zwischen Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft. Die Akademie Schloss Solitude wird gemeinsam mit dem ZKM zukünftig die Vernetzung von Kultur, Kreativszene und Wirtschaft über einen Innovations- und Kreativitätsring fördern.



Die Akademie Schloss Solitude in Stuttgart hat sich zu einer internationalen Begegnungsstätte für Nachwuchskünstlerinnen und -künstler entwickelt und genießt als Referenzeinrichtung mit Alleinstellungscharakter in der internationalen Kunstszene hohes Ansehen.

7. KULTURFÖRDERUNG DER BADEN-WÜRTTEMBERG STIFTUNG

Die Baden-Württemberg Stiftung, die zuvor Landesstiftung Baden-Württemberg hieß, hat Entscheidendes zur Kulturförderung des Landes beigetragen. Sie stellte seit ihrer Gründung im Jahr 2000 rund 45 Mio. Euro für Kunst und Kultur zur Verfügung. Sie unterstützte unter anderem innovative kleinere Projekte, die Sommerakademie der Internationalen Bachakademie Stuttgart, das Festival Theater der Welt in Stuttgart, den Balthasar-Neumann-Chor in Freiburg, das Projekt art, science & business der Akademie Schloss Solitude und zuletzt den Erwerb der Archive des Suhrkamp Verlages für das Deutsche Literaturarchiv in Marbach.

KULTUR FÜR KINDER

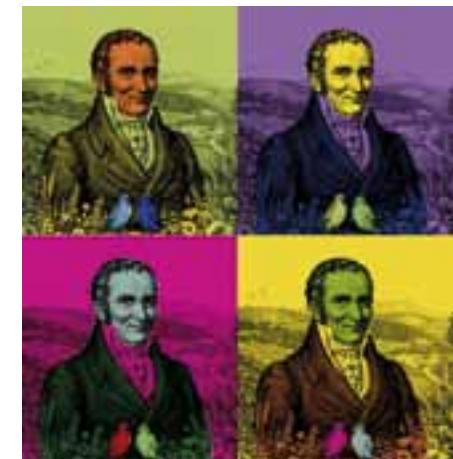
Im Jahr 2005 wurde als Unterstiftung die Stiftung Kinderland Baden-Württemberg gegründet. Sie fördert unter anderem kulturelle und künstlerische Projekte zu Gunsten von Kindern, zum Beispiel „musisch-ästhetische Modellprojekte in Kindergärten und anderen Tageseinrichtungen für Kinder“ und „Erzähl uns was! Kinder erzählen Geschichten und hören einander zu“. Sie unterstützt auch Projekte wie das „Schüler-Theater-

Festival 2009 der Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg“ und die „Kinder-Ausstellung im Württembergischen Landesmuseum Stuttgart“.

LITERATURSOMMER UND KULTURPREIS BADEN-WÜRTTEMBERG

Seit dem Jahr 2002 veranstaltet die Baden-Württemberg Stiftung den Literatursommer Baden-Württemberg. Das alle zwei Jahre stattfindende Literaturfestival präsentiert mit großem Erfolg wechselnde literarische Themen mit Landesbezug.

Die Landesstiftung fördert außerdem den Kulturpreis Baden-Württemberg gemeinsam mit Volksbanken und Raiffeisenbanken (Hauptpreis: 20.000 Euro; Förderpreis: 5.000 Euro). Unter den Preisträgern befinden sich der Künstler Wolfgang Laib (2003), Balthasar-Neumann-Chor und -Ensemble und das Theater Pan.Optikum (2005), der Schriftsteller José F.A. Oliver (2007) und der Musikwissenschaftler Professor Dr. Clytus Gottwald (2009). Der Kulturpreis Baden-Württemberg wird 2011 in der Sparte Neue Medien verliehen werden.



ANHANG 1:

DAS MINISTERIUM FÜR WISSEN-SCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst ist zuständig für die Hochschulen, die außreruniversitären Forschungsstätten und die Kultureenrichtungen im Land. Als oberste Landesbehörde bereitet das Ministerium die Entscheidungen der Landesregierung vor. Die hohe Bedeutung dieses Bereiches spiegelt der Jahresetat von rund 3,4 Mrd. Euro – das sind 10,9 Prozent des Staatshaushaltsplans.



Mehr als 60.000 Menschen arbeiten in den unterschiedlichsten Berufsfeldern dieses Ressorts: Sie sorgen dafür, dass Studierende eine moderne und umfassende Ausbildung erhalten. Ihre Forschungen stoßen in ungekannte Gebiete vor, helfen dabei, die Welt jeden Tag ein wenig mehr zu verstehen. Oder sie engagieren sich als Künstler oder Kulturschaffende in Baden-Württemberg. Die Hochschulen, Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen und die Kultureenrichtungen im Land leisten Beachtliches, viele Institutionen sind international renommiert.

Untergebracht ist das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst im **Mittnachtbau** in der Stuttgarter Innenstadt. Der mit Travertin verblendete Betonbau wurde zwischen 1926 und 1928 von den Architekten Eisenlohr & Pfennig im Stil zwischen Expressionismus und Neuer Sachlichkeit errichtet. Der Mittnachtbau wurde nach dem ehemaligen Ministerpräsidenten Hermann Freiherr von Mittnacht (1825 bis 1909) benannt, der die Politik im Königreich Württemberg 30 Jahre mitgestaltete.

ANHANG 2:

FÖRDERPROGRAMME IM ÜBERBLICK

1. Förderprogramme Hochschulen

- Eliteprogramm für Postdoktorandinnen und Postdoktoranden
- Landesgraduiertenförderung
- Juniorprofessorenprogramm
- Förderung von Frauen in der Wissenschaft
 - Mathilde-Planck-Lehrauftragsprogramm
 - Margarete von Wrangell-Habitationsprogramm
 - Schlieben-Lange-Programm
 - Mentoring- und Trainings-Programm (MuT)
 - Netzwerk Frauen.Innovation.Technik (F.I.T.)
 - Professorinnenprogramm
 - Kinderbetreuung für das wissenschaftliche Hochschulpersonal
 - Programm Frauen in MINT-Berufen in Wirtschaft und Wissenschaft

Schülerinnen forschen – Einblicke in Naturwissenschaft und Technik
Junge Innovatoren – Existenzgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen

Förderung von FuE-Projekten an Fachhochschulen durch das Land Baden-Württemberg – Innovative Projekte / Kooperationsprojekte
MINT-Sofortprogramm

2. Förderprogramme Studium

- Master Online
- Landeslehrpreis
- Weiterbildungsprogramm für Ältere Akademikerinnen und Akademiker
- Studienmodelle individueller Geschwindigkeit

3. Förderprogramme Forschung

- Landesforschungspreis
- Förderung von FuE-Projekten an Fachhochschulen durch das Land Baden-Württemberg – Innovative Projekte / Kooperationsprojekte
- Zentren für angewandte Forschung an Fachhochschulen
- Kooperative Promotionskollegs
- Junge Innovatoren – Existenzgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen
- Forschungsschwerpunktprogramm Universitäten
- Sonderforschungsbereiche an baden-württembergischen Universitäten
- Schwerpunktprogramm für die Fachhochschulen des Landes Baden-Württemberg
- Förderung von Patentanmeldungen aus den Hochschulen Struktur- und Innovationsfonds (SI-BW)

4. Förderprogramme Kunst und Kultur

- Förderung herausragender Mädchen- und Knabenchöre
- Auslandsstipendien Kunst
- Literaturstipendien
- Förderung des zeitgenössischen Tanzes
- Förderung der kulturellen Bildung (insbesondere im Theaterbereich)
- Erweiterte Projektförderung von Freien Theatern (kulturelle Bildung, Konzeptionsförderung, Aufführungsförderung)
- Projektförderung von Klein- und Figurentheatern

IMPRESSUM

Herausgeber:

Ministerium für Wissenschaft, Forschung
und Kunst Baden-Württemberg
Königstraße 46, 70173 Stuttgart
Telefon: 0711 279-0, Fax: 0711 279-3080
www.mwk.baden-wuerttemberg.de

Redaktion:

Prof. Heike Bühler

Gestaltung:

Zimmermann Visuelle Kommunikation, Stuttgart
www.zimmermann.visuelle-kommunikation.de

Druck:

Druckhaus Diesbach GmbH
www.druckhausdiesbach.de

Verteilerhinweis:

Diese Informationsschrift wird von der Landesregierung Baden-Württemberg im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Missbräuchlich sind insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Erlaubt ist es jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

© August 2010

ISBN 978-3-00-032227-3

Bildnachweise

Die Bilder wurden von den Hochschulen, Forschungs- und Kunsteinrichtungen zur Verfügung gestellt.

S. 8, 96: Staatsministerium, S. 10, 64: Torben Jäger, S. 16, 26: Universität Freiburg, S. 18: Wilhelm von Humboldt © Humboldt-Universität zu Berlin, Universitätsbibliothek/bridgemanart.com, S. 19, 34: PH Weingarten, S. 20, 28: Hochschule für Technik Stuttgart, S. 24, 27, 52, 55, 69: Universität Heidelberg, S. 25, 48, 62, 66, 67, 101: © Joachim E. Roettgers GRAFFITI, S. 28: Universität Hohenheim, S. 29, 65: Universität Mannheim, S. 30, 50, 60, 68, 79, 112: Wilhelm Mierendorf, S. 31, 74, 75, 85: KIT, S. 32: Universitätsklinik Tübingen, S. 33: Medienzentrum Uniklinik Heidelberg, S. 34: PH Karlsruhe, S. 36, 99: Popakademie (Torsten Dörr), S. 36: Kunstakademie Karlsruhe (Pietro Pellini), S. 37, 38: HdM Stuttgart, S. 37: HfM Karlsruhe, S. 38: Hochschule Ravensburg-Weingarten, S. 39: HfG Schwäbisch Gmünd, S. 40: DHBW, S. 42, 78: Universität Tübingen, S. 43, 46, 47, 49, 51: Frank Post, S. 44: Universität Ulm (ZAWiW), S. 45: PH Freiburg, PH Heidelberg, S. 54, 55, 73: Universität Ulm, S. 57: Universitäts-Frauenklinik Freiburg, S. 58, 61, 63: Studio kd busch, S. 71: Studentenwerk Mannheim, S. 72: Studentenwerk Karlsruhe, Studentenwerk Tübingen/Hohenheim, S. 76: Universität Stuttgart, S. 80–82: EMBL, S. 83: Hochschule Ulm, Martin Graf, S. 84: Universität Stuttgart (Boris Lehner), S. 86: Koelnmesse International, S. 87: Spiegelhalter, S. 88: Hochschule Konstanz, S. 89: Hochschule Esslingen, S. 90, 91: ZKM (Wolf Dieter Gerickel), rosalie CHROMA_LUX Lichtinstallation 2008 im ZKM © rosalie, S. 92, 94: Staatsgalerie Stuttgart, S. 93: MHS Stuttgart (Wolfgang Silverl), S. 95: ONUK (Bernhard Schmitt), S. 97: Ulrich Beuttenmüller, Staatsoper Stuttgart, S. 98: MHS Trossingen, Nationaltheater Mannheim, S. 99: MHS Stuttgart (Rudi Rach), S. 100: Tulpenbuch Cod. KS Nische C 13 Badische Landesbibliothek, S. 101: Nibelungen-Handschrift C, Blatt 1r, Badische Landesbibliothek, S. 102–104: Deutsches Literaturarchiv Marbach, S. 105: Landesmuseum Württemberg (P. Frankenstein/H. Zwietasch), S. 106: Jeffrey Shaw with Dirk Groeneveld, *The Legible City, 1989–1991; installation view ZKM | Medienmuseum Karlsruhe* © Jeffrey Shaw, photo: Jeffrey Shaw, S. 107, 108: Haus der Geschichte (Kraufmann), S. 107: Linden-Museum Stuttgart, Staatliches Museum für Naturkunde (R. Harling), S. 109: Staatliches Museum für Naturkunde Stuttgart (R. Pfisterer), S. 110: Akademie Schloss Solitude (Frank Kleinbach), S. 111: Baden-Württemberg Stiftung gGmbH.



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST